

Gesetzliche Konzeption der Anstaltsstruktur im künftigen Jugendvollzugsgesetz

- Ein Vorschlag de lege ferenda -

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der juristischen Doktorwürde
des Fachbereichs Rechtswissenschaften
der Philipps-Universität zu Marburg

vorgelegt von
Johannes Fleck
Regierungsdirektor aus Niederweimar

Marburg 1977

Gesetzliche Konzeption der Anstaltsstruktur im künftigen Jugendvollzugsgesetz

- Ein Vorschlag de lege ferenda -

**Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der juristischen Doktorwürde
des Fachbereichs Rechtswissenschaften
der Philipps-Universität zu Marburg**



**vorgelegt von
Johannes Fleck
Regierungsdirektor aus Niederweimar**

Marburg 1977



Als Dissertation von dem Fachbereich Rechtswissenschaften

angenommen am: 17. Oktober 1977

Berichterstatter: Professor Dr. Hupe

Mitberichterstatter: Professor Dr. Otto

Tag der mündlichen Prüfung: 11. November 1977

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AE	Alternativentwurf
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht (Entscheidungssammlung)
Bay Verf	Verfassung des Freistaates Bayern
Bay Verf GH	Bayrischer Verfassungsgerichtshof
Bay VGHE	Entscheidungen des Bayrischen Verwaltungsgerichtshofes und des Bayrischen Verfassungsgerichtshofes
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BSG	Bundessozialgericht (Entscheidungssammlung)
BT-DrS	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVB1.	Deutsches Verwaltungsblatt

DVollzO	Dienst- und Vollzugsordnung für den deutschen Strafvollzug v. 1.12.1961 i.d.F. v. 21.6.1972 (JMB1., S. 214)
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
Entsch.	Entscheidung
entspr.	entsprechend
Erl.	Erläuterung
ESVGH	Entscheidungssammlung des baden-württembergischen und des hessischen Verwaltungsgerichtshof
f.	folgende
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
Hess. VGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
hrsg., Hrsg.	herausgegeben, Herausgeber
HMDJ	Hessischer Minister der Justiz
i.d.F.	in der Fassung
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JVA	Justizvollzugsanstalt
JMB1.	Justizministerialblatt
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
Krim J	Kriminologisches Journal
LS	Leitsatz
LSG	Landessozialgericht
MDR	Monatsschrift des deutschen Rechts
Min Erl.	Ministerialerlaß
MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
NJW	Neue juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
OVG	Oberverwaltungsgericht
Rdnr., RN	Randnummer
S.	Seite

s.O., s.u.	siehe oben, siehe unten
sog.	sogenannt
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen und der freiheitsentziehenden Maßregeln zur Besserung und Sicherung - Strafvollzugsgesetz - v. 16.3.1976 (GVBl. I, S.581)
v.	von / vom
vgl.	vergleiche
VerWRspr	Verwaltungsrechtssprechung
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VVDStRL	Veröffentlichungen des Verbandes der deutschen Staatsrechtler
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz v. 25.5.1976 (BGBl., S., S. 1253)
z.B.	zum Beispiel
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Rechtswissenschaft

Inhaltsverzeichnis

Seite

<u>Erster Teil:</u>	Geschichtliche Entwicklung des Jugendvollzuges; gegenwärtige gesetzliche Grundlagen; Reformbestrebungen	
1. Abschnitt:	Geschichtliche Entwicklung	1
2. Abschnitt:	Gegenwärtige gesetzliche Grundlagen	10
3. Abschnitt:	Reformbestrebungen	11
<u>Zweiter Teil:</u>	Ist der die Anstaltsstruktur betreffende § 156 Abs. 2 StVollzG als Kann-, Soll- oder Muß-Vorschrift zu übernehmen?	13
1. Abschnitt:	Bedenken gegen Übernahme als Kann-Vorschrift	13
2. Abschnitt:	Rechtliche Gesichtspunkte aus der Zielvorgabe des Vollzuges gem. § 2 StVollzG und § 91 JGG	15
I.	Verpflichtung des Staates zu optimaler Vollzugsgestaltung gem. § 2 StVollzG	15
II.	Verpflichtung des Staates zu optimaler Vollzugsgestaltung gem. § 91 JGG	40
III.	Zwischenergebnis	41
3. Abschnitt:	Strukturproblematik in der Praxis des Regelvollzuges	43
I.	Erziehungsauftrag und Abkehr von der Struktur des Jugendvollzuges herkömmlicher Art als totaler Institution mit Allzuständigkeit der Anstaltsleitung	43
A.	Erziehungsauftrag nach dem JGG	43
B.	Hinderungsgründe durch die herkömmliche Vollzugsstruktur	49
C.	Notwendigkeit der Hinwendung zu neuen Formen der Zusammenarbeit	54
II.	Strukturwandel durch neue Konzeptionen und Modelle	61
A.	Parallele Bestrebungen außerhalb des Vollzugs	61

	Seite
B. Strukturmodelle im Bereich des Vollzuges	70
1) Alternativentwurf	70
2) Mindestprogramm	73
3) Sozialtherapeutische Anstalten; Wohngemeinschaften	73
4. Abschnitt: Darstellung des Rockenberger Modellversuchs	76
I. Einrichtung von Wohngruppen	76
II. Einrichtung von Behandlungsteams	78
III. Arbeitsweise und Aufgaben	78
IV. Hausinterne Ausbildung der Teammitglieder	83
V. Richtlinienkonferenz	84
VI. Fachbereiche	91
VII. Stellung des Anstaltsleiters im Außenverhältnis	92
VIII. Stellung des Anstaltsleiters im Innenverhältnis	92
IX. Problem der Endentscheidung	100
X. Problem der Verantwortungskompetenz	101
XI. Anstaltsverfassung	102
5. Abschnitt: Empirische Erkenntnisse aus dem Rockenberger Modell	107
I. Umsetzungsverfahren in die Praxis des Regelvollzuges	107
II. Funktionalität	110
III. Vergleichende Wertung	114
IV. Erreichbarkeit neuer Konturen im Berufsbild des allgemeinen Justizvollzugsdienstes	117
6. Abschnitt: Weiterentwicklung und bautechnische Konsequenzen	120
7. Abschnitt: Vergleichbare Strukturen in anderen bundesdeutschen Jugendstrafanstalten	130
<u>Dritter Teil:</u> Normative Konsequenzen für ein künftiges Jugendvollzugsgesetz	
1. Abschnitt: Grundsatz der optimalen Vollzugsgestaltung und Nr. 103 VVJug	138

	Seite
2. Abschnitt: Grundsatz der optimalen Vollzugsgestaltung und § 156 Abs. 2 StVollzG	143
3. Abschnitt: Vorschlag zur Regelung der Anstaltsstruktur im künftigen Jugendvollzugsgesetz	157
I. § 115 JGG und gesetzliche Neuregelung des Jugendvollzugs	157
II. § 91 JGG und § 2 StVollzG als Ansatz für eine gesetzliche Neuregelung der Anstaltsstruktur im künftigen Jugend- vollzugsgesetz	158
III. Die Bedeutung des Rockenberger Modells für die Realisierbarkeit neuer Anstaltsstrukturen in der Praxis des Regelvollzugs	160
4. Abschnitt: Gesamtergebnis Formulierungsvorschlag einer § 156 Abs. 2 StVollzG entspre- chenden Bestimmung im zukünf- tigen Jugendvollzugsgesetz	163
<u>Anhang</u>	165
Einzelfallanalyse	166
Jugendvollzugs-Kommission - Mitglieder	173
Statistik	175
Marienschloß Rockenberg	178
Landtagsdrucksache (Abschrift)	180
Literaturverzeichnis	186

An dieser Stelle gilt mein Dank Herrn Amtsrat Norbert Müller, der mich bei der Umstrukturierung der Anstalt wirkungsvoll unterstützt hat.

Ich danke Herrn Prof. Dr. Erich Hupe, insbesondere für die vor Ort durchgeführte Überprüfung der empirischen Aussagen.

Herrn Prof. Dr. Harro Otto, der das Gelingen der Arbeit entscheidend beeinflußt hat, fühle ich mich zu Dank verpflichtet.

3551 Niederweimar, im November 1977

Die Jugend liebt heute den Luxus, sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt vor älteren Leuten und plaudert, wo sie arbeiten sollte. Sie verschlingt bei Tisch die Speisen, legt die Beine übereinander und tyrannisiert ihre Eltern.

Sokrates, von Plato überliefert.
Blücher, V.: Die Generation
der Unbefangenen 1966, S. 8

Erster Teil: Geschichtliche Entwicklung des Jugendvollzuges; gegenwärtige gesetzliche Grundlagen; Reformbestrebungen

1. Abschnitt: Geschichtliche Entwicklung

I. Entwicklung der Freiheitsstrafe

Die Freiheitsstrafe hat sich in der Geschichte staatlichen Strafers spät und auch nur ganz allmählich durchgesetzt.

Noch in der Peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karls V. (Constitutio Criminalis Carolina von 1532), deren Strafrecht auf dem Leitwort gründet "aus Lieb der Gerechtigkeit und um gemeines Nutz willen", bildete das aus der Frühzeit überkommene System der Lebens- und Leibesstrafen ausschließlich den Strafenkatalog.

Art. 157¹⁾, in dem für leichten Diebstahl "Kerker" angedroht wurde, ist nur scheinbar eine Ausnahme

Angesichts der damaligen Unterbringung in Turm, Loch oder Stock war der Vollzug des Kerkers nichts anderes als auch

1) Zum ersten vom allerschlechtesten heimlichen Diebstahl Art 157. Item so eyner erstlich gestolen hat vnder fünff gülden werth, vnd der dieb mit solchen diebstall ehe er damit inn sein gewarsam kompt, nit beschrien, berüchtigt oder betreten würd, auch zum diebstall nit gestiegen oder gebrochen hat, vnnd der diebstall vnder fünff gülden werth, ist eyn heimlicher vnd geringer diebstall, vnd wann solcher diebstall nochmals erfarn wirdet, vnnd der dieb mit oder on diebstall einkompt, so soll in der Richter darzu halten, so es anders der dieb vermag, dem beschedigten den diebstall mit der zwispil zu bezahlen. Wo aber der dieb kein solche geltbuß vermag, soll er mit dem Kerker darinn er etlich zeitlang ligen, gestrafft werden.

eine harte Körperstrafe¹⁾.

Erste Schritte in Richtung auf die neuzeitliche Freiheitsstrafe sind jedoch bereits erkennbar, als 1555 unter dem Einfluß des Calvinismus in London das "House of Correction" (Bridewell) eingerichtet wurde, in dem Landstreicher, Prostituierte, Arbeitsscheue und Diebe aufgenommen wurden, um zu Arbeitsamkeit, Fleiß, Ordnungsliebe und Pünktlichkeit erzogen zu werden²⁾.

Da nach calvinistischer Lehre Müßiggang, Faulheit und selbstverschuldete Armut als etwas Gott Zuwidergehendes und als strafwürdig galt³⁾, sollten die Insassen in Bridewell durch Arbeit und strenge Zucht gebessert und befähigt werden, ihren Lebensunterhalt künftig selbst zu verdienen; dementsprechend war schon damals die Berufsausbildung zentrales Anliegen der Erziehungsarbeit im "House of Correction"⁴⁾. Derartige Korrektionsanstalten wurden in der Folgezeit nach dem Muster von Bridewell überall in England eingerichtet.

In Amsterdam entstanden 1595 das Rasphuis (Raspelhaus, von Holzraspeln) für Männer und 1597 das Spinnhaus für Frauen. Diese Anstalten waren Arbeits- und Zuchthäuser, die wie die Houses of Correction der Unterbringung von Bettlern, Landstreichern, Dieben und Dirnen dienten⁵⁾.

Charakteristisch für die hier im Entstehen begriffene Freiheitsstrafe ist der auf der protestantischen Sozialethik beruhende "Rettungs- und Besserungsgedanke", demzufolge der Rechtsbrecher zu "bessern", d.h. sein zeitliches und

1) Radbruch, Zur Einführung in die Carolina, S.12

2) Deimling, Theorie und Praxis des Jugendstrafvollzuges in pädagogischer Sicht, S. 3

3) Mittermaier, Gefängniskunde, S. 17

4) Deimling, S. 10

5) ders., S. 5

ewiges Heil zum "Ruhme Gottes" zu fördern sei¹⁾. Durch die Arbeitserziehung sollte ihm die Möglichkeit geboten werden, seine Fähigkeit und Bereitschaft zur Verhältnis-änderung zu beweisen.

Der Freiheitsentzug sollte die organisatorische Voraussetzung dafür schaffen, daß der Verurteilte durch pädagogische Maßnahmen zu Fleiß, Ordnung und Zucht gewöhnt wird, damit seine Seele vor ewiger Verdammnis "gerettet" werde²⁾.

In Deutschland entstand nach dem holländischen Vorbild der erste Zuchthausbau 1615 in Hamburg, die anderen Hansestädte folgten diesem Beispiel wie allmählich auch die Territorialstaaten. Im preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 hat die Freiheitsstrafe die Lebens- und Leibesstrafen des alten Strafsystems bereits weitgehend verdrängt. Zu diesem Siegeszug haben ihr allerdings auch ökonomische Gesichtspunkte verholfen, die im Laufe des 17. und 18. Jhdts. die ursprünglichen sozialetischen Aspekte in den Hintergrund drängten und insofern vom humanen Ansatz her zu einem zeitweiligen Niedergang des Zuchthaus- und Gefängniswesens führten³⁾.

Es blieb engagierten Einzelpersonen, wie z.B. den Geistlichen H.B. Wagnitz, Th. Fliedner und J.H. Wichern, überlassen, dem Vollzug der Freiheitsstrafe neue Impulse in Richtung auf seine human und ethisch begründete Durchführung zu geben. Hierzu zählt insbesondere die von der auf Initiative Fliedners gegründeten Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft (erste Generalversammlung am 12. 5. 1828 in Düsseldorf) eingeführte Intensivierung und feste Verankerung einer geordneten seelsorgerischen und unterrichtlichen Betreuung in den Strafanstalten und die dabei durch-

1) Deimling, S. 5

2) ders., S. 7

3) ders., S. 11

geführte Klassifikation der Gefangenen¹⁾.

Auf dem Gebiet der rechtlichen Ausgestaltung des Strafvollzugs wurde in den einzelnen deutschen Staaten schon frühzeitig Beachtliches geleistet, wenngleich die Umsetzung in die Vollzugspraxis bei dem oftmals beklagenswerten baulichen Zustand der Anstalten häufig zu wünschen übrig ließ. Als Beispiel können hier die in Preußen bis zur Reichsgründung ergangenen Verordnungen genannt werden, nämlich die Zirkularverordnungen vom 30. 12. 1798 und 26. 2. 1799, der Generalplan zur Verbesserung der Gefängnisse und Strafanstalten vom 16. 9. 1804, das berühmte Rawiczer Reglement vom 4. 11. 1835, das lange Zeit vorbildlich war, zuletzt die Verordnung von 1842 sowie verschiedene Kabinettsordres Friedrich Wilhelms IV. seit 1840²⁾. Diese wie auch die in den anderen deutschen Staaten ergangenen landesrechtlichen Vorschriften waren jedoch auf dem Verwaltungswege, nicht im formellen Gesetzgebungsverfahren erlassen und besaßen ausschließlich innerdienstliche Bindungswirkung³⁾.

Nach der Reichsgründung setzten alsbald Bemühungen ein, durch ein Strafvollzugsgesetz die noch fehlenden Rechtsgrundlagen für den Vollzug der Freiheitsstrafe zu schaffen und dabei in dieser Hinsicht eine Rechtsvereinheitlichung im Reichsgebiet herzustellen; hierzu war das Reich nach Art. 4 Nr. 13 der Reichsverfassung von 1871 ausdrücklich ermächtigt. Dementsprechend legte die Reichsregierung 1879 dem Bundesrat einen "Entwurf eines Gesetzes über die Vollstreckung von Freiheitsstrafen" vor, der jedoch aus föderalistischen und finanziellen Gründen scheiterte⁴⁾.

Zur Vereinheitlichung des Vollzugswesens beschloß der Bundesrat am 28. 10. 1877 "Grundsätze, welche bei dem Vollzuge

1) Deimling, S. 17

2) Mittermaier, S. 24 und 27

3) Müller-Dietz, Strafvollzugsrecht, 1977, S. 42

4) ders., a.a.O.

gerichtlich erkannter Freiheitsstrafen bis zu weiterer gemeinsamer Regelung zur Anwendung kommen". Die Bemühungen um eine gesetzliche Regelung des Strafvollzugs wurden aber trotz dieser Bundesratsgrundsätze, einer Ländervereinbarung, die vorwiegend aus Sollvorschriften bestand, fortgesetzt¹⁾. Im Zuge der Bestrebungen um eine Strafrechtsreform vereinbarten die Länder am 7. 6. 1923 "Grundsätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen". Vorrangiges Ziel dieser sog. Reichsratsgrundsätze war die Rückfallverhütung; als wesentliches Mittel zur Verwirklichung des Erziehungsgedankens wurde der Strafvollzug in Stufen eingeführt²⁾. 1927 wurde ein Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes im Reichstag eingebracht, der alle Materie der Strafvollstreckung einbeziehen sollte, soweit sie nicht in der StPO geregelt war³⁾.

Dieser Entwurf blieb jedoch ebenso wie der eines StGB aus dem gleichen Jahre im Gesetzgebungsverfahren stecken. Eine Rechtsvereinheitlichung auf dem Gebiete des Strafvollzuges wurde im Reich erst hergestellt, als der Reichsminister der Justiz aufgrund seiner nach 1933 gegebenen Machtbefugnisse am 14. 5. 1934 die "Verordnung über den Vollzug von Freiheitsstrafen und von Maßregeln der Sicherung und Besserung, die mit Freiheitsentzug verbunden sind" (RGBl. I S. 383) erließ. Doch auch diese Strafvollzugsverordnung, die gesetzesvertretenden Charakter hatte, sollte durch eine gesetzliche Regelung abgelöst werden⁴⁾.

Als es dazu nicht kam, erließ der Reichsminister der Justiz am 22. 7. 1940 eine Allgemeinverfügung über die "Vereinheitlichung der Dienst- und Vollzugsvorschriften für den Strafvollzug im Bereich der Reichsjustizverwaltung (Strafvollzugsordnung)", durch die die entsprechenden Verordnun-

1) Müller-Dietz, S. 43

2) ders., S. 44

3) ders., S. 45

4) ders., S. 47

gen der Länder ausdrücklich aufgehoben werden. Da beide Verordnungen teilweise nationalsozialistischen Charakter hatten, traten sie 1945 außer Kraft. Als Richtlinie für den Strafvollzug in den nach 1945 gebildeten Ländern erließ der Alliierte Kontrollrat am 12. 11. 1945 die Direktive Nr. 19 "Grundsätze für die Verwaltung der deutschen Gefängnisse und Zuchthäuser". Nach Jahren der Rechtszersplitterung vereinbarten die Länder am 1. 12. 1961 die Dienst- und Vollzugsordnung (DVollzO), ein Verwaltungsabkommen, das am 1. 7. 1962 bundeseinheitlich in Kraft trat. Sie ist nunmehr seit dem 1. 1. 1977 abgelöst durch das "Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung - Strafvollzugsgesetz (StVollzG)" vom 16. 3. 1976 (BGBl. I, S. 581), mit dem nach jahrelanger Vorarbeit das über hundertjährige Ringen um eine gesetzliche Regelung des Strafvollzugs seinen Abschluß fand.

II. Geschichte des Jugendvollzugs

Ein eigenständiger Jugendvollzug hat sich erst verhältnismäßig spät entwickelt. Kinder und Jugendliche wurden jahrhundertlang Erwachsenen fast gleichbehandelt. Es war das Unbehagen hierüber, das zur allmählichen Humanisierung des allgemeinen Strafrechts, zur Entwicklung des Erziehungsgedankens im Strafvollzug, sodann zu der Erkenntnis, daß Kinder und Jugendliche anders als Erwachsene zu behandeln seien, und schließlich zur Verselbständigung des Jugendstrafrechts und des Jugendvollzugs geführt haben.

So war es 1587 die Scheu des Schöffengerichts in Amsterdam, einen 16jährigen Dieb dem damaligen Recht entsprechend zum Tode durch Erhängen zu verurteilen, die es dazu bewog, dem Rat der Stadt vorzuschlagen, ein "geeignetes Mittel zu finden, derartige Bürgerskinder in dauernder Arbeit zu halten und womöglich dadurch zu einem besseren Lebenswandel zu

erziehen"¹⁾. Diese Anregung führte zu der bereits erwähnten Gründung des ersten Zuchthauses. Sie macht zugleich deutlich, wie der Behandlung Jugendlicher eine "Vorreiterrolle" für die Humanisierung auch des Erwachsenenstrafrechts und -vollzugs zufiel.

Einen Markstein in der Entwicklung des Jugendstrafrechts stellt der Befehl Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahre 1825 dar, zwei wegen Diebstahls verurteilte Jugendliche nicht dem Strafvollzug, sondern probeweise dem 1824 gegründeten Berliner "Verein zur Erziehung sittlich verwahrloster Kinder" zuzuführen und die verhängte Strafe nur dann zu vollstrecken, wenn Besserung nicht erreicht würde; der Justizminister wurde ermächtigt, in ähnlichen Fällen nach eigenem Ermessen zu verfahren²⁾. Diese Regelung, die zunächst nur für Berlin galt, wurde durch Ministerialerlaß vom 20. 7. 1847 auf ganz Preußen ausgedehnt³⁾.

1826 erging eine "Verfügung des Preußischen Ministeriums über die Aufnahme jugendlicher Verbrecher in die an einigen Orten bestehenden Anstalten zur Erziehung und Besserung verwahrloster Kinder".

Von dieser Ministerialverfügung meint Deimling⁴⁾, daß sie als Dokument für den Beginn eines eigenständigen Jugendstrafvollzugs in Deutschland angesehen werden kann. Durch diesen Erlaß wurden die Provinzialregierungen veranlaßt, dafür Sorge zu tragen, daß "eine unzweckmäßige und nachtheilige allzu genaue Verbindung mit den Strafanstalten für Erwachsene" den Jugendstrafvollzug nicht störend beeinflusse. Wenn auch die Vollzugspraxis noch lange Zeit in der Erziehung straffälliger Jugendlicher zu wünschen übrig

1) Rede des Bundesministers der Justiz, Dr. Vogel, aus Anlaß der Konstituierenden Sitzung der Jugendstrafvollzugskommission am 29.9.1976, Tagungsbericht Bd I, S. 1 ff.

2) Deimling, S. 27

3) ders., S. 27 u. 30

4) ders., S. 26

ließ, so war doch bedeutend, daß sich allmählich der Erziehungsgedanke und damit die Erkenntnis, daß Jugend- und Erwachsenenstrafe qualitativ verschieden sein müssen, durchsetzte¹⁾.

Aus der erwähnten Verfügung, die sich eingehend mit der Erziehung straffälliger Jugendlicher befaßt, verdient es ein Satz, festgehalten zu werden, der die pädagogische Einsicht und humane Haltung des Verfassers deutlich illustriert: Die Erzieher wurden angewiesen, den Jugendlichen

"Freude am Gelingen einzuflößen, Mut und Vertrauen in ihnen zu erwecken und so die Fähigkeit des guten Entschlusses wieder in ihnen hervorzurufen ...

Wer es aber umgekehrt anfangen und gleich Reue und Zerknirschung verlangen, wer wohl gar statt der Milde und Nachsicht, deren Verirrte so sehr bedürfen, Ungeduld und Strenge beweisen und durch äußere Gewalt erzwingen wollte, was doch nur aus innerer Freiheit entspringen kann, der würde das Übel nur noch ärger machen und zu den vorhandenen Untugenden noch die größte hinzufügen, nämlich Heuchelei der Frömmigkeit"²⁾.

Mit wenigen Ausnahmen wurde der Strafvollzug weiterhin für Erwachsene und Jugendliche in den gleichen Anstalten durchgeführt; gleichwohl kann etwa von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an eine fortschreitende Trennung der Minderjährigen von den Erwachsenen und eine besondere Behandlung der Jugendlichen beobachtet werden³⁾. Neue Impulse brachte die Jugendgerichtsbewegung, die sich für eine jugendgemäße Behandlung des jugendlichen Straftäters vor Gericht und in der Strafanstalt einsetzte. Auf Betreiben dieser Bewegung

1) Deimling, S. 26

2) Verfügung des Preußischen Ministeriums über die Aufnahme jugendlicher Verbrecher in die an einigen Orten bestehenden Anstalten zur Erziehung und Besserung verwahrloster Kinder. Berlin 1926. Zitiert nach Deimling, S. 25

3) ders., S. 29

entstanden 1908 in Frankfurt/M. und in Köln die ersten Jugendgerichte; es folgte am 1. 8. 1912 die Eröffnung des ersten deutschen Jugendgefängnisses in Wittlich¹⁾. Hiermit wurde eine Entwicklung eingeleitet, die 1922 zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und zum Reichsjugendgerichtsgesetz vom 16. 2. 1923 führten. Diese Gesetze gaben erstmals die Möglichkeit, straffällige Kinder und Jugendliche ihrer Persönlichkeitsentwicklung und charakterlichen Reife gemäß zu behandeln²⁾. Auf ein im Jahre 1943 ergangenes Reichsjugendgerichtsgesetz, das die noch heute gültige Dreigliederung der Rechtsfolgen der Straftat eines Jugendlichen nach Erziehungsmaßnahmen, Zuchtmittel und Jugendstrafe einführte, folgte das derzeit geltende Jugendgerichtsgesetz vom 4. 8. 1953, durch das der Erziehungsgedanke wieder stärker in den Vordergrund gerückt wurde.

Als Normierung des Jugendvollzugs erging als Allgemeine Verfügung des Reichsministers der Justiz vom 1. 9. 1944 die Jugendstrafvollzugsordnung, die mit Wirkung vom 1. 8. 1944 an die Stelle einer Allgemeinen Verfügung über den Jugendstrafvollzug vom 22. 1. 1937 trat. Obwohl stark durchsetzt von nationalsozialistischem Gedankengut, brachte sie doch eine beachtliche Regelung des Erziehungsvollzugs. Sie blieb bis zur Abfassung der bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften für den Jugendstrafvollzug³⁾ der einzige Versuch einer normativen Regelung des Jugendvollzugs.

1) Deimling, S. 30

2) ders., S. 32

3) Für Hessen publiziert durch RdErl. d. HMdJ v. 15.12. 1976 (4412 - IV/1 - 1567/76) - JMB1. 1977, S. 105

2. Abschnitt: Gegenwärtige gesetzliche Ordnung

Von der Ermächtigung gem. § 115 JGG, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates den Jugendvollzug zu regeln, hat die Bundesregierung keinen Gebrauch gemacht. Im Rahmen der Vorplanung ihrer Arbeiten für einen Entwurf des Strafvollzugsgesetzes faßte die Strafvollzugskommission des Bundesjustizministeriums auf ihrer konstituierenden Sitzung am 5. 10. 1967 folgenden Beschluß:

"Der Entwurf einer Jugendstrafvollzugsordnung soll von der Kommission nicht beraten werden."¹⁾

Es handelte sich dabei um einen knapp 50 Paragraphen umfassenden Referentenentwurf aus den Jahren 1966/68 zur Regelung des Jugendvollzugs im Wege der Rechtsverordnung, der jedoch kritischen Einwänden nicht standhielt²⁾.

Das Strafvollzugsgesetz vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 581) ist für den Vollzug der Freiheitsstrafe an Erwachsenen bestimmt und regelt im Bereich des Jugendvollzugs lediglich die Frage des Arbeitsentgelts (§ 176 StVollzG). Somit findet der Jugendstrafvollzug seine einzige gesetzliche Grundlage derzeit in der Rahmenvorschrift des § 91 JGG. Zu deren Ausgestaltung ergingen in Anlehnung an das StVollzG die bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften zum Jugendstrafvollzug (VVJug), eine Ländervereinbarung, die am 1. 1. 1977 in Kraft trat und bis zum Inkrafttreten eines Jugendstrafvollzugsgesetzes, zu dem die Vorarbeiten eingeleitet worden sind, gelten soll.

1) Tagungsberichte der Strafvollzugskommission, Bd. 1, S. 5

2) Schüler-Springorum, Hauptprobleme einer gesetzlichen Regelung des Jugendstrafvollzugs, Rede aus Anlaß der Konstituierenden Sitzung der Jugendstrafvollzugskommission am 29.9.1976 (Protokoll S. 11).

3. Abschnitt: Reformbestrebungen

I. Bildung einer Jugendvollzugskommission

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 42. Sitzung im Juni 1973 den Antrag¹⁾, eine Jugendvollzugskommission einzuberufen, dem Sonderausschuß für die Strafrechtsreform federführend und dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit mitberatend überwiesen. Sowohl in der Beratung des Sonderausschusses vom 9. 4. 1975 als auch in den Sitzungen des mitberatenden Ausschusses vom 15. 1. und 16. 4. 1975 bestand Einigkeit darüber, daß eine Jugendvollzugskommission geschaffen werden muß. Ihre Arbeit sollte sie bald nach Abschluß der Beratungen zum Strafvollzugsgesetz aufnehmen.

Der federführende Sonderausschuß hat demzufolge in seiner 55. Sitzung am 14. 5. 1975 einstimmig folgenden Antrag an den Bundestag verabschiedet:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine aus Wissenschaftlern und Praktikern des Jugendstrafvollzugs, Persönlichkeiten des jugendpolitischen Bereichs sowie nicht fachgebundenen Persönlichkeiten bestehende Kommission einzuberufen, um Grundlagen für eine gesetzliche Regelung des Jugendstrafvollzugs zu erarbeiten. Die Kommission sollte ihre Arbeit möglichst nach Abschluß der Beratungen des Strafvollzugsgesetzes, jedenfalls noch in dieser Wahlperiode aufnehmen.

Der Bundestag hat diesem Antrag entsprochen, so daß die Einberufung einer Jugendvollzugskommission²⁾ erfolgen konnte. Am 27. 9. 1976 fand im Bundesjustizministerium die

1) BT-DrS 7/648

2) Personelle Zusammensetzung der Kommission (Anhang S-173)

Konstituierende Sitzung der Jugendvollzugskommission
statt.

II. Das Vollzugsgesetz für Erwachsene als Material

Das Ergebnis der Beratungen zum Strafvollzugsgesetz (StVollzG) abzuwarten, war sicherlich richtig, weil davon ausgegangen werden kann, daß eine Reihe von Vorschriften dieses Gesetzes in ein zukünftiges Jugendstrafvollzugsgesetz übernommen wird. Auch können so gegebenenfalls schon vorliegende wissenschaftliche und praktische Untersuchungen zu Detailproblemen genutzt und weiter vertieft werden, soweit dies zur Frage der Übernahme einzelner Vorschriften angezeigt erscheint.

Allerdings darf dabei die Zielvorstellung einer in sich eigenständigen gesetzlichen Regelung des Jugendvollzugs nicht geschmälert werden¹⁾.

¹⁾ Tagungsberichte der Jugendvollzugskommission, Bd.I, S.4ff.
Böhm, A., Einführung in das Jugendstrafrecht, S. 163

Zweiter Teil: Ist der die Anstaltsstruktur betreffende
§ 156 Abs. II StVollzG als Kann-, Soll-
oder Mußvorschrift zu übernehmen?

1. Abschnitt: Bedenken gegen Übernahme als Kann-Vorschrift

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit der Frage, ob die im StVollzG gefundene, die Anstaltsstruktur betreffende Konzeption in den Bereich des Jugendvollzuges Eingang finden soll:

Gemäß § 156 Abs. II StVollzG vertritt der Anstaltsleiter die Anstalt nach außen. Er trägt die Verantwortung für den gesamten Vollzug, soweit nicht bestimmte Aufgabenbereich der Verantwortung anderer Vollzugsbediensteter oder ihrer gemeinsamen Verantwortung übertragen sind.

Die Aufnahme dieser Bestimmung in das zukünftige Reglement des Jugendvollzuges stößt indessen auf erhebliche Bedenken. Gemessen an § 2 StVollzG¹⁾, aber auch an § 91 JGG²⁾, könnte nämlich eine wesentlich engere Fassung angezeigt erscheinen, die dem Anstaltsleiter nicht nur die Möglichkeit einräumt, Verantwortung insbesondere auf therapeutischer Ebene zu delegieren, sondern die eine dahingehende, wie auch immer geartete Verpflichtung manifestiert.

Diese Problematik sollte gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt

1) § 2 StVollzG:

Aufgaben des Vollzuges

Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel). Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten.

2) § 91 JGG, Text S. 49

vordergründige Bedeutung haben, in dem der Gesetzgeber sich bemüht, richtungsweisende Maximen für die Vollzugsgestaltung in einer gesetzlichen Regelung einzubringen.

Es kann mit Müller-Dietz¹⁾ festgestellt werden, daß die Erfahrungen aus der Geschichte des Strafvollzugs und seiner Reformbestrebungen belegen, in welchem Maße ein neues Konzept der Unterstützung durch den Gesetzgeber bedarf, um überhaupt Chancen der Realisierung zu erhalten. Es führt nun einmal kein Weg daran vorbei, soll der Vollzugspraxis eine entscheidende Richtungs- wende gegeben werden, diese bis zu einem gewissen Umfange normativ auszugestalten.

Dies gilt um so mehr, als die vorgegebene administrative, organisatorische und bauliche Struktur des Vollzuges und der Vollzugsanstalten über das gegenwärtige Alltagsgeschehen hinaus zu erheblichem Teil auch die künftige Ausgestaltung mitdiktiert.

Das kann nicht überraschen, denn wer von der Praxis aus und im Blick auf sie danach fragt, was ist und was sein sollte, schätzt in aller Regel den Anteil der geschichtlichen Entwicklung und den historisch gewachsenen Zustand sehr hoch ein, er sieht deshalb eher die Grenzen als die Möglichkeiten einer Veränderung. Dies gilt unbeschadet der Tatsache, daß es bis heute an einer umfassenden Bestandsaufnahme und Situationsanalyse aus der Sicht der Vollzugspraxis ebenso fehlt wie an einer entsprechenden Aufarbeitung der einschlägigen Strukturproblematik durch die Wissenschaft²⁾.

1) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 88, vgl. ders.: Strafvollzugsgesetzgebung u. Strafrechtsreform 1970, S. 5 ff - vgl. Schüler-Springorum, Was stimmt nicht mit dem Strafvollzug 1970, S. 86 f.

2) Zum einschlägigen Informationsdefizit Müller-Dietz, Strafvollzugsgesetzgebung u. Strafvollzugsreform 1970, S. 198 ff.

2. Abschnitt: Rechtliche Gesichtspunkte aus der Zielvorgabe des Vollzuges gemäß § 2 StVollzG und § 91 JGG

I. Verpflichtung des Staates zu optimaler Vollzugsgestaltung gemäß § 2 StVollzG

A. Ergibt sich diese Verpflichtung bereits aus dem Wortlaut des § 2 StVollzG?

Neuerungen im Vollzug haben selbstverständlich keine Schwierigkeiten sich durchzusetzen, wären sie bereits - wissenschaftlich nachgewiesen - in der Lage, von vornherein eine deutlich erkennbare Verbesserung der Rückfallstatistik herbeizuführen. Reformbemühungen begegnen demgegenüber vielmehr dem ironischen Aspekt, daß eine nur geringen Schwankungen unterworfenen Konstante¹⁾ hinsichtlich der Gesamtzahl der Gefangenen in den einzelnen Bundesländern trotz der zahlreichen Effektivierungs-Bestrebungen in den letzten Jahren festgestellt werden muß, also konkrete Reformmaßnahmen einen nachweisbaren Ausschlag in der Rückfallstatistik nur höchst unzulänglich geliefert haben. Es kommt insoweit sogar schon die Frage auf, ob dieses Phänomen die Berechtigung in sich birgt, die Bemühungen um eine sinnvollere Gestaltung des Vollzuges zu vernachlässigen. In diesem Zusammenhang ist das Stichwort "Abkehr vom Behandlungsvollzug" einzuordnen, mit dem angezeigt werden soll, daß auch die Erwartungen, die man z.B. in den liberalisierten schwedischen Strafvollzug gesetzt hat, nicht in vollem Umfang erfüllt werden konnten und dort Bestrebungen vorhanden sind, zum traditionellen Vollzugssystem zurückzukehren bzw. andere Reaktionsformen zu entwickeln. Gegner des Behandlungskonzepts verweisen auf die negative Entwicklung der Rückfallkriminalität in Schweden²⁾.

1) vgl. Tabelle des HmJ sowie Tabelle des Statistischen Bundesamtes. Reihe i, III., Strafvollzug, Ausgabe 1974 (Anhang 3) S.177

2) Preissler, Zur Praxis des schwedischen Maßnahmesystems,

Allerdings darf nicht als unproblematisch unterstellt werden, daß Veränderungen des Vollzugssystems auch tatsächlich in der Lage sein können, in statistisch feststellbarer und signifikanter Weise die Entwicklung der Rückfallkriminalität zu beeinflussen. Dies gilt insbesondere für Veränderungen, die sich auf die Anstaltsstruktur¹⁾ beziehen. Ist es doch nahezu ausgeschlossen, alle die Statistik insoweit mitbeeinflussenden Faktoren auszuschalten, um eine signifikante, lediglich auf die Anstaltsstruktur bezogene Aussage auch nur annähernd zu erreichen.

Deshalb kann und darf das Kriterium des meßbaren Erfolges repräsentiert durch den Rückgang der statistisch gemessenen Kriminalität, sicher nicht der einzige Gesichtspunkt sein, der die Verwirklichung einer optimalen Ausgestaltung des Vollzuges und der damit verbundenen Reformbestrebungen zu legitimieren vermag²⁾.

Es ist folglich die Frage zu stellen, ob eine Rechtfertigung für Reformmaßnahmen, die sich speziell auf die Anstaltsstruktur beziehen, sich aus rechtlichen Erwägungen, nämlich aus der noch nachzuweisenden Verpflichtung des Staats zu optimaler Vollzugsgestaltung ergibt. § 2 StVollzG, der wie folgt gefaßt ist, könnte diese Verpflichtung beinhalten:

Der Nervenarzt 41, S. 371-380; Hilbers u. Lange, Abkehr von der Behandlungsideologie, Krim J 1973, 52-59; Schneider, Die gegenwärtige Lage der deutschsprachigen Kriminologie, JZ 1973, 581 f. Dazu ferner Simonson, Behandlung statt Strafe? ZRP 1972, 262-267; Isola, Humaner Behandlungsvollzug hinter schwedischen Gardinen, ZfStrVo 1973, 153-161; Christ, Die Kehrseite der "Abkehr von der Behandlungsideologie", Krim J 5, 1973, S. 60-63.

1) Ohler, Die Strafvollzugsanstalt als soziales System 155; Cellies, Strafvollzug, Institution im Wandel, S. 21 ff; Hohmeier, Die Strafvollzugsanstalt als Organisation, in: Die Strafvollzugsreform, S. 125-133; ders., Aufsicht u. Resozialisierung, S. 2; Friedrichs/Rehm, Giegler/Schäfer/Wurm, Resozialisierungsziele u. Organisationsstruktur: Teilnehmende Beobachtung in einer Strafanstalt, Krim J 1971, 204-228; Veblow, Überlegungen zu den organisationsanalytischen Problemen bei der Untersuchung einer Hamburger Strafanstalt, Diss. jur. Hamburg 1971.

2) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges, S.34-36

Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene künftig fähig werden, in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel). Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten.

Allerdings nach dem Wortlaut, das läßt sich unschwer erkennen, ist die Verpflichtung zu optimaler Vollzugsgestaltung nicht angesprochen. Die Vorschrift verwendet kein Wort darauf, den Staat in die Pflicht zu nehmen, den Vollzug zumindest mit den vorhandenen personellen und sachlichen Mitteln optimal auszugestalten.

B. Verpflichtung des Staates aus dem Sinngehalt des § 2 StVollzG als Ausfluß von Verfassungsrecht

Es bleibt deshalb zu prüfen, ob die Interpretation des Sinngehaltes der angezogenen Bestimmung eine weiterführende Einsicht vermittelt. Der Sinngehalt gewinnt sehr häufig nicht allein aus der zu interpretierenden Vorschrift selbst heraus Konturen. Vielmehr läßt oft erst ein Vergleich mit anderen Regelungen desselben Gesetzes oder in Ermangelung solcher ein Bezug zu übergeordneten Gesichtspunkten¹⁾ eine inhaltliche Auslotung zu.

§ 2 StVollzG könnte eine besondere Prägung erfahren haben als Ausfluß von Verfassungsrecht, das möglicherweise die

1) Watzlawick, W. Oakland, Frisch: "Lösungen", S. 43
Anm. 5: "... müssen wir ein für allemal die Hoffnung aufgeben, daß irgendein System, dessen Komplexität wenigstens der der Arithmetik entspricht ... jemals seine eigene Geschlossenheit und Folgerichtigkeit innerhalb seines eigenen Rahmens (in seiner eigenen Sprache) beweisen kann. Dieser Beweis kann nur von außen her erfolgen und beruht dann auf Axiomen, Prämissen, Begriffen, Vergleichen usw., die das ursprüngliche System weder entwickeln noch beweisen kann, die aber selbst wiederum nur durch Rekurs zu einem noch weiteren Begriffsrahmen beweisbar sind ..."

Verpflichtung des Staates zu optimaler Vollzugsgestaltung umfaßt.

Das in Betracht kommende Verfassungsrecht bedarf jedoch der Eingrenzung, um darzulegen, ob und gegebenenfalls mit welchen verfassungsadäquaten Wertigkeiten Sinngehalt und Zweckbestimmung der zitierten Vorschrift besetzt sind. Diese Problematik gestaltet sich insoweit besonders schwierig, als das Grundgesetz selbst expressis verbis keine grundsätzliche Aussage über die Art und Weise, in der Freiheitsstrafe zu vollziehen ist, enthält.

Lediglich in Art. 104 Abs. 1 Satz 1 GG, nach dem festgehaltene Personen weder seelisch noch körperlich mißhandelt werden dürfen, ist - basierend auf der in Art. 1 Abs. 1 GG festgeschriebenen Unantastbarkeit der Würde des Menschen - ein sog. Mißhandlungsverbot niedergelegt. Ansonsten setzt das Grundgesetz in Art. 104 Abs. 1 und 2 sowie in Art. 2 Abs. 2 und 3 die Möglichkeit einer zeitlich begrenzten Freiheitsentziehung durch ein richterliches Strafurteil, das in Anwendung eines Strafgesetzes und unter Beachtung der einschlägigen verfassungsrechtlichen Vorschriften ergangen ist, als selbstverständlich voraus. Auf diese Weise ist die institutionelle Lebensordnung des Strafvollzuges in Bestand und Legitimität im Grundgesetz verankert¹⁾. - In Art. 74 Nr. 1 erwähnt das Grundgesetz auch den Strafvollzug u.a. im Zusammenhang mit dem bürgerlichen Recht, dem Strafrecht, der Gerichtsverfassung, dem gerichtlichen Verfahren und ordnet ihn der konkurrierenden Gesetzgebung zu.

Aus dem Umstand, daß einschlägige, die Durchführung des Vollzuges betreffende Verfassungsvorschriften nicht als Wertmaßstäbe zur Verfügung stehen, an denen die Zielvorstellung abheben könnte, folgt indessen keineswegs die Notwendigkeit zur Resignation. Vielmehr müssen jetzt ungeschrie-

1) Württenberger, Kriminalpolitik im sozialen Rechtsstaat, S. 199

bene von Rechtsprechung und Lehre entwickelte und weitgehend anerkannte Verfassungsgrundsätze daraufhin beleuchtet werden, ob gegebenenfalls von ihnen eine Konkretisierung differenzierter Vollzugsgestaltung getragen und mit entsprechendem Gewicht versehen werden. Die Heranziehung ungeschriebener Verfassungsgrundsätze ist gerechtfertigt, weil eben, wie dargelegt, der Vollzug verfassungsrechtlich institutionalisiert ist und mithin auch übergeordnete Verfassungsprinzipien seinem Bereich immanent sind. Folgerichtig forderte Württenberger¹⁾ bereits 1967, Ziele, Maßstäbe und Grenzen einer Strafvollzugsreform in einem demokratischen Staatswesen aus dem Geiste der Verfassung als unserer rechtlichen Grundordnung zu verstehen.

"Der deutsche Strafvollzug", so führt Württenberger aus, "habe sich an zwei großen Prinzipien des Verfassungsrechts zu orientieren: Sowohl an den Forderungen des Rechtsstaates als auch an der Notwendigkeit des Sozialstaates".

1. § 2 StVollzG und das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit

Im Vordergrund der bisherigen verfassungsrechtlichen Orientierung stand das Rechtsstaatsprinzip. Dies verwundert nicht angesichts der bisher fehlenden gesetzlichen Grundlage für den Vollzug. Wenn ein Gemeinwesen wie die Bundesrepublik Deutschland sich als Rechtsstaat bezeichnet, so hat dies zur Folge, daß auch der Strafvollzug als Ganzes von ihren Prinzipien beherrscht sein muß: Voraussehbarkeit und Klarheit, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit²⁾.

Überall sonst sind im Bereich der Strafrechtsordnung die wesentlichen Postulate der Rechtsstaatlichkeit weitgehend erfüllt. Das gilt im materiellen Strafrecht für die Anerken-

1) Württenberger, Reform des Strafvollzuges im sozialen Rechtsstaat, JZ 1967, S. 235

2) ebenda

nung des Satzes "nulla poena sine lege", das gilt nicht minder im Strafprozeßrecht für die Forderung des "rechtlichen Gehörs". Es mußte infolgedessen dem staatlichen Selbstverständnis der Bundesrepublik entsprechen, die genannten Postulate der Rechtsstaatlichkeit auch für den Vollzug wirksamer zu gestalten. Ist es doch ein besonders markanter Gradmesser für die Dominanz der rechtsstaatlichen Essentials, wenn diese gerade im Randgruppenbereich Strafvollzug erkennbar hervortreten¹⁾.

a) Rechtsstellung des Gefangenen

Im Mittelpunkt der angesprochenen Problematik stand zwangsläufig die Frage nach der Rechtsstellung des Gefangenen.

Diese entzündete sich jedoch nicht an den Möglichkeiten, die dem Inhaftierten zur Verfügung stehen, um ihn betreffende Maßnahmen des Vollzuges gerichtlich überprüfen zu lassen. Daran mangelt es nämlich nicht. Unter den Voraussetzungen des § 90 BVerfGG ist es dem Gefangenen möglich, mit der Behauptung, in seinen Grundrechten verletzt zu sein, Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht einzulegen²⁾.

Eine Grundrechtsverletzung ist durchaus denkbar als Folge einer Vollzugsmaßnahme³⁾, wenn auch in einem Rechtsstaat jede legale Machtausübung dem Gesetz als Prinzip der Gerechtigkeit entsprechen sollte⁴⁾.

Diese Bindung hat für den Vollzug als Teilbereich der Ver-

1) Hupe, Rechtliche Grenzen der Behandlung, Sonderdruck aus Jugendkriminalität und Resozialisierung, S. 90-98

2) Geiger, BVerfGG § 90

3) Röhl, JZ 54, 69; Tiedemann, S. 194

4) Wolff-Bachof, § 30 I a, S. 175

waltung¹⁾ besondere Bedeutung; die Vollzugsverwaltung ist nämlich gehalten, gerade in dem, wenn auch relativ eng begrenzten, Bereich, in dem sie sich zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zur Anwendung von Gewalt entschließen muß, das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Sie darf also bei gleichzeitiger Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes nur das Mittel einsetzen, das zur Herbeiführung des erstrebten Zweckes erforderlich ist. Dennoch kommen aber gerade bei der Wahl der Mittel, die erfahrungsgemäß Gegenstand von Sofortentscheidungen ist, Fehlgriffe vor.

Neben der Verfassungsbeschwerde hat der Verurteilte nach Art. 17 GG die Möglichkeit, sich mit einer Petition an die Volksvertretung zu wenden. Auf der Ebene unterhalb der Verfassung rangiert der Antrag auf gerichtliche Entscheidung²⁾. Mit ihm kann der Gefangene geltend machen, durch eine Anordnung, Verfügung oder sonstige Maßnahme der Vollzugsbehörde oder auch die Ablehnung oder Unterlassung einer solchen in seinen Rechten verletzt zu sein. Insoweit war vor dem Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes der direkte Weg³⁾ zum Oberlandesgericht frei. Der Gefangene kann unabhängig davon Bitten, Beschwerden und Vorstellungen, die ihn selbst betreffen, an den Anstaltsleiter richten sowie gegen eine Entscheidung des Anstaltsleiters im Dienstaufsichtsweg Beschwerde führen, d.h. sich an die dienstvorgesetzte Behörde wenden, in Hessen also an den Minister der Justiz⁴⁾.

Schließlich steht dem Gefangenen sowohl der zivile Rechts-

1) So auch die überwiegende Ansicht der Autoren, die sich mit der Rechtsnatur des Vollzuges befaßt haben, z.B. Jakobi, ZStW 50, 379; Tiedemann, S. 91 ff; Kern, Strafrechtsverfassungsrecht, S. 255; F. Depenbrock, Diss. S. 42.

2) § 109 StVollzG

3) Nr. 196 DVollzO Abs. 1, §§ 23, 24, Abs. 1 EGGVG in Hessen, sonst Vorschaltbeschwerde

4) Früher Nr. 194 Abs. 1 u. 2 DVollzO

schutz zur Verfügung, d.h. die Möglichkeit, Vermögensschäden, die er durch Amtspflichtverletzungen erlitten hat, ersetzt zu verlangen, als auch der gesamte vom Strafgesetzbuch eingeräumte Rechtsschutz.

Aber alle Rechtsbehelfe, mögen sie noch so zahlreich und umfassend sein, boten kein hinreichendes Surrogat für eine die Grundrechte des Gefangenen betreffende gesetzlich klar begrenzte Eingriffsermächtigung. Diese ist für die Durchführung eines geordneten Vollzugs ebenso notwendig, wie sie auch nur allein Gewähr dafür zu bieten in der Lage ist, die Gefahr von Willkürmaßnahmen der Vollzugsverwaltung den Prinzipien des Rechtsstaates entsprechend weitestgehend zu bannen.

b. Rechtsstaatlichkeit als Begrenzungsmaßstab staatlicher Eingriffsverwaltung

Der Versuch, aus dem besonderen Gewaltverhältnis¹⁾ bestimmte Eingriffsrechte herzuleiten, blieb umstritten. Dies insbesondere deshalb, weil im Alltagsgeschehen der Praxis unter der Konstruktion des besonderen Gewaltverhältnisses nahezu alle Maßnahmen des Vollzuges, die eine Einschränkung von Grundrechten eines Gefangenen zur Folge hatten, legitimiert wurden.

Die insoweit vorhandene Gefahr der Beeinträchtigung der dem Gefangenen zustehenden Grundrechte mußte unter der Perspektive der Rechtsstaatlichkeit zwangsläufig zum Zentralproblem werden. Dazu führte insbesondere die Auffassung des BVerfG²⁾, nach der "die traditionelle Ausgestaltung des Strafvollzuges als eines besonderen Gewaltverhältnisses es

1) vgl. Laband, 5. Aufl. S. 432 ff; Forsthoff, Lehrbuch, S. 120; Fleiner, S. 176 f; Munch, Diss. S. 15 ff; BVerwGE 14, 84 (86); Ule, VVDStL 15, 133 ff; Wolff-Bachof I, § 32, IVc, S. 212 f; Spanner, Anm. zur Entscheidung des oVG Münster, DÖV 63, 29

2) BVerfGE Beschl. v. 14.3.1972 (BVerfGE 33, 1 ff)

zuließ, die Grundrechte des Strafgefangenen in einer unerträglichen Unbestimmtheit zu relativieren". Das Bundesverfassungsgericht¹⁾ entschied folgerichtig, daß Eingriffe in die Grundrechte der Gefangenen ohne konkrete gesetzliche Grundlage nur noch für eine bestimmte Übergangszeit hingenommen werden könnten.

Der Gesetzgeber hat innerhalb der vorgegebenen Frist das Strafvollzugsgesetz für Erwachsene geschaffen und zum 1. 1. 1977 in Kraft gesetzt.

Damit wurde basierend auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit die Gefahr staatlicher Willkür gebannt, da Eingriffe in die Grundrechte der Gefangenen jetzt nur noch im Rahmen der gesetzlich klar umrissenen Eingriffsermächtigungen erfolgen dürfen.

Die gesetzliche Markierung des Ermächtigungsbereiches hat zweifelsohne als Auswirkung des Rechtsstaatsprinzips eine bahnbrechende Bedeutung für die Stellung des Gefangenen im Vollzug. Allerdings garantiert sie vordergründig nur den sogenannten negativen Abwehrstatus oder "status negativus".

Die Konsequenzen eines nur so gedachten Verfassungsverständnisses können mithin nicht zufriedenstellen, weil immer noch ein Strafvollzug denkbar ist, der sich zwar im Rahmen der Ermächtigung bewegt, nicht aber darauf bedacht ist, was der im übrigen sich selbst überlassene Gefangene aus seiner Strafe macht. Das bliebe ausschließlich seine Sache. Insofern wäre sogar noch immer die Durchführung eines nahezu reinen Verwahrvollzuges²⁾ möglich.

1) BVerfGE 33, 13; 4, 276 ff. Vgl. Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges, S. 24; Rupprecht, Grundrechtseingriffe im Strafvollzug, NJW 1972, 1345-1348; Callies/Müller-Dietz, Strafvollzugsgesetz, Einl. 27 vor § 2 StVollzG; Müller-Dietz, Wege zur Strafvollzugsreform, S. 17

2) vgl. Böhm, A., Strafvollzug zwischen Tradition und Reform, S. 14, 26, 30

Die angestellten Überlegungen zeigen, daß das Rechtsstaatsprinzip für die Ausgestaltung des Vollzuges von untergeordneter Bedeutung bleiben muß und nicht als Träger staatlicher Verpflichtung zu optimaler Vollzugsgestaltung Eingang in § 2 StVollzG gefunden haben kann.

2. § 2 StVollzG und das Prinzip der Sozialstaatlichkeit

a) Rechtliche Bedeutung des Sozialstaatsprinzips

Damit unter einer solchen denkbaren Konsequenz¹⁾ die eigentliche Zielvorstellung des Vollzuges, nämlich die soziale Integration²⁾ des Delinquenten, wie sie in § 2 StVollzG angesagt ist, nicht ihrer Priorität³⁾ entkleidet wird, muß diese ebenfalls verfassungsrechtlich abgesichert sein.

Insoweit geht es um den dynamischen Bereich des Vollzuges, dem das Ausagieren der dem Gefangenen zustehenden Grundrechte zuzuschreiben ist. Dieses dynamische, die Vollzugsgestaltung umfassende Feld hat seine verfassungsrechtliche Basis und seine damit verbundene Bedeutung auf der Ebene des Sozialstaatsprinzips⁴⁾ gefunden.

-
- 1) Vgl. Nr. 69 Abs. 1 DVollzO, in der es immerhin noch heißt, daß der Gefangene der Anstaltsgewalt "unterliegt". "Insbesondere erscheinen rechtsstaatliche Überlegungen im Vollzug immer 'zeitgemäß'", Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges, S. 23.
 - 2) Gerber: Die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes 1956, in: Rechtsstaatlichkeit u. Sozialstaatlichkeit. Hrsg. Forsthoff, 359 ff; Huber, Rechtsstaat und Sozialstaat in der mod. Industriegesellschaft in: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Hrsg. Forsthoff, S. 589 ff, 599, 603, 606, 612.
 - 3) Bt.Drs. 7/918, 44
 - 4) Schüler-Springorum, Strafvollzug im Übergang, S. 260 ff; Badura, Das Verwaltungsrecht des liberalen Rechtsstaats, S. 20 f; Maunz, Staatsrecht, S. 58; Menger, Der Begriff des Sozialen Rechtsstaates, S. 62, 63, 65, 71; Hartwich, Sozialstaatspostulat u. gesellschaftlicher Status qz, S. 306 ff; Forsthoff u. Bachof, Der soziale Rechtsstaat,

Dabei ist das Prinzip der Sozialstaatlichkeit nicht isoliert zu sehen, sondern in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip als der nichtverzichtbaren Basis in dem komplexen Gefüge der Rechtsposition des Gefangenen¹⁾.

Die organisch wirkende Zusammenordnung des sog. negativen Abwehrstatus mit dem sog. positiven "sozialen Integrationsstatus", in den Pflichten und Rechte des Staates wie des Gefangenen gleichermaßen eingehen²⁾, ist deshalb nicht nur die schwierigste Rechtsfrage des modernen Strafvollzugs³⁾ überhaupt, sondern die Grundlage für die Legitimierung modernen Behandlungsvollzugs.

Eine diesem modernen Verfassungsverständnis entsprechende Interpretation des § 2 StVollzG könnte weiterführende, die praktische Ausgestaltung des Vollzuges betreffende Einsichten vermitteln und sie rechtfertigen⁴⁾. Dies bezieht sich insbesondere auf die nach § 2 zu begründende staatliche Verpflichtung, den Vollzug mit den vorhandenen sächlichen und personellen Mitteln optimal zu gestalten.

Welche Bedeutung insoweit dem Sozialstaatsprinzip beizumessen ist, kann erst nach einer Konkretisierung seines Inhalts und Charakterisierung seiner Rechtsnatur ermessen werden⁵⁾. Es liegt nahe, das Prinzip der Sozialstaatlichkeit, dessen

VVDStRL 12, 1954, S. 37-84; vgl. Häberle, Grundrechte im Leistungsstaat, VVDStRL 30, 1972, 43 ff; Müller-Dietz, Strafzumessung u. Behandlungsziel MDR 1974, 1-7; BVerfG NJW 1973, 1226 ff (1234).

- 1) Würtenberger, Kriminalpolitik im sozialen Rechtsstaat, S. 197 ff, 216 ff; ders., Akzente des künftigen Strafvollzugsgesetzes, JZ 25, 425; 456; Müller-Dietz, Strafvollzugsgesetzgebung, S. 72, 109 ff.
- 2) Müller-Dietz, Wege zur Strafvollzugsreform, S. 17
- 3) Würtenberger, Kriminalpolitik im sozialen Rechtsstaat, S. 223
- 4) Müller-Dietz, Wege zur Strafvollzugsreform, S. 27; ders., Probleme des modernen Strafvollzugs, S. 23-28
- 5) ebenda, S. 23 ff

Ursprung auf Art. 20 I GG, der vom sozialen Bundesstaat, und auf Art. 28 I, S. 1 GG, der vom sozialen Rechtsstaat spricht, zurückzuführen ist, als Verfassungsnorm einzustufen. Normqualität wird indessen in der Lehre nicht einheitlich angenommen.

Die Ansichten sind hier weit gefächert und liegen über die gesamte Skala der nur erdenklichen Möglichkeiten verteilt. Diese reicht von der typenmäßigen Kennzeichnung des Staates¹⁾, über den substanzlosen Blankettbegriff²⁾, ein Gerechtigkeitsprinzip³⁾, einen Programmsatz⁴⁾, einen verbindlichen Auslegungssatz⁵⁾ bis hin zur Annahme unmittelbar geltenden Verfassungsrechts⁶⁾.

Ohne auf die gegenteiligen Auffassungen der Lehre einzugehen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, geht das Bundesverfassungsgericht von dem Normcharakter der Sozialstaatsgedankens aus⁷⁾. Allerdings macht das Gericht selbst hierzu keine grundsätzlichen, eigenen Ausführungen, so daß sich lediglich aus der Handhabung des Sozialstaatsgedankens entnehmen läßt, soweit beispielsweise die verschiedenen Formen staatlichen Handelns auf ihre sozialstaatliche Vereinbarkeit überprüft werden, daß das Gericht von der Annahme einer verbindlichen Verfassungsnorm ausgeht. Das gleiche gilt für die Verfassungsgerichte der Länder⁸⁾. Ähnlich liegen auch

1) Forsthoff, VVDStRL 12, S. 8 ff

2) Grewe, DRZ S. 359 ff (351)

3) Maunz, Staatsrecht S. 77 ff (78)

4) Giese, Grundgesetz, Erl. II 4 zu Art. 20, S. 46, 55

5) Mangoldt-Klein, S. 606

6) Hamann, Das Grundgesetz, Art. 20 B 3 a; vgl. auch Zusammenstellung bei Brinkmann, Grundrechtskommentar Art. 20 I 2 b

7) BVerfGE 1, 105; demnach handelt es sich um eine Auslegungsnorm und zugleich um eine Verpflichtung des Gesetzgebers zu sozialer Aktivität.

8) Vgl. Sozialstaatserklärung in Art. 3 BayVerf; s. Entsch. des BayVerfGH in BayBGHE Bd. 7 II, S. 1 ff (3)

die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes¹⁾, des Bundesgerichtshofes²⁾ sowie des Bundesarbeitsgerichtes³⁾. Zwar teilt der Bundesfinanzhof die Auffassung von der Normqualität⁴⁾ ebenso wie das Bundessozialgericht nicht in vollem Umfange, doch ist angesichts der in der Sache ganz klaren Haltung des Bundesverfassungsgerichts die abweichende Meinung der beiden Obergerichte von untergeordneter Bedeutung. In der Mehrzahl der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die den Sozialstaatsgrundsatz mit einbeziehen, überprüft es gesetzliche Regelungen auf ihre Vereinbarkeit hiermit und sieht diese zum Teil ausdrücklich als sozialstaats- und damit verfassungswidrig an.

Abgesehen davon lassen sich sogar Entscheidungen von Gerichten zitieren, die ebenso wie auch vereinzelt im Schrifttum, dem Sozialstaatsgedanken noch seine übergeordnete Bedeutung unterstreichende Bezeichnungen anfügen⁵⁾.

Hieraus könnte sogar ein Hinweis erblickt werden, daß der Gehalt des Sozialstaatsprinzips über eine "einfache" Verfassungsnorm hinausgehen könnte, mit der Maßgabe, daß Verfassungsnormen selbst an ihm gemessen werden könnten.

Eine eindeutige dahingehende Schlußfolgerung läßt sich jedoch an den, wenn auch bezeichnenden, Attributen, wie dem vom Bundesverfassungsgericht gebrachten Terminus "eines tragenden Prinzips unseres Staates"⁶⁾, oder dem von den übrigen

1) Etwa BVerwGE 8, 4 ff (7); z.B. auch OVG Münster, 18, 302 ff (207 f)

2) BGHZ 25, 232 ff (234 f); NJW 57, 1925 f; DÖV 58, 315, wonach die Gefangenenunfallfürsorge sozialstaatlich aktualisiert betrachtet wird, da sie sonst nicht mehr als geltendes Recht angesehen werden könnte.

3) Das BAG spricht ausdrücklich vom normativen Bekenntnis zum Sozialstaat, BAG 1, 51 ff (56), 1, 185 ff (193); BAG 4, 274 ff (276)

4) BFH 74, 42 ff (46)

5) BSG 1, 134 ff (144)

6) BVerfGE 3, 377 ff (381), "nach dem das GG die Sozialstaatlichkeit zu den tragenden Prinzipien unseres Staates erklärt hat".

Gerichten übernommenen Terminus aus dem Schrifttum wie Staatsleitbild¹⁾ oder Grundnorm obersten Ranges²⁾ nicht ableiten.

Besonderes Gewicht, mag es sich um überpositives Recht handeln oder nicht, gewinnt die Sozialstaatsklausel jedoch dadurch, daß sie gemäß Art. 79 III GG keiner Änderung des Grundgesetzes unterliegt. Diesen Aspekt stellt das Kammergericht heraus, wenn es ausführt³⁾, die Bestimmung des Art. 20 GG sei Grundsatzbestimmung im Sinne des Art. 79 III GG und als solche einer Änderung der Verfassung entzogen. Dadurch wird die Bedeutung herausgestellt, die der Schöpfer der Verfassung einer sozialen Ordnung schlechthin entgegenbringt.

b) Bedeutung für die gesamte Staatlichkeit

In Anbetracht der fundamentalen Bedeutung des Sozialstaatsprinzips als verbindliche Verfassungsnorm gehört es in den Bereich des Selbstverständnisses, daß von ihm die gesamte Staatlichkeit durchwoben ist. Bei der Ausübung öffentlicher Gewalt, d.h. im Rahmen der Legislativen, Exekutiven und Judikation muß das Sozialstaatsprinzip beachtet werden⁴⁾.

Diese insbesondere in der Rechtsprechung vertretene Auffassung wird zusammenfassend dahingehend formuliert: Die Realisierung der Sozialstaatlichkeit macht eine soziale Grundhaltung bei aller Ausübung staatlicher Gewalt zur Pflicht. Dies betrifft vor allem den Gesetzgeber, der von seiner Funktion her zur Ausgestaltung und Konkretisierung des So-

1) BVerwGE 17, 306 ff (309)

2) Huber, Wirtschaftsverwaltungsrecht, I 1, 36, 37

3) JZ 55, 545 ff (546)

4) Vgl. VGH Hessen, DBVl 68, 703 ff, wo die Formulierung des Bonner Kommentars Anm. II zu Art. 20 GG übernommen wird: Die Realisierung der Sozialstaatlichkeit macht eine soziale Grundhaltung bei aller Ausübung staatlicher Gewalt zur Pflicht.

zialstaatsgrundsatzes berufen ist. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts¹⁾ kommt der Legislativen insofern eine besondere Pflichtigkeit zu, weil ihr der demokratische Staat mit dem Sozialstaatsprinzip einen umfassenden Fürsorgeauftrag erteilt hat. Die hervorgehobene Funktion der Gesetzgebung bei der Gestaltung des Sozialstaates wird auch sonst mit meist ganz ähnlichen Formulierungen betont²⁾.

Danach sind soziale Aktivitäten zu entfalten, und es ist zu verhüten, daß einzelne Gruppen der Bevölkerung unterdrückt oder schwer benachteiligt werden. Die Erfüllung speziell des Sozialauftrages tritt dort am deutlichsten hervor, wo der Gesetzeszweck auf die Herstellung und Wahrung sozialer Gerechtigkeit im Rahmen allgemeiner Fürsorge gerichtet ist. Die Bindung des Gesetzgebers an das Sozialstaatsprinzip stellt eine soziale Ermessensschränke dar, die verständlicherweise dort besonders eng ist, wo es um den Problembereich der Einschränkung bzw. der Verwirklichung von Grundrechten geht.

Der Gesetzgeber muß also, wenn er sich im grundrechtlich besonders geschützten Raum bewegt, die Bedeutung der Grundrechte einschließlich der übergeordneten Verfassungsnormen zum Ausgangspunkt seiner Regelungen machen.

Ebenso ist die Verwaltung gehalten, im Rahmen der Gesetzesanwendung eine sozialstaatsorientierte Ermessensausübung zu gewährleisten. Mit Bachoff und Hamann kann die Ansicht vertreten werden, daß die Sozialstaatserklärung den Auftrag an den Staat enthält, als Hoheitsträger zur Herstellung und Wahrung sozialer Gerechtigkeit und zur Abhilfe sozialer Bedürftigkeit tätig zu werden³⁾. Der Verwaltung kommt die Aufgabe

1) BVerfGE 1, 97, 101, 105 ff

2) BAG 1, 51 ff (56 f)

3) Bachof, Begriff und Wesen des Sozialen Rechtsstaates, VVDStRL 12, 37 ff (39); Hamann, Öffentliche Kredite und Bürgschaften, BB 53, 865

zu, die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates zu garantieren¹⁾, zumal insbesondere die immer mehr im Vordergrund stehende darreichende Verwaltung für die Existenz des Einzelnen einzustehen hat.

Auch die Rechtsprechung ist an das Sozialstaatsprinzip gebunden, deren Bedeutung für die Auslegung des Grundgesetzes sowie der nachgeordneten Gesetze nicht zu unterschätzen ist. Sie kommt zum Ausdruck in den Formulierungen "bindende Richtschnur" oder "wichtige Auslegungsrichtlinie". Einer Entscheidung des LSG²⁾ Essen zufolge ist die Rechtsprechung verpflichtet, "die Maßstäbe der sozialen Gerechtigkeit zu beachten". Die in diesem Rahmen stattfindende Kontrollfunktion der Gerichte erstreckt sich sowohl auf die Gesetzgebung selbst als auch auf die Verwaltung, so daß das Sozialstaatsprinzip insoweit gewissermaßen Maßstab und Bindung zugleich im Bereich der geteilten und gegenseitig verpflichteten Staatsgewalten darstellt.

Die dargelegte Gewichtigkeit und Omnipräsenz des Sozialstaatsprinzips läßt jedoch alleine noch keine hinreichend qualifizierte Aussage ableiten, die eine bestimmte Konsequenz für die Art der Ausgestaltung des Vollzuges zum Gegenstand haben könnte.

c) Inhaltliche Konkretisierung der Sozialstaatlichkeit

Es soll deshalb versucht werden, eine inhaltliche Konkretisierung der Sozialstaatlichkeit herbeizuführen, d.h. sie möglicherweise in einen formelhaften Begriff von allgemeiner Bedeutung einzukleiden.

1) Badura, Verwaltungsrecht im liberalen und im sozialen Rechtsstaat, S. 6; VGH in ESVGH 14, 50 ff (60 f)

2) NJW 1959, 789 ff (791)

aa) Konkretisierung über die Wortbedeutung "sozial"

Es fehlt nicht an Versuchen, dieses Ziel über die Wortbedeutung "sozial" anzustreben¹⁾. Z.B. sind "gesellschaftlich, gesellig" usw. Begriffen wie "je nach Situation" als der "Asozialität" entgegengesetzt genannt worden.

Bei der Bedeutungsvielfalt, die der Begriff "sozial" allerdings haben kann, erscheint es mehr als zweifelhaft, ob man auf diesem Wege den Sozialstaatsgedanken begrifflich enger fassen kann²⁾. Die allgemeinen Umschreibungen, die sich als besonders einprägsame Formulierungen der Lehre darstellen³⁾, beinhalten jeweils nur Teilaspekte. Auch die Rechtsprechung ist über den Begriff "sozial" nicht zu einer einheitlichen Eingrenzung der Sozialstaatlichkeit vorgedrungen, sondern wendet sich ebenfalls lediglich Teilbereichen zu.

Zwei Formulierungen, die sich von den bereits genannten kaum abheben, seien noch angeführt. Das LSG Bremen⁴⁾ faßt die Sozialstaatlichkeit als Komponente der sozialen Gerechtigkeit auf und versucht, diese dann folgendermaßen zu definieren: "... und diese Gerechtigkeit als soziale soll insbesondere dem Geschick der wirtschaftlich, gesundheitlich und kulturell oder sonstwie Gefährdeten oder Schwachen zugewandt sein, erforderlichenfalls durch die abstrakte staatsbürgerliche Gleichheit, durch staatliche Intervention und durch Daseinsvorsorge zu einer materiellen Gleichheit innerhalb bestimmter Bereiche umgestaltet werden".

1) Forsthoff, Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaats, S. 199; Verfassungsprobleme des Sozialstaates, S. 5

2) Vgl. Badura, Die Daseinsvorsorge als Verwaltungszweck der Leistungsverwaltung u. der soziale Rechtsstaat, DÖV 1966, 624 ff (625). "Sozial" heißt hier zuerst dasselbe wie in der Wortverbindung "sozialer Fragen" und bezieht sich auf die wirtschaftliche, kulturelle und politische Emanzipation der Arbeiterklasse, "sozial" heißt aber auch gesellschaftlich.

3) Eine Zusammenfassung der von der Lehre gegebenen, gebräuchlichsten Umschreibungen gibt Brinkmann, Grundrechtskommentar zum Grundgesetz Anm. 1 c zu Art. 20 I GG.

4) BB 57, 543; BGHZ 40, 225 (228)

Daneben findet sich die allgemeine Umschreibung, Art. 20 GG habe den Schutz der Staatsbürger gegen die Wechselfälle des Lebens zu einem Verfassungsgrundsatz erhoben¹⁾.

bb) Konkretisierung über die Funktionalität

Weitere Versuche, den Bedeutungsinhalt des Sozialstaatsprinzips enger einzugrenzen, heben auf die funktionale Bedeutung ab. Insoweit liegt die Erwägung zugrunde, daß die Sozialstaatsklausel einen Sozialauftrag enthält, der den Staat nicht nur ermächtigt, sondern vor allem "verpflichtet", die Sozialordnung "aktiv" zu gestalten. Deshalb ist in diesem Zusammenhang vordergründig der Gedanke eines umfassenden Fürsorgeauftrages zu sehen. Die Pflicht, zu verhüten, daß einzelne Gruppen der Bevölkerung unterdrückt oder schwer benachteiligt werden, sowie die Pflicht zur Herstellung und Wahrung sozialer Gerechtigkeit und zur Abhilfe sozialer Bedürftigkeit oder die Pflicht, für die Existenz des einzelnen einzustehen, werden genannt. Bei all diesen Formulierungen ist wesentlich der soziale Ausgleichsgedanke²⁾. Mit sozialer Bedürftigkeit ist eine Situation gekennzeichnet, in der der einzelne von der Hilfe der Allgemeinheit abhängig ist, weil seine eigenen Kräfte zu deren Bewältigung nicht ausreichen³⁾.

Dies wird deutlich, wenn z.B. das Bundesverfassungsgericht⁴⁾ die staatliche Daseinsvorsorge als Mittel der Abhilfe sozialer Bedürftigkeit⁵⁾ oder sozialer Schutzbedürftigkeit⁶⁾ herausstellt.

1) BGHSt 6, 276 ff (278); NJW 64, 300

2) Scheuner: Grundfragen des modernen Staates, S. 154 und weitere Angaben zum Schrifttum

3) Etwa im Sinne Forsthoffs: Die Verwaltung als Leistungsträger S. 5

4) BVerfGE 21, 245 ff (251), wonach die dem Staat obliegenden Daseinsvorsorge ihm durch das Gebot der Sozialstaatlichkeit vom GG besonders aufgegeben ist.

5) Vgl. insb. OVG Rheinland-Pfalz, VerwR 18, Nr. 27, 111 ff: Inhaltlich zielt diese Grundentscheidung der Verfassung auf Herstellung sozialer Gerechtigkeit u. Abhilfe sozialer Bedürftigkeit durch staatliche Daseinsvorsorge.

6) So treffend BVerfGE 23, 135 (145) ; NJW 68, 931

Die Überlegungen zum funktionalen Bedeutungsinhalt lassen ebenfalls erkennen, daß eine allgemeingültige Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips nicht von vornherein in einem bestimmten Sinne festgeschrieben werden kann.

Derartige Verfassungsgrundsätze lassen erst durch die Art ihrer Verwirklichung konkrete Formen erkennen. Erst durch ihre Anwendung auf einem speziellen Sektor kann ihr Bedeutungsinhalt näher bestimmt werden¹⁾, wenn auch bereits über die Funktionalität eine "allgemeine Pflichtigkeit" zur Vor- und Fürsorge erkennbar wird.

d) Inhaltliche Bedeutung und Konkretisierung der Sozialstaatlichkeit speziell für den Bereich Vollzug

Nach der getroffenen Feststellung muß auch für den Bereich des Justizvollzugs die inhaltliche Konkretisierung der Sozialstaatlichkeit partiell für seinen Funktionsbereich ausgemacht werden. Dabei kann angesichts der bereits dargelegten Bedeutung des Sozialstaatsprinzips für die gesamte Staatlichkeit davon ausgegangen werden, daß weder Staat noch Gesellschaft noch die Strafvollzugsorgane selbst sich einer engen Durchdringung des künftigen Strafvollzugswesens von dem Geiste moderner Sozialstaatlichkeit auf Dauer zu verschließen vermögen, wenn auch eine solche Entwicklung bisher lediglich von Verfassungsrechtlern und Vollzugstheoretikern angestrebt worden ist²⁾.

1) Als Folge dieser Erkenntnis versteht sich auch die Sozialenquete gemäß Beschluß der Bundesregierung v. 29.4. 1964, deren Aufgabe es war, das gegenwärtige Sozialrecht u. dessen Auswirkungen in überschaubarer Form darzustellen.

2) Württenberger, Kriminalpolitik im sozialen Rechtsstaat 1970 S. 222 ff; ders., Strafvollzug im sozialen Rechtsstaat in: Die Strafvollzugsreform, Hrsg. v. Arthur Kaufmann, S. 11-19; Schüler-Springorum, Strafvollzug im Übergang S. 260 ff; Roxin, Kriminalpolitik u. Strafrechtssystem S. 10 f

Wie und in welcher Intensität der deutsche Strafvollzug künftig vom Geiste des Sozialstaatsprinzips durchwoben sein wird, stellt ein Zeitproblem dar, das in seiner Dimension und Dringlichkeit heute noch kaum voll erkannt sein dürfte.

Die Problematik erhellt angesichts der Tatsache, daß der Vollzug eine sehr komplexe Einheit darstellt, in die die Sozialstaatlichkeit mit ihrem breitgefächerten Wirkungsbereich nicht ohne weiteres Eingang finden kann, zumindest nicht auf dem Wege administrativer Anordnung. Als dynamisches Phänomen, das dem Gefangenen die Möglichkeit des Ausagierens seiner ihm zustehenden Grundrechte gewährleisten soll, muß und wird der Einfluß der Sozialstaatlichkeit wachsen. Dazu ist allerdings eine normative Konkretisierung die beste Voraussetzung, auch wenn sie zweifelsohne lediglich den Charakter einer Rahmenvorschrift annehmen kann. Ihr Inhalt muß über die bloße Garantie der dem Gefangenen zustehenden Grundrechte hinausgehen, zumal diese Garantie bereits als Ausfluß des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit durch Schaffung konkret begrenzter Eingriffsermächtigungen gewährleistet ist. Die Basisregelung sozialstaatlicher Vollzugsgestaltung hat den gesamten Fächer sozialstaatlicher Zielvorstellungen abzustecken. Die Breite dieser Fächerung wird an Einzelformulierungen spürbar. Das Bundesverfassungsgericht¹⁾ spricht z.B. in seiner Entscheidung v. 5. 6. 1973 unter spezieller Bezugnahme auf den Personenkreis der Gefangenen, das Sozialstaatsprinzip verlange Vor- und Fürsorge für Gruppen der Gesellschaft, die aufgrund persönlicher Schuld, Unfähigkeit und Schwäche oder gesellschaftlicher Benachteiligung in ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung behindert sind.

Daraus ergibt sich bereits die Verpflichtung für den Staat, sich nicht nur auf bloße Vor- und Fürsorge hinsichtlich des Lebensunterhaltes zu beschränken, wenn er die Freiheit ent-

1) BVerfGE NJW 1973, 1226 ff (1231)

zieht, sondern er muß in umfassender Weise Hilfe leisten, um seiner sozialstaatlichen Verpflichtung zu genügen.

Nach Müller-Dietz¹⁾ zielt das Sozialstaatsprinzip, wenn nicht alleine, so doch sicher in erster Linie darauf ab, sozial Schwächeren bzw. gesellschaftlich Benachteiligten zu einer gerechten Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern und damit unmittelbar zur Selbstverwirklichung zu verhelfen.

Insoweit ist die Forderung von Wichtigkeit, daß der moderne Sozialstaat ein neues Verhältnis zum verurteilten Rechtsbrecher gewinnen muß, für das reiner Verwahrungsvollzug nur als Ausnahme in Einzelfällen denkbar und rechtlich vertretbar wäre²⁾.

Der Sozialstaat verlangt, daß im Vollzug dem Gefangenen persönliche Hilfe zur Ermöglichung eigener Selbsthilfe geleistet und soziale Betreuung und Fürsorge gewährt werden. In dem Zusammenhang erscheint die Feststellung wichtig, daß soziale Bedürftigkeit nicht allein an dem für die physische Existenz Notwendigen zu messen ist, sondern auch und gerade daran, was für die psychische Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen erforderlich ist³⁾.

Nach Schüler-Springorum⁴⁾ ruht im Wirkungsbereich des Vollzuges das Schwergewicht aller Bemühungen um den Gefangenen auf der Ordnung seiner Beziehungen zur Gemeinschaft mit anderen Menschen.

Um diese hohe Aufgabe zu erfüllen, nämlich bei dem Gefangenen die Einsicht zu wecken, seine bisher gestörten Beziehungen zur Gemeinschaft zu revidieren, um sie neu zu ordnen,

1) Müller-Dietz, Wege zur Strafvollzugsreform S. 17

2) ebenda S. 28

3) BVerfGE 14, 294 (297); MDR 62, 926 f

4) Schüler-Springorum S. 262, 269

muß der Vollzug insbesondere darum bemüht sein, die individuelle Einwirkung auf den einzelnen Gefangenen in den Vordergrund zu stellen. Ähnlich formuliert auch Würtenberger¹⁾ die als Ausfluß des Sozialstaatsprinzips dem Vollzug obliegende Aufgabe. Danach haben im Mittelpunkt aller Bemühungen um den Rechtsbrecher die Gestaltung der mitmenschlichen Beziehungen zu seiner Mit- und Umwelt zu stehen.

Um die gesamten in den Einzelbeschreibungen anklingenden Einwirkungsmöglichkeiten des Sozialstaatsprinzips in der Vollzugsgestaltung in einer speziell für diesen Bereich gültigen Formel einzufangen, hat sich der Gesetzgeber bei der Abfassung des Vollzugsgesetzes bemüht²⁾.

Wie es scheint, ist es ihm auch, soweit dies überhaupt möglich ist, in dem bereits zitierten § 2 StVollzG gelungen:

Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel).

Entsprechend der übergeordneten Verfassungsnorm der Sozialstaatsidee ist mithin als Zielvorstellung des Vollzugs, die Befähigung des Gefangenen zu einem Leben in sozialer Verantwortung verankert³⁾.

Mit dieser Gesetzesformulierung ist der Gesetzgeber seiner

-
- 1) Würtenberger, Reform des Strafvollzugs im sozialen Rechtsstaat, JZ 1967, 239 ff
 - 2) Müller-Dietz, Probleme des mod. Strafvollzuges S. 65; ... ein StVollzG, das sich auch als Erfüllung des Sozialstaatsprinzips versteht ...
 - 3) Calliess/Müller-Dietz, Strafvollzugsgesetz Einl. 29, 30-35 vor § 2 StVollzG; Der Bundesrat will die Gesichtspunkte der Weckung von Schuldansicht, der Hinführung zu selbstverantwortlichem Verhalten u. des Schutzes der Allgemeinheit als Aufgaben des Vollzuges in StVollzG verankert wissen (vgl. BT-Drs. 7/918, S. 108); vgl. auch BT-Drs. 7/918, S. 44

bereits dargelegten Verpflichtung in vollem Umfange nachgekommen, soziale Aktivität zu entfalten und der Benachteiligung einer Randgruppe der Bevölkerung vorzubeugen, und zwar genau in dem Bereich, in dem die Gefahr der unzulässigen Einschränkungen von Grundrechten, insbesondere im dynamisch gestalterischen Bereich nicht unterschätzt werden darf. Der Gesetzgeber hat mithin in § 2 StVollzG die gesellschaftliche Eingliederung des kriminell in Erscheinung getretenen Mitbürgers als Konkretisierung des tragenden Verfassungsprinzips der Sozialstaatlichkeit normativ gestaltet. Insoweit wird nicht nur die materiell herausragende Wichtigkeit des § 2 StVollzG gegenüber den anderen Bestimmungen des Gesetzes manifestiert, sondern es ist auch rein formal dem Normcharakter, der dem Sozialstaatsprinzip selbst auf der Ebene des Verfassungsrechts innewohnt, im Bereich des Vollzuges Ausdruck verliehen. Diese Auffassung wird nicht nur getragen durch die bereits aufgezeigte Bedeutung, die dem Sozialstaatsgedanken in dem Bereich der gesamten Staatlichkeit und speziell in dem des Vollzuges innewohnt. Sie wird insbesondere gestützt und abgerundet durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 5. 6. 1973¹⁾. Hierin führt das Gericht aus,

"dem Gefangenen sollen Fähigkeiten und Willen zu verantwortlicher Lebensführung vermittelt werden. Er soll es lernen, sich unter den Bedingungen einer freien Gesellschaft ohne Rechtsbruch zu behaupten, ihre Chancen wahrzunehmen und ihre Risiken zu bestehen".

Das Gericht stellt ausdrücklich fest, daß diese Forderung, die Zielvorstellung und Behandlungsmaxime umfaßt, Eingang schon in § 2 "des Entwurfs" gefunden hat, und auf dem Sozialstaatsprinzip abhebt. Hierzu führt das Gericht aus:

"Verfassungsrechtlich entspricht diese Forderung (gemeint ist Resozialisierung durch Behandlung) dem Selbstverständ-

1) BVerfGE, NJW 1973; 1226 ff (1231)

nis einer Gemeinschaft, die die Menschenwürde in den Mittelpunkt ihrer Wertordnung stellt und dem Sozialstaatsprinzip verpflichtet ist."

Angesichts der Verknüpfung von Vollzugs- bzw. Behandlungsziel mit dem Sozialstaatsprinzip und der Feststellung, daß diese Verknüpfung in § 2 StVollzG ihren Niederschlag gefunden hat, bestätigt das Bundesverfassungsgericht nicht nur die Auffassung, daß der genannten Vorschrift in ihrer Wertigkeit Verfassungsqualität beizumessen ist¹⁾, sondern auch die Konsequenz, daß gemäß § 2 StVollzG die Durchführung bzw. Ausgestaltung des Vollzuges einem hohen Wertmaßstab verpflichtet ist.

Folgerichtig bekräftigt das Bundesverfassungsgericht auch in seiner jüngsten Entscheidung²⁾ vom 29. Oktober 1975 seine bisherige Rechtsauffassung, indem es erneut die Pflichten des Staates zur entsprechenden Ausgestaltung des Vollzuges herausstellt.

Das Bundesverfassungsgericht führt insoweit wörtlich aus:

"Finanzielle Erwägungen oder organisatorische Schwierigkeiten, die ein Strafvollzugsgesetz mit sich bringen mag, dürfen eine Verabschiedung nicht unangemessen verzögern. Vielmehr muß der Staat den Strafvollzug so ausstatten, wie es zur Realisierung des Vollzugszieles (BerfGE 35,

1) Müller-Dietz, Strafzwecke und Vollzugsziel S. 560; ders., in: Probleme des modernen Strafvollzugs S. 21, 22; Württenberger, Kriminalpolitik im sozialen Rechtsstaat S. 222 f; ders., Strafvollzug im sozialen Rechtsstaat: Die Strafvollzugsreform, hrsg. v. Arthur Kaufmann 1971, S. 11-19; Schüler-Springorum, Strafvollzug im Übergang S. 260 ff; Roxin, Kriminalpolitik u. Strafrechtssystem S. 10 f; Müller-Dietz, Strafzumessung u. Behandlungsziel, MDR 1974 S. 1-7; vgl. Häberle, Grundrechte im Leistungsstaat, VVDStRL (H. 30) 1972, S. 43-141 (96)

2) BVerfGE, Beschluß des zweiten Senats vom 29.10.1975 (2 BvR 812/73) = BVerfGE 40, 276 ff (284)

202, 235) erforderlich ist ... Er hat auch die Aufgabe, die erforderlichen Mittel für den Personal- und Sachbedarf bereitzustellen (vgl. BVerfGE 36, 264, 275)".

Um so mehr ist demnach der Staat verpflichtet, zumindest die bereits vorhandenen personellen und sachlichen Mittel erschöpfend einzusetzen, d.h. eine optimale Gestaltung des Vollzuges anzustreben. Diese Verpflichtung des Staates zu optimaler Ausgestaltung des Vollzuges wird nicht etwa dadurch abgeschwächt, daß dem Gefangenen ein adäquater einklagbarer Anspruch auf optimale Behandlung nicht zuerkannt wurde. Das Bundesverfassungsgericht¹⁾ spricht lediglich vom "Interesse" des Verurteilten an der Resozialisierung.

"Vom Täter aus gesehen", so argumentiert es, "erwächst dieses Interesse an der Resozialisierung aus seinem Grundrecht aus Art. 2, Abs. 1 in Verb. mit Art. 1 GG".

Zu dem Ergebnis, dem Gefangenen etwa einen Rechtsanspruch zuzusprechen, konnte das Gericht schon aus rein formalrechtlichen Gründen nicht kommen. Unter dem Institut des Anspruchs ist nämlich nach der Legaldefinition²⁾ das Recht zu verstehen, von einem anderen ein bestimmtes Tun oder ein bestimmtes Unterlassen zu verlangen. Das Verlangen muß mithin prozessual in einem konkreten Klageantrag und in einem ebenso konkreten Urteilstenor faßbar sein.

Es bedarf nun keiner weiteren Erläuterung, daß ein "Anspruch" auf optimale Behandlung diese Voraussetzungen nicht erfüllen kann.

Eine Notwendigkeit, dem Gefangenen einen generellen Anspruch auf optimale Behandlung einzuräumen, ist auch nicht erkennbar. Er hat, wie bereits dargelegt, für den Fall

1) BVerfG, NJW 1973 S. 1231

2) Vgl. § 194 Abs. I BGB: Das Recht, von einem anderen ein Tun oder ein Unterlassen zu erlangen (Anspruch) ...

eines konkreten Begehrens, dessen Begründetheit gegeben ist, stets die Möglichkeit, dieses mit gerichtlicher Hilfe durchzusetzen.

II. Verpflichtung des Staates zu optimaler Vollzugsgestaltung gemäß § 91 JGG

Auch § 91 JGG geht wie § 2 StVollzG in seinem Wortlaut nicht auf die Verpflichtung des Staates ein, den Vollzug mit den vorhandenen personellen und sachlichen Mitteln optimal zu gestalten.

§ 91 JGG lautet:

Durch den Vollzug der Jugendstrafe soll der Verurteilte dazu erzogen werden, künftig einen rechtschaffenen und verantwortungsbewußten Lebenswandel zu führen.

Ordnung, Arbeit, Unterricht, Leibesübungen und sinnvolle Beschäftigung in der freien Zeit sind die Grundlagen dieser Erziehung. Die beruflichen Leistungen des Verurteilten sind zu fördern. Lehrwerkstätten sind einzurichten. Die seelsorgerische Betreuung wird gewährleistet.

Um das angestrebte Erziehungsziel zu erreichen, kann der Vollzug aufgelockert und in geeigneten Fällen weitgehend in freien Formen durchgeführt werden.

Die Verpflichtung zu optimaler Vollzugsgestaltung ergibt sich gleichfalls aus dem Bedeutungsinhalt der Vorschrift, der ebenfalls von dem die Pflichtigkeit tragenden Prinzip der Sozialstaatlichkeit geprägt ist. Seine Konturen sind zwangsläufig im Bereich des Jugendvollzuges¹⁾ noch viel markanter als im Erwachsenenvollzug, weil durch die Komponente des Erziehungsgedankens zusätzliche Perspektiven und Dimensionen gegeben sind.

1) Dallinger-Lackner, RN 7: Im Vollzug der Jugendstrafe geht es darum, die am meisten gefährdeten Teile unserer Jugend für die Gemeinschaft zurückzugewinnen. Diese Aufgabe ist für jedes Gemeinwesen eine der wichtigsten.

Für § 91 JGG muß deshalb um so mehr das zu § 2 StVollzG Ausgeführte insofern gelten, als hier eine Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips auf einem speziellen Bereich, nämlich dem des Jugendvollzuges, erfolgt ist, mit der verpflichtenden Maßgabe, den Vollzug mit den vorhandenen personellen und sachlichen Mitteln erzieherisch optimal zu gestalten.

Wohl vor diesem unausgesprochenen Gedankenhintergrund hat Bundesjustizminister Jochen Vogel in seiner programmatischen Rede anlässlich der konstituierenden Sitzung der Jugendvollzugskommission zurecht ausgeführt, daß das zu schaffende Jugendvollzugsgesetz auch die Leistungspflichten der Jugendstrafanstalten - eben als Ausfluß der Pflicht, den Vollzug optimal zu gestalten - eindeutig regeln müsse.

III. Zwischenergebnis

Aufgrund der bisherigen Erörterung steht als Zwischenergebnis fest, daß sich sowohl aus § 2 StVollzG als auch aus § 91 JGG die Verpflichtung des Staates ergibt, den Vollzug mit den vorhandenen personellen und sachlichen Mitteln optimal zu gestalten.

Es stellt sich nun die Frage, wie diese Verpflichtung erfüllt werden kann, d.h. welche Voraussetzungen und Bedingungen im Detail geschaffen werden müssen. Zu diesem Fragenkomplex hat das Bundesverfassungsgericht in seinen einschlägigen Entscheidungen²⁾ lediglich eine Rahmenbemerkung gemacht und ausgeführt:

Die Durchführung der Resozialisierung erfordert, durch entsprechende Einwirkung auf den Verurteilten die innere

1) Tagungsberichte der Jugendvollzugskommission Bd. I S. 4
2) BVerfG NJW 1973, 1231

Voraussetzung für seine straffreie Lebensführung zu schaffen.

Um diese Behandlungsmöglichkeit zu gewährleisten, muß der Vollzug, der nach dem heutigen Grundrechtsverständnis auf rechts- und sozialstaatlicher Basis gründet, entsprechend gestaltet sein. Die Gestaltung des Vollzugs ist aber der Natur der Sache nach in erster Linie der Vollzugspraxis vorbehalten. Sie alleine ist in der Lage, die von Vollzugstheoretikern und Wissenschaftlern vorgegebenen Systeme daraufhin zu prüfen, ob sie in die Praxis umsetzbar sind und sich dort bewähren, d.h. die Gestaltung des Vollzugs effektivieren. Der Gesetzgeber kann erst rückwirkend einschlägige, in der Praxis gesicherte Erfahrungswerte zur gesetzlichen Verankerung "de lege ferenda" berücksichtigen.

Nun ist der Bereich der Vollzugsgestaltung ein sehr komplexes Phänomen. Gegenstand der nachfolgenden Darlegungen kann es deshalb nicht sein, den gesamten Problemfächer abzustekken. Vielmehr wird der partiellen Frage nachgegangen, inwiefern für eine effektivere Vollzugsgestaltung die Anstaltsstruktur¹⁾ ein zentraler Bedingungsfaktor ist.

Zu diesem Zweck soll anhand des in der Justizvollzugsanstalt Rockenberg seit 1974 praktizierten Modellversuches geprüft werden, ob durch Veränderung der Anstaltsstruktur günstigere Voraussetzungen zur Effektivierung der Behandlung und damit des Jugendvollzugs geschaffen werden können.

1) Müller-Dietz, Vollzugsziel und innerer Aufbau der Vollzugsanstalten, ZfdStrV 1975, 204

3. Abschnitt: Strukturproblematik in der Praxis des Regelvollzuges

I. Erziehungsauftrag und Abkehr von der Struktur des Jugend- vollzuges herkömmlicher Art als totaler Institution mit Allzuständigkeit der Anstaltsleitung

A. Erziehungsauftrag nach dem Jugendgerichtsgesetz

Nach § 91 JGG soll der Verurteilte durch den Vollzug der Jugendstrafe dazu erzogen werden, künftig einen rechtschaffenen und verantwortungsbewußten Lebenswandel zu führen.

Jugendvollzug ist mithin Erziehungsvollzug.

Die mit dem 14. Lebensjahr beginnende Strafmündigkeit hat jedoch zur Folge, daß die Erziehungsarbeit nicht mehr dem Bereich der Primärerziehung, sondern allenfalls dem der Sekundärerziehung zuzuordnen ist, die zur besseren Verdeutlichung als Nacherziehung bezeichnet werden kann¹⁾. Bei ihr müssen gegenüber der Primär- oder Normalerziehung zwangsläufig besondere Gesetzmäßigkeiten vorherrschen, zumal sie größtenteils in einer festen Anstalt zu erfolgen hat.

Die Vorstellungen zur Methode²⁾ der Erziehung reichen schon in der Primärerziehung von einem Extrem, das "den nicht geschundenen Menschen als nicht erzogen" betrachtet³⁾, bis zum

1) Dallinger-Lackner, Kommentar zum Jugendgerichtsgesetz, § 91 RN 20

2) Busch, Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsentzug; Moltenhauser, BerJG Tag S. 115; vgl. Breiteneicher, HR Hauff, M. Triebe u. Autorenkollektiv Lankwitz: Kinderläden, Revolution der Erziehung oder Erziehung zur Revolution, Taschenbuch; Horst E. Richter, Die Gruppe, S. 112 ff;

3) Menander, Monostichoi 422

anderen, das dem "Laisser-faire" bzw. der "antiautoritären Edukation" verschworen ist.

Es wäre also müßig, insbesondere im Bereich der Sekundärerziehung, in einen Theorienstreit einzutreten. Im folgenden soll deshalb von dem unstreitigen Grundsatz ausgegangen werden, daß Erziehungsmaßnahmen ausschließlich am Bedarf individueller Zuwendung des zu Erziehenden ausgerichtet werden müssen.

Untersuchungen an den dem Jugendvollzug zugewiesenen Verurteilten lassen erkennen, daß bereits und gerade in der Primärerziehung gegen diese fundamentale Erkenntnis allzuoft verstoßen worden ist¹⁾. Erziehungsschäden treten insoweit in gleichem Maße auf bei Kindern, denen eine übergroße und ängstliche Zuwendung mit erheblicher Verwöhnungstendenz zuteil wurde, wie bei solchen, deren natürlicher Bedarf an Zuwendung größtenteils bis hin zum vollständigen Liebesentzug unterblieb²⁾.

Entsprechende Defizite ergaben sich sowohl bei Probanden, die in äußerlich geordneten Verhältnissen gelebt haben, als auch bei solchen, die aus offenkundig schlechten Verhältnissen kommen, weil ihre Eltern geschieden sind, sich der Trunkenheit oder anderen Suchtquellen ergeben haben, oder in Not gerieten,

1) Winterberger, Familie und Jugendkriminalität, in: Wurzbacher, Die Familie als Sozialisationsfaktor S. 353 ff; vgl. Maierhofer, Keller, Frustration im frühen Kindesalter S. 155 ff, 208 ff; Habermas, Thesen zur Theorie der Sozialisation S. 15 ff, 32 ff

2) vgl. Strotzka, H.M.D. Simon und P. Siwy, Umweltbedingungen psycho-sozialer Fehlentwicklungen; Dührsen, A., Heimkinder und Pflegekinder in ihrer Entwicklung S. 73 ff; Moser, Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur S. 91, 314 ff, 346; Wurzbacher a.a.O. S. 353 ff

weil sie aus eigenem Verschulden arbeitslos wurden¹⁾.

Kann nun eine Jugendstrafanstalt im Rahmen der Sekundärerziehung das nachholen²⁾, was im Elternhaus, in der Schule und möglicherweise in der schon begonnenen Berufsausbildung nicht erreicht worden ist? Dies wird nur dann möglich sein, wenn es ihr gelingt, die individuellen Bedürfnisse allgemeiner, schulischer und beruflicher Art der ihr anvertrauten Jugendlichen zu ergründen und bei der Lösung der in diesen Bereichen erkannten Defizite fachgerechte und ausreichende Hilfe anzubieten³⁾.

-
- 1) Böhm, Statistische Untersuchung der familiären Verhältnisse an den im Jahre 1974 in der JVA Rockenberg inhaftierten Jugendlichen

Familienverhältnisse (179, bei 3 fehlen die Unterlagen)

vollständige Familie	86	=	48 %
Eltern geschieden	40	=	23 %
Vater gestorben	14	=	8 %
Mutter verstorben	9	=	14 %
beide Eltern verstorben	3	=	1 %
unehelich geboren	27	=	15 %
Die Familie ist kriminell	23	=	13 %
Angehörige sind "asozial" (arbeitslos, trinken etc.)	75	=	42 %
Außerlich geordn. Verh.	81	=	45 %

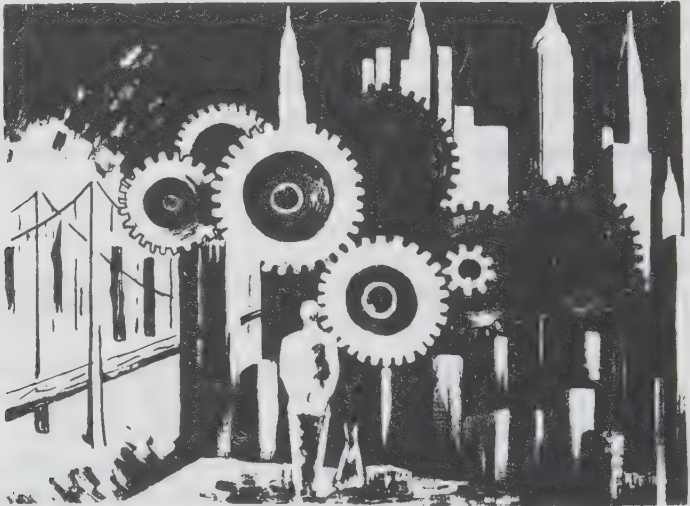
Vorbelastung (180 ausgewertet, bei 2 fehlen die Unterlagen)

90	=	50 %	waren in Heimerziehung
44	=	25 %	verbüßten zum 2. oder 3. Male Jugendstrafe
74	=	41 %	waren mit einem Schuldspruch oder zur Bewährung ausgesetzter Jugendstrafe vorbelastet. 1/3 davon zudem mit Jugendarrest
27	=	15 %	waren einmal oder mehrfach im Jugendarrest
35	=	19 %	waren nicht verurteilt. Allerdings waren 21 von diesen Jugendlichen

wegen (meist zu Straftaten führenden) Erziehungsschwierigkeiten bereits in Heimerziehung. Somit sind ohne jede Vorbelastung nur 14 = 8 %, während 108 = 60 % vor ihrer Einlieferung schon entweder in Heimerziehung oder in einer Jugendstrafanstalt (oder in beiden Einrichtungen) waren.

- 2) Dallinger-Lackner, a.a.O. § 91 RN 20
3) Dallinger-Lackner, a.a.O. § 91 RN 19, 23

Ein Verurteilter hat die Situation, in der er sich befindet und aus der ihm der Vollzug heraushelfen soll, bildlich dargestellt.



Er zeichnet einen Menschen, der vor seinen Augen ein Räderwerk hat, das ihm den Blick zur Umgebung, zur Realität verdeckt.

Vergleicht man das Räderwerk mit der kriminellen Verhaltensweise, so erhellt, daß der geringste Anstoß an einem der kleinen oder großen Zahnräder das gesamte Räderwerk in Bewegung setzt, das heißt, kriminelles Verhalten verursacht ist.

Dabei können die Ursachen der Bewegung die verschiedensten sein.

Die im Vollzug nun notwendige, individuelle Betreuung oder

1) vgl. Böhm, A., Zum Problem des Vollzugs kurzzeitiger Jugendstrafen S. 10 ff (als Beispiel eines der zusätzlichen Sonderbereiche)

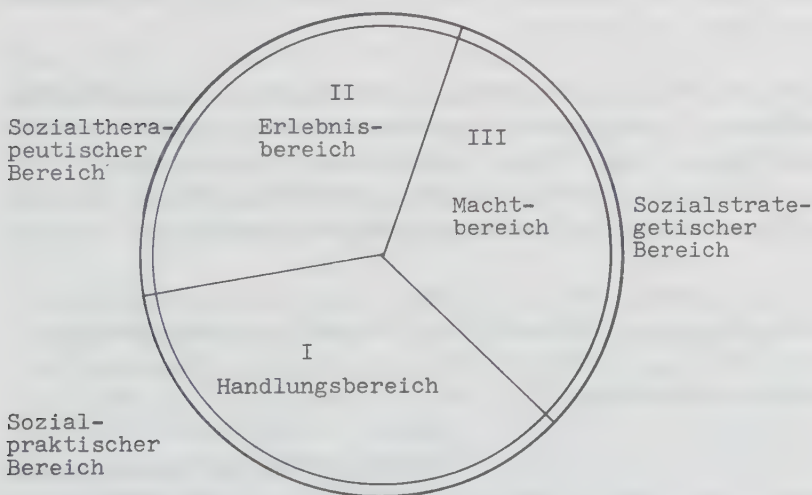
individuelle Einwirkung auf den Probanden ist nichts anderes als der Versuch, das harmonische Gefüge des Räderwerkes zu zerstören.

Dies geschieht entweder durch schrittweises Heraustrennen einzelner Zahnräder oder durch geeignete Maßnahmen, die Verhinderung ihres Ineinandergreifens zu bewirken. Auf diese Weise werden, bildlich dargestellt, die Bedingungsfaktoren krimineller Abläufe aus ihrem Kausalgefüge gelöst.

Wie muß nun der Vollzug in einer geschlossenen Anstalt arbeiten, um dieses Ziel zu erreichen, d.h. die sozial stark geschädigten Jugendlichen zu einer Verwaltenswende zu bringen?

Dies kann er nur erreichen, wenn er gleichsam in "konzertierter Aktion" versucht, auf den Eingewiesenen zuzugehen.

Vereinfacht dargestellt, läßt sich dies an einem in drei gleiche Sektoren aufgeteilten Kreis darstellen.



Im Sektor I spricht die Anstalt den Handlungsbereich des Probanden an. In diesen Bereich gehört das adäquate Angebot zum Zwecke seiner Heranführung an die Arbeit, an die Berufs- oder Schulausbildung. Dieser Bereich kann auch als Sozialpraktischer Bereich eingestuft werden.

Im Sektor II spricht die Anstalt den Erlebnisbereich des Probanden an. In ihm ist die enorm schwierige Arbeit der Motivation eines Verurteilten entsprechend der im Erziehungsplan vorgegebenen Zielvorstellungen, d.h. in Richtung der im Sektor I einzuordnenden Vorhaben, zu betreiben. Man kann diesen Bereich als sozialtherapeutischen deklarieren.

Die hier zu leistende Arbeit spielt sich, das ist der Erfahrungswert der Praxis, in der ständigen Variation des Alltags in Kleinstschritten ab. Zum Beispiel kann hierher gerechnet werden ein Lob des betreuenden Beamten für eine aufgeräumte Zelle, die Anerkennung der Gruppe für sportlich faires Verhalten oder ein Vertrauen förderndes Gespräch über die Angst eines nach langem Abbruch der Beziehungen wieder zu erwartenden Besuchs der Eltern.

Der dritte Kreisausschnitt soll den durch die Anstalt im Bedarfsfalle auszuübenden Machtbereich oder den Sozialstrategischen Bereich darstellen. Es darf nicht verkannt werden, daß hin und wieder, z.B. durch eine gezielte Hausstrafe, ein Verurteilter zu "seinem Glück" gezwungen werden kann.

Mit dem Instrumentarium der Macht muß allerdings sehr sorgfältig umgegangen werden, um nicht eine Blockade anstelle einer Förderung von therapeutischen oder sozialpraktischen Maßnahmen zu bewirken.

Insoweit führte Professor Schüler¹⁾ in seinem Festvortrag im Rahmen der konstituierenden Sitzung der Jugendvollzugskommis-

1) Tagungsberichte der Jugendvollzugskommission Bd. I S.

sion aus, daß gerade der Machtbereich in bezug auf Hausstrafen sehr sorgfältiger Abwägung bedürfe.

Seine Auffassung begründet er mit der Überlegung, daß das Klientel einer Jugendstrafanstalt bereits so sehr an Strafe gewöhnt sei, daß es in entsprechenden Situationen geradezu Strafe begehre; gewissermaßen als "game players" erwarteten die Insassen Strafe und spielten das Bestraftwerden, indem sie dies als etwas Selbstverständliches erduldeten, gleichsam mit. So komme es, daß in bestimmten Situationen "Nicht-Bestraft-Werden" größeren Einfluß auf den so "geschockten" Probanden eröffnen kann als das erwartete Gegenteil, das lediglich als "Daseinsbestätigung" empfunden würde.

Der Machtbereich sollte so wirksam angewandt werden, daß er in bezug auf das bisherige Gewöhnungsfeld des Probanden atypisch in Erscheinung tritt und damit Wirksamkeit zeitigt.

Die Kreissektoren können bzw. müssen sich situationsbedingt ergänzen, d.h. überlagernd verstärken.

Eine derart differenzierte Behandlung¹⁾ setzt jedoch voraus, daß ein System innerhalb der Behördenstruktur gefunden wird, das bei sachgerechtem Funktionieren die erforderlichen Informationen eruiert, sie auswertet, die im Einzelfall als notwendig erachteten Angebote an den Probanden heranträgt sowie die erforderlichen Effektivitätskontrollen gewährleistet²⁾.

B. Hinderungsgründe durch die herkömmliche Vollzugsstruktur

Diese Aufgabe bei einem traditionell hierarchischen Aufbau einer Vollzugsanstalt zu leisten, bereitet unüberbrückbare systemimmanente Schwierigkeiten³⁾.

1) Dallinger-Lackner, a.a.O. § 91 RN 12, 13, 17

2) Dallinger-Lackner, a.a.O. § 91 RN 18

3) Hoffmann, Asyl S. 15 ff (Begriff der "totalen Institu-

Bei der überkommenen Anstaltsstruktur ist nämlich, gemäß der bis zum 31.12.1976 gültig gewesenen bundeseinheitlichen Dienst- und Vollzugsordnung (DVollzO), der gesamte Vollzug auf den "allmächtigen" Anstaltsleiter zugeschnitten. In Nr. 13 Abs. 1 DVollzO¹⁾ hieß es:

"Der Anstaltsleiter trägt die Verantwortung für den gesamten Vollzug und achtet darauf, daß die Gefangenen nach den Vorschriften behandelt und angemessen beschäftigt werden. Er genehmigt den Vollzugsplan (Nr. 58 Abs. 4 DVollzO) und überwacht seine Durchführung."

Jeder weiß, daß der Anstaltsleiter in der beschriebenen Funktion auch im Jugendvollzug hoffnungslos überfordert ist²⁾. Bei der Fülle seiner Aufgaben im übrigen Verwaltungsbereich ist es ihm nicht möglich, den Werdegang und die Erziehung jedes einzelnen der ca. 200 in der Anstalt befindlichen Verurteilten zu steuern. Dies wird noch deutlicher gemessen daran, was nach der Dienst- und Vollzugsordnung unter Vollzugsplan bzw. Erziehungsplan zu verstehen war.

In Nr. 58 Abs. 4 DVollzO hieß es:

"Der Plan soll sich erstrecken auf die Zuweisung der Arbeit, die Haftformen, die Fortbildung, die Verwendung der Freizeit, den Verkehr mit der Außenwelt und die Vorbereitung der Entlassung. Der Vollzugsplan ist mit den weiteren Ergebnissen der Persönlichkeitsforschung ständig in Einklang zu halten."

tion"); Harborth, Die Subkultur des Gefängnisses S. 82 ff (Begriff der "Prisonierung"); Müller-Dietz, Empirische Forschung und Strafvollzug S. 13

1) Dienst- und Vollzugsordnung vom 1. Dez. 1961 in der Fassung vom 21. Juni 1972 (JMB1. S. 214)

2) Ruprecht, W., Teamarbeit der Vollzugsbediensteten, ZfStrVo 1973, 76, 82; Müller-Dietz, Vollzugsziel und innerer Aufbau der Vollzugsanstalten, ZfStrVo 1975 S. 205; Calliess, Strafvollzug, Institution im Wandel 1970 S. 117, S. 22 ff; Böhm, Die Anstaltsleitung, in: Schwind/Blau S. 109 ff

Eine Weiterentwicklung des Vollzugs erscheint durch diese Regelung nahezu blockiert, da derjenige, von dem sie betrieben werden müßte, bei der Fülle seiner Aufgaben¹⁾ noch nicht einmal beim "Status quo" den Überblick behalten kann. Zwar gibt es in jeder Anstalt eine Anzahl von Mitarbeitern anderer Fachbereiche, auf die der Anstaltsleiter, so mag eingewandt werden, gemäß Nr. 13 Abs. 2 DVollzO Dienstgeschäfts übertragen kann. Dies ist zwar richtig, insbesondere für den Bereich der Verwaltung. Die Situation ist nach Inkrafttreten des bundeseinheitlichen VVJug unverändert.

Doch welche Dienstgeschäfte im Bereich der Behandlung und Betreuung kann der Anstaltsleiter delegieren, ohne Gefahr zu laufen, daß die abgetretenen Ausschnitte dem geordneten Ganzen im Wege stehen. Auch die Nacherziehung ist eine Ganzheits-erziehung, bei der es von entscheidender Bedeutung sein muß, den Vollzug auf überschaubare Strukturen zurückzuführen²⁾, d.h. eine Koordination³⁾, insbesondere auch eine Integration der einzelnen auf den Probanden einwirkenden Fachbereiche der Psychologie, Pädagogik, Sozialwissenschaften sowie der Maßnahmen des Aufsichtsdienstes und der Verwaltung zu bewirken.

Setzt der Anstaltsleiter aber als Koordinator und Überwachungsorgan den Sozialarbeiter ein, so werden Entscheidungen vordergründig von dessen Fachwissen beeinflusst⁴⁾. Dies gilt auch für solche Probleme, die möglicherweise im Spezialbereich der Psychologie oder Pädagogik oder in einem anderen Fachbereich angesiedelt sind. Auch wäre der Sozialarbeiter nahezu aus-

-
- 1) Goffmann, Asyle S. 13 ff (Verwalter einer totalen Institution); Müller-Dietz, Vollzugsziel und innerer Aufbau der Vollzugsanstalten, ZfStrVo 1975 S. 204 f
 - 2) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 44: Dabei übersieht man, daß solche Bemühungen gegenläufig sind zu allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen, für die Zunahme an sozialer Komplexität typisch ist.
 - 3) Müller-Dietz, Entscheidungsrecht und Mitverantwortung im kommenden Strafvollzugsgesetz, ZfStrVo 71/72 S. 327; Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 50
 - 4) Müller-Dietz, Probleme der Sozialarbeit als zentrale Aufgabe der Strafrechtspflege, Bew.Hi (20) 1973, S. 104-125

schließlich Gesprächspartner des Anstaltsleiters. Ihm würden Mißtrauen und Opposition der übrigen Mitarbeiter nicht erspart bleiben, wodurch nicht nur der Sozialarbeiter selbst belastet wäre, sondern das gesamte therapeutische Klima einer Anstalt in Gefahr geriete. Käme der Anstaltsleiter nämlich bei nicht ausgeräumten Zweifeln hinsichtlich der zu entscheidenden Frage auf die Idee, den Psychologen zu hören und gegen das Votum des Sozialarbeiters dessen Wort zu befolgen, so stellten sich bald, sofern das häufiger einträte, Verärgerung und Unlust bei dem Sozialarbeiter ein, dem der Löwenanteil an vorbereitender Arbeit aufgebürdet gewesen wäre. Es könnte, würde der Pädagoge möglicherweise noch gehört und schließlich ihm gegen Sozialarbeiter und Psychologe gefolgt, auch die Meinung aufkommen, beim Anstaltsleiter obsiege die Auffassung, die ihm zuletzt vorgetragen wird.

Eine ähnliche Problematik innerhalb des Gesamtgefüges träte ein, wenn der Anstaltsleiter die Überwachung des Erziehungsplanes für einen Teil der Gefangenen nicht auf den Sozialarbeiter, sondern auf ein Mitglied eines anderen Fachdienstes oder auf einen bewährten Mitarbeiter des Aufsichtsdienstes übertragen würde. In diesem Zusammenhang kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden, daß die einzelnen Fachbereiche²⁾ in einer Anstalt ständig versuchen, den eigenen Kompetenzbereich³⁾ nicht nur zu erhalten, sondern so gut es geht zu erweitern, um ihre systemimmanenten Interessen abzusichern. Wenn es bei der beschriebenen Konstellation der Umstände nicht unproblematisch erscheint, die Durchführung des Erziehungsplanes an jeweils geeignete Mitarbeiter einzelner Fachbereiche zu delegieren, kommt noch hinzu, daß die für eine

-
- 1) HMdJ, Arbeitspapier zur Entlastung der Sozialarbeit in den hessischen Justizvollzugsanstalten (Sachakte beim HMdJ)
 - 2) Zald, M.N., Power balance and staff conflict in correctional institutions
 - 3) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 50; ders., Vollzugsziel und innerer Aufbau der Vollzugsanstalten, ZfStrVo 1975 S. 205

sinnvolle Erziehung unumgängliche Zuwendung zum Probanden nicht von einem Mitarbeiter, z.B. dem Sozialarbeiter allein, geleistet werden kann, wenn ihm die Durchführung und Überwachung von ca. 30 bis 40 Vollzugsplänen übertragen würde. Es wird ihm nicht möglich sein, zu allen seinen Probanden ein solches Vertrauensverhältnis aufzubauen, das ihm die erforderliche Anerkennung als Bezugsperson verschafft, an die der jeweilige Verurteilte seine Nöte und Ängste heranzutragen in der Lage ist. Ohne das kontinuierliche Gespräch mit dem Probanden auf der Basis gegenseitigen Vertrauens dürfte aber jede therapeutische Arbeit scheitern. Nur in einem engen Kontakt zwischen Therapeuten und Probanden kann die Quelle für Ansatzpunkte sinnvoller Behandlung liegen¹⁾. Bei der oben erwähnten Zahl der einem Mitarbeiter zuzuweisenden Gefangenen ist es ausgeschlossen, daß er alle erreicht, er wird dem einen oder anderen helfen können, die übrigen jedoch nur verwalten müssen. Vielleicht liegt gerade in diesem negativ empfundenen System eine der Ursachen dafür, daß ca. 50 % der aus der JVA Rockenberg Entlassenen rückfällig wurden²⁾.

Dies verwundert, weil man doch annehmen sollte, daß die Maßnahmen des Jugendvollzuges gerade bei Jugendlichen, die noch nicht in den Abgrund des Kriminellen abgeglitten sind, am ehesten auf fruchtbaren Boden fallen und bereits im herkömmlichen System einen besseren Erfolg zeitigen sollten. Der effektiveren Gestaltung des Jugendvollzuges muß deshalb weiterhin größte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

1) vgl. Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 27: ... daß die kriminologischen und sozialwissenschaftlichen Analysen des Vollzuges vielfach die Position einer bloßen Kritikwissenschaft einnehmen, die zwar weitgehend sagen kann, was im Hinblick auf bestimmte Vollzugsziele, etwa das Resozialisierungsziel in der Praxis und von ihr falsch gemacht wird, nicht aber, wie im Kontext einer solchen Zielangabe ... ein optimaler Behandlungsvollzug konkret aussehen müßte; Rühmkorf, Forschung und Praxis im Strafvollzug, Krim J 1973 S. 213-219

2) Böhm, Schriften des Fließner-Vereins Rockenberg Nr. 41 (1973), Rückfall und Bewährung nach verbüßter Jugendstrafe; vgl. Klapdor: Die Rückfälligkeit junger Strafgefangener, Göttingen 1967; vgl. Henry Jaeger, Die bestrafte Zeit, München 1964

C. Notwendigkeit der Hinwendung zu neuen Formen der Zusammenarbeit

Bei den Überlegungen, welcher Modus der Zusammenarbeit diese effektiver gestaltet, d.h. die größtmögliche individuelle Zuwendung gewährleistet, spielt die Differenzierung im Gefangenenbereich selbst eine entscheidende Rolle.

Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß sinnvolle Arbeit im Vollzug, d.h. die Eingliederung der Gefangenen in die Gemeinschaft, günstiger gestaltet werden kann, wenn zunächst die Lebensbedingungen der Verurteilten während der Dauer des Freiheitsentzuges soweit wie möglich denen in der Freiheit nachsimuliert sind¹⁾. Würtenberger²⁾ faßt diese allgemeine Meinung zusammen, indem er ausführt: "Wollen wir im Rahmen staatlichen Strafans auf den einzelnen Rechtsbrecher mit dem Ziel der Vermeidung künftiger Rechtsbrüche entscheidend einwirken, so ist der Mensch weniger in der Isolierung, als vielmehr in der sozialen Verbundenheit mit der Gruppe³⁾ zu sehen".

-
- 1) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 54; ders., Entscheidungsrecht, Mitverantwortung, ZfStrVo 1971/72 S. 327 ff
 - 2) Würtenberger, Reform des Strafvollzuges im sozialen Rechtsstaat, JZ 1967, 239; Schaffstein, Jugendstrafrecht S. 150 II
 - 3) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 95; ders., Wege zur Strafvollzugsreform S. 50: Nur wer überhaupt Gelegenheit zur Selbstentfaltung und Einübung in die Gruppe in größere Gemeinschaft hat, wird die Bewährungsprobe, die gesetzmäßige Lebensführung heißt, bestehen lernen. Die Strafanstalt muß daher ein Übungsfeld für soziales Verhalten werden. Vgl. AE S. 59, 139; Plaeger, Die therapeutische Gemeinschaft in: Psychiatrie und Sozialpsychiatrie 1972; Callies, Institution im Wandel S. 117ff; W. Feige, Gruppentherapie im Strafvollzug, MSchr Krim Heft 46 (1965) S. 117 ff; Dallinger-Lackner, a.a.O. § 91 JGG, RN 12, 18, 20, 29; Rasch, MSchrKrim 1974 S. 31; Deimling, Theorie und Praxis des Jugendstrafvollzuges in päd. Sicht S. 304 ff; Bepperling, Gruppenpädagogik, ZfStrVo 1967 S. 210; Brink, Von der kriminellen zur sozialen Gruppe durch Gruppentheorie im Gefängnis in: MSchrKrim 1964 S. 121.

Gescheitert sind Strafvollzugsideologien früherer Zeiten, die den Gefangenen vornehmlich in seiner Vereinzelung, z.B. des im Rahmen des im 19. Jahrhundert propagierten Einzelhaftsystems, zum Ausgangspunkt der Besserungsbetreuung machen wollten. Wird demgegenüber der Rechtsbrecher in sozialen Gruppen und in der Verflochtenheit zahlreicher Sozialbeziehungen betrachtet, so ist eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, daß der Staat schon während des Strafvollzuges versucht, mit den bewährten Methoden der Individualbetreuung der Sozialpädagogik, aber auch der Fürsorge auf die straffällig gewordenen Persönlichkeiten und ihr gegenwärtiges und zukünftiges Leben einzuwirken. Im Mittelpunkt aller Bemühungen um den Rechtsbrecher stehen nach Würtenberger¹⁾ die Gestaltung der mitmenschlichen Beziehungen zu seiner Mit- und Umwelt. Ohne das Erlebnis der Gemeinschaft, so formulierten Dallinger-Lackner²⁾, ist erfolgreiche, auf Dauer angelegte Erziehung in einem wirksamen Vollzug unmöglich. Deshalb fordert auch er die Gliederung einer Anstalt in überschaubare Erziehungsgruppen.

Ausgehend von der als unstreitig anzusehenden Auffassung, überschaubare Gruppen im Gefangenenbereich einzurichten, der der Gesetzgeber gefolgt ist³⁾, muß die Problematik der effektiveren Behandlung und Betreuung der einzelnen Gruppen beleuchtet werden⁴⁾.

1) Würtenberger, Reform des Strafvollzuges im sozialen Rechtsstaat, JZ 1967, 239 ff

2) Dallinger-Lackner, a.a.O. § 91 JGG RN 29, 12, 18

3) So auch § 130 Abs. 2 StVollzG:
Die Vollzugsanstalten sind in überschaubare Betreuungsgruppen u. Behandlungsgruppen zu gliedern.

4) Zur Lage der Behandlungsforschung vor allem: Gunther Kaiser, Kriminologie, Forschung in Deutschland und die empirischen Untersuchungen am Max-Planck-Institut in: ZStW 83 (1971) S. 1093-1130; ders., Kriminologie, 2.Aufl. S. 86 ff; Joachim Schneider, Die gegenwärtige Lage der deutschsprachigen Kriminologie, JZ 1973, 581 f; ders., Kriminologie 1974, S. 183 ff

Zahlreiche vom Hessischen Minister der Justiz durchgeführte Aus- und Fortbildungstagungen befaßten sich deshalb mit diesem Problem. Die Überlegungen konzentrierten sich in allen Bemühungen auf die Frage, wie durch Veränderung der Anstaltsstruktur¹⁾ gewährleistet werden kann, daß dem einzelnen Probanden die ihm gebührende Zuwendung zuteil wird.

Vom Denkansatz her ist dies sicherlich am ehesten möglich, wenn jedem Insassen ein Team von Mitarbeitern aller Fachbereiche zugeordnet werden könnte. Selbstverständlich kann eine solche Vollzugsgestaltung aus personellen Gründen nur Utopie bleiben²⁾. An Fachpersonal stehen in den einzelnen Anstalten nur einige wenige Mitarbeiter zur Verfügung. Dies ist die Realität. Wohl gibt es demgegenüber aber eine große Zahl von Mitarbeitern des Aufsichtsdienstes. Deshalb schloß sich bei den Fortbildungstagungen logischerweise die Überlegung an, wie mit dem vorhandenen Personal eine Vollzugsentwicklung eingeleitet werden kann, die in Abkehr von der überkommenen hierarchischen Struktur eine Teilstrecke in Richtung der als Utopie dargestellten Verhältnisse zu bewältigen in der Lage ist.

Als Grundvoraussetzung hierfür muß beachtet werden, daß die vorhandenen Fachkräfte nicht mehr als "Einzelkämpfer" im unüberschaubaren Vollzugsgestrüpp tätig sind. Sie müssen ihr Fachwissen gleichsam als Multiplikatoren auf die Mehrzahl der übrigen Mitarbeiter, also insbesondere auf die Mitarbeiter des Aufsichtsdienstes, transferieren mit der hinzukommen-

1) Müller-Dietz, Organisation des Vollzuges und Struktur der Vollzugsanstalt in: Kriminologische Gegenwartsfragen H 11 (1974) S. 45-71; ders., Probleme des modernen Strafvollzuges S. 10; ders., Vollzugsziele und innerer Aufbau der Vollzugsanstalten, ZfStrVo 1976, 204 ff; Deimling, Theorie und Praxis des Jugendstrafvollzuges in pädagogischer Sicht S. 304 ff

2) vgl. Neu- Ökonomische Probleme des Strafvollzuges in der Bundesrepublik Deutschland, 1971; ders., Strafvollzug - ökonomisch betrachtet in: ZfStrVo Heft 20 (1971), S. 342-356; vgl. BT-Drs. 7/918 S. 42 ff

den, weil unumgänglichen Maßgabe, daß im Regelfall Fachwissen nicht mehr unmittelbar, sondern nur mittelbar an den Probanden herangetragen wird. Selbst können die Fachvertreter nur in Ausnahmefällen noch unmittelbar am Probanden arbeiten.

Um dies zu erreichen, muß eine adäquate Form¹⁾ der Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern gefunden werden²⁾, die ein Instrumentarium darstellt, das in der Lage ist, in der Verzahnung der einzelnen Fachbereiche die erforderliche Datenerhebung und Datenanalyse zu bewältigen, um die den einzelnen Probanden gebührende Zuwendung zu garantieren³⁾. Zu diesem Zweck bietet sich die in der gesamten Literatur geforderte Einbeziehung⁴⁾ des Aufsichtsdienstes in die Behandlungsarbeit an,

- 1) Müller-Dietz, Strafvollzugsreform-- Ideal und Wirklichkeit in: Caritas 1973, Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes S. 30-41; Callies, a.a.O. S. 117
- 2) Müller-Dietz, MSchrKrim Heft 5 (1973) S. 21, 23 ff; vgl. Gross, Kooperation zum Vorteil der Gefangenen, ZfStrVo 1972, 73 S. 17-22; Rössler, Institutionelle und individuelle Bedingungen sozialpädagogischen Handelns im Erziehungsheim in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 24 (1973) S. 373-392; Bleck, Innovationsprozesse in sozialpädagogischen Institutionen, Sozialpädagogik 15 (1973) S. 157-164
- 3) Müller-Dietz, MSchrKrim. Heft 5 (1974) S. 294; Schüler-Springorum, Strafvollzug im Übergang S. 238; Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 74; Hohmeier, Aufsicht und Resozialisierung 1973; European Committee on Crime Problems: New Trends in the Treatment of young offenders S. 9; Herbordt, Die Subkultur des Gefängnisses S. 82 ff (zum Begriff der Prisonierung)
- 4) Callies, a.a.O. S. 117; Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 97; Gries, Anforderungsnormen, für die Auswahluntersuchung der Aufsichtsbeamten im Justizvollzug, phil. Diss. 1974; Hohmeier, Die Strafanstalt und das Aufsichtspersonal MSchrKrim 1969, 218, 224; ders., Aufsicht und Resozialisierung, S. 91 ff; ders., Thesen zur Tätigkeit des Aufsichtsbeamten im gegenwärtigen Strafvollzug in: ZfStrVo 1970 S. 194-202; ders., Die Bedeutung des Aufsichtspersonals für einen modernen Behandlungsvollzug in: Strafen und Gestraftsein (Loccumer Protokolle 12/1971 S. 131, 140; ders., Der Aufsichtsbeamte in der sozialtherapeutischen Anstalt, ZfStrVo 1971 S. 14-20; Schwaninger-Wagner, Förderung der Zusammenarbeit der Vollzugsbediensteten auf der Basis von Fortbildungsveranstaltungen, ZfStrVo 1971/72 S. 251-262; Ruprecht, Teamarbeit der Vollzugsbediensteten, ZfStrVo 1973 S. 76-82; Dolleisch, W.,

die längst überfällig ist. Insoweit sei die Meinung Schüler-Springorums¹⁾ zitiert, die soweit geht, die Aufsichtsbediensteten als die vielleicht chancenreichsten Helfer zur Sozialisation zu bezeichnen. Die Tatsache, daß gerade die Vertreter des Aufsichtsdienstes bisweilen von den Gefangenen besser verstanden werden als die Mitarbeiter der höheren Fachdienste, weil der soziale Abstand zu den Probanden nicht so groß ist und nicht so viele Sprachbarrieren im Wege stehen, ist sicherlich sehr wichtig. Entscheidend ist aber der Gesichtspunkt, daß die Aufsichtsbeamten ständig in unmittelbarem Kontakt zu den Gefangenen stehen und infolgedessen zwangsläufig über die meisten für die Behandlung erforderlichen Detailinformationen verfügen²⁾. Diese Informationsquelle zu fassen und auszuschöpfen, ist für den modernen Behandlungsvollzug Verpflichtung und Bedingung zugleich.

Selbstverständlich gilt es dabei zu verhindern, daß die Aufsichtsbeamten sich nur im Schnittpunkt divergierender Interessen sehen³⁾; ihnen verlangen die Gefangenen Konzessionen zur Erleichterung der haftbedingten Deprivationen ab; die Anstaltsleitung verlangt von ihnen die Durchsetzung irgendwelcher Interessen der Justiz.

Sie sollen aber auch noch den Interessen des Resozialisierungsstabes dienen, der Behandlungsgesichtspunkte geltend macht und wie die beiden anderen Gruppen auch massiven Druck ausübt.

Gedanken zur Kommunikation im Strafvollzug in: Kriminalistik in Österreich 1973 S. 39 ff; Müller-Dietz, Vollzugsziel und innerer Aufbau der Vollzugsanstalten, ZfStrVo 1975 S. 205 ff

1) Schüler-Springorum, a.a.O. S. 238

2) Franke, Führungsstile in der demokratischen Gesellschaft, ZfStrVo 1972/73 S. 4

3) Hohmeier, Die Strafanstalt und das Aufsichtspersonal, Dilemma einer Berufsrolle, MSchrKrim 1969 S. 218-224; Leky, Persönlichkeitszüge der Aufsichtsbeamten im Justizvollzug S. 9, 10, 11, 22; Grützner, Der Aufsichtsdienst im Spannungsfeld, ZfStrVo 1971/72 S. 8-14

Die Chance liegt aber trotz aller Bedenken in einer sinnvollen Integration des Aufsichtsbeamten in einem mit eigener Verantwortung ausgestatteten Betreuerteam, dem ein überschaubarer Behandlungsbereich zuzuordnen ist. Das damit zugleich motivierbare Interesse der Aufsichtsbeamten, verbunden mit entsprechendem beruflichem Prestigegewinn, der den bisherigen Berufsmakel des Schließers oder Wärters einem radikalen Wandel¹⁾ unterzöge, würde die Einsicht des Aufsichtsbeamten zu dem erforderlichen Einsatz für die neue Tätigkeit befruchten und beflügeln müssen.

Es müßten die übrigen bereits erwähnten Fachbereiche ihr Fachwissen in die einzelnen Teams hineinmultiplizieren²⁾, je nachdem, wann im Team gerade ein fachspezifisches Problem zur Lösung ansteht. Sollte also über Schulfragen gesprochen werden, so müßte der Lehrer hinzugebeten werden, sollte über Berufsbildung gesprochen werden, so würde der entsprechende Werkmeister und möglicherweise der Berufsschullehrer sein Votum abgeben, sollte über Probleme des Entwicklungsbereiches gesprochen werden, so hätte der Psychologe als Berater mitzuwirken³⁾.

Wenn auch Vergleiche hinken, so könnte das Verhältnis Betreuer-
team zur Gefangenengruppe mit einem Mutterschiff verglichen

1) Possehl, K., Zum Image des Aufsichtsbediensteten im Strafvollzug in: Selbstbild und Fremdbild der Aufsichtsbeamten im Strafvollzug; Grigun, P., Zum Berufsbild des Aufsichtsbeamten, ZfStrVo 1967 S. 311-315; vgl. Hofstätter, P.R. Tack, Das Bild des Beamten in der Öffentlichkeit, 1963

2) Gross, Kooperation zum Vorteil der Gefangenen, ZfStrVo 1972/73 S. 17-22

3) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 11: "Was an der Vollzugsanstalt alten Stils so sehr auf Kritik stieß: Die Einengung von Kommunikation, die Reduzierung von Spontaneität, die Verkümmern des Ichs durch zahlreiche normative Restriktionen und Reglementierungen des Tagesablaufes soll gerade überwunden werden. Das ist ja ein charakteristisches Merkmal des überkommenen Verwahrungsvollzugs, daß es ihm de facto primär auf störungsfreien Ablauf, auf reibungsloses Funktionieren ankam".

werden, das einmal die Richtung bestimmt, in die sich der gesamte Konvoi bewegt, das aber auch insbesondere die Versorgung der im Konvoi befindlichen Schiffe besorgt, im Bedarfsfalle mit Hilfe tätig werdender Spezialisten.

Der Vergleich soll deutlich machen, daß sowohl das Betreuer-team, als auch die Gruppe der Probanden einerseits zwar jeweils ein Eigenleben führen und zwangsläufig eigenen gruppendynamischen Gesetzmäßigkeiten unterliegen würden, andererseits aber gerade deshalb gegenseitig befruchtende Ideen zu gebären¹⁾ in der Lage sein müßten

Selbstverständlich müßten gerade bei den Aufsichtsbeamten theoretische Voraussetzungen geschaffen werden, damit sie ihren Beitrag sowohl im Rahmen der Arbeit des Bediensteten-teams und in der Gruppenarbeit mit Gefangenen erfüllen können²⁾. Dieser besteht vordergründig darin, die bei ihnen gespeicherten Alltagsinformationen, die sie im Umgang mit den Gefangenen gewonnen haben, an die übrigen Teammitglieder weiterzugeben, damit das Team sie bei der Entscheidungsfindung berücksichtigen kann. Damit die Aufsichtsbeamten mit dieser Art der Zusammenarbeit, insbesondere mit den einzelnen Techniken der Gesprächsführung und der Entscheidungsfindung vertraut gemacht werden, ist bereits die Ausbildungsordnung³⁾ für die Aufsichtsbeamten im Vollzuge dahingehend neu gefaßt worden, daß ein Drittel der Gesamtausbildung der Menschenführung im weitesten Sinne, d.h. insbesondere Behandlungsfragen gewidmet

1) Müller-Dietz, Organisation des Vollzugs und Struktur des Vollzugsanstalt, MSchrKrim 1974 S. 294; ders. in: Probleme des modernen Strafvollzuges S. 98

2) Mädger, Die Auswahl, Ausbildung und Fortbildung der Aufsichtsbeamten im deutschen Strafvollzug S. 112 ff, S. 53 ff (für Hessen); Leky, Persönlichkeitszüge der Aufsichtsbeamten im Justizvollzug S. 1 ff; Gries, Anforderungsnormen für die Auswahluntersuchung der Aufsichtsbeamten im Justizvollzug S. 1 ff

3) Ausbildungs- und Prüfungsordnung (APOJVollz) vom 12. Juni 1974 (JMBl. S. 253)

ist. Ein weiteres Drittel ist der Stoffvermittlung im juristischen und verwaltungstechnischen Bereich gewidmet, das letzte Drittel schließlich der sportlichen Ausbildung.

Die Einführung eines solchen Behandlungssystems macht es jedoch erforderlich, "uno actu" das gesamte Strukturgefüge einer Anstalt bis hin zur Anstaltsleitung zu ändern.

II. Strukturwandel durch neue Konzeptionen und Modelle

A. Parallele Bestrebungen außerhalb des Vollzuges

Die Diskussion über Führungskonzeptionen, Führungsmodelle, Führungsstile und Führungsmethoden ist nicht nur in anderen staatlichen Bereichen im Gange, so z.B. im Rahmen der sich wandelnden öffentlichen Verwaltung, sondern auch in weiten Bereichen der Wirtschaft.

In der Führungsdiskussion steht die Forderung nach einem offenen, variablen, nicht in ein festes, totales System eingepaßten Führungsstil im Vordergrund. Zur Begründung wird darauf verwiesen, daß vom Mitarbeiter in der heutigen Zeit Flexibilität, Kreativität sowie die Erarbeitung grundlegender neuer Konzeptionen auf eine Weise erwartet werde, die Ausdruck seiner Individualität sei¹⁾.

Die verschiedenen, in sich geschlossenen und Anspruch auf vielseitige Verwendung erhebenden Führungskonzeptionen, wie Führung durch Führungsvorgabe (Management by objectives), informationsgesteuerte Führung (Management by informations), Führung durch Ausnahmeeingriff (Management by exceptions), Führung durch Delegation (Management by delegation) oder Führung durch Systemsteuerung (Management by system) - orien-

1) Laux, Managementmodelle für die öffentliche Verwaltung, DVBl. 1971, 170 ff.

tieren sich alle an dem Mittel der Organisationstechnik und bauen darauf Modelle auf.

Ausgangspunkt für die noch näher darzustellenden neuen Führungsmodelle ist die Kritik an dem bisherigen Führungsstil z.B. in der öffentlichen Verwaltung.

So bemerkt Glienicke¹⁾, in der öffentlichen Verwaltung sei heute noch der überkommene Führungsstil, der auf Über- und Unterordnung basiere und nach dem Prinzip des Befehlens und Gehorchens funktioniere, sehr weit verbreitet. Der Vorgesetzte könne einerseits in alle Bereiche der ihm untergeordneten Bediensteten jederzeit eingreifen und Weisungen erteilen; er trage andererseits für alles, was ihm unterstehe, die volle Verantwortung. Im gleichen Sinne führt Stingl²⁾ aus, in der öffentlichen Verwaltung herrsche weitestgehend noch das Prinzip der "Allzuständigkeit und Allverantwortlichkeit des Vorgesetzten"; er habe das Recht, jederzeit in den Bereich der ihm Unterstellten einzugreifen und das Weisungsrecht für jeden Einzelfall.

Demgegenüber soll beispielsweise die Konzeption des Managements by Objectives (MbO) ein umfassendes Führungssystem darstellen, bei dem die zentrale Rolle der Ziele berücksichtigt wird. Die Führung erfolgt durch Zielvorgabe bzw. Zielvereinbarung. Zuordnung von Zielen, Kontrolle der Leistungsergebnisse und Abweichungsanalysen sind Wesensmerkmale des Konzepts³⁾. Das Management by Objectives versucht, auf allen Managementebenen jeder mit Entscheidungsbefugnissen ausge-

-
- 1) Glienicke, Ein neuer Führungsstil für die öffentliche Verwaltung, Baden-württembergisches Verwaltungsblatt 1971 1 ff
 - 2) Stingl, Modernes Management im öffentlichen Dienst - Notwendigkeit oder Schlagwort? in: Modernes Management im öffentlichen Dienst am Beispiel technischer Sonderverwaltungen, Schriften zur Staats- und Gesellschaftspolitik, Bonn-Bad Godesberg 1971, 30 ff
 - 3) Kube, Führungsmodelle, moderne Führungsgrundsätze und Managementtechniken in der Verwaltungspraxis, DVBl. 1973 869 ff

statteten Person genaue Ziele vorzugeben, die auf die Zielsetzung des Ganzen ausgerichtet sind¹⁾. Der ideale MbO-Prozeß sieht nach der Darstellung von Jacobis vor, daß die Führungsspitze, die häufig nur undeutlich zutagegetretenen Zielvorstellungen des Unternehmens (der Organisation) klar definiert, um sie den mit Leistungsfunktionen betrauten Mitarbeitern ins Besußtsein zu bringen. Angelehnt an die hierarchische Ordnung erfolge dann eine Aufspaltung in Unterziele; daraus entstehe eine aus den Primärzielen abgeleitete Zielstruktur, die parallel zur Organisationsstruktur verlaufe. Allgemein wird in diesem Zusammenhang von einer Zielhierarchie gesprochen. Ohne klare Zielsetzung auf allen Ebenen ist dabei eine Koordinierung der Tätigkeit der einzelnen Mitarbeiter auf den verschiedenen hierarchischen Stufen auf das Gesamtziel der Organisation hin nicht möglich²⁾.

In einem weiteren Managementkonzept, nämlich dem "Management by results", ist die Führung ergebnisorientiert und hebt auf meßbaren Erfolg ab.

Die Qualifizierung und Meßbarkeit stellt allerdings in der Verwaltung noch ein ganz erhebliches Problem dar. Selbst wenn Ziele gewichtet werden können, ist die Zielerreichung oft nur schätzbar. Zuweilen fehlt es in der Verwaltung auch schon an Zahlenwerten, um an sich mögliche Berechnungen vorzunehmen³⁾. Abgesehen davon ist z.B. in der Vollzugsverwaltung auf weiten Strecken als Folge der Arbeit am Menschen weniger Routine als flexible Sensibilität gegenüber dem einzelnen gefordert.

Das "Management by systems" stellt mehr auf die Bereitstellung von Verfahrensordnungen, Methoden und Handlungssystemen ab. Erkenntnisse der Regeltechnik werden nutzbar gemacht. Durch

1) v. Jacobis, Management by Objectives - Neue Wege der Unternehmensführung, Wirtschaftsdienst 1971, 233

2) Höhn, Die Führung mit Zielsetzung bei Delegation von Verantwortung, Harzburger Hefte 1969, 133

3) Kube, a.a.O. DVBl. 1973, 873

Schematisierung von Verfahren soll die Möglichkeit erweitert werden, die Effektivität der Verwaltung zu steigern und den Verwaltungsgang transparenter zu machen. Ansatzweise ist dieses Konzept verwirklicht im Dienstleistungsbereich der Kommunen, etwa in Krankenhäusern, bei den Stadtreinigungen und der Stadtentwässerung¹⁾.

Das "Management by breakthrough" soll eine offensive Führungstechnik und eine ständige Verbesserung der Problemlösungskapazitäten mit sich bringen und einer Weiterentwicklung des Fachgebietes dienen. Als Beispiel aus der Verwaltung können hier der Bildungsbereich und der Umweltschutz genannt werden. In beiden Bereichen wird versucht, durch zum Teil "hektische" Planungen und neuere Techniken Versäumnisse aufzuholen und die Entwicklung zunehmend selbst zu bestimmen²⁾.

Im "Management by participation" wird die Forderung aufgestellt, daß die Mitarbeiter über alles, was sie und ihre Tätigkeit betrifft, informiert sein sollen und an allen Entscheidungen, die auf sie eine Auswirkung haben, beteiligt sein müssen.

Das "Management by motivation" besagt, daß es für Unternehmer und Vorgesetzte zunächst und vordringlich darauf ankommt, die persönlichen Ziele der Mitarbeiter zu erkennen und dann zu versuchen, diese und die Ziele der Organisation in Einklang zu bringen³⁾.

Auf der erkennbar breitesten Basis steht zur Zeit das "Management by delegation". Laux⁴⁾ bezeichnet die Delegation als Mittel, um die notwendige Stärkung der Selbstverwirklichung des Mitarbeiters im sozialen System des Betriebs zu erreichen.

1) Laux, a.a.O. DVBl. 1972, 168

2) Kube, a.a.O. DVBl. 1973, 874

3) Schönfelder, a.a.O. DVBl. 1972, 939

4) Laux, a.a.O. DVBl. 1972, 169

Jürgen Wild¹⁾ macht darauf aufmerksam, daß man dann, wenn man heute noch vorhandene Motivationsreserven aktivieren, initiatives, innovatives Verhalten fördern, mehr Zufriedenheit und Erfolgserlebnisse gewähren wolle, den Mitarbeitern auch und gerade der unteren Ebene interessante, anspruchsvollere Aufgaben mit entsprechendem Selbstverwirklichungsspielraum bieten müsse. Für organisatorisch realisierbar hält Wild solche Forderungen nur im Wege der Aufgaben- und Kompetenzerweiterung, der Aufgabenunterverteilung durch Abbau hierarchischer Arbeitsformen, gezielte Umbesetzungen und Karriereplanung.

Die Delegation beteiligt den Mitarbeiter am Führungsprozeß und läßt ihn aus einem bloßen Regelungsobjekt der Führung zum mitverantwortlichen Subregler für alle Teilziele werden.

1. Das Harzburger Modell

Das Harzburger Modell als Führungsstil im Mitarbeiterverhältnis versucht, z.B. Strukturelemente verschiedener Führungsstile - Zielvorgabe, Delegation, Ausnahmeeingriff - in ein flexibles und komplexes organisatorisches Führungssystem zu integrieren²⁾.

Das Harzburger Modell, das vor ca. 10 Jahren so etwas wie ein Allheilmittel modern denkender Unternehmensführung der Industrie war, steht aber heute bereits im Kreuzfeuer der Kritik. Seine Kritiker nennen es ein "Schrebergarten-System", statisch autoritär, kurzum überdenkungswürdig³⁾. Trotzdem gibt es außer dem Harzburger Modell weit und breit keine in sich geschlossenere und praktikablere Führungskonzeption, die den

1) Wild, Die Führungsstruktur wandelt sich, Wirtschaftswoche vom 11.6.1971, 52

2) Schönfelder, Führung zwischen Tradition und Innovation, DVBl. 1972, 937 ff

3) Näheres bei Clajus, Neuer Führungsstil in Wirtschaft und Verwaltung. Das Harzburger Modell als Beispiel in: Offene Welt Nr. 101 (1970) 184

oben beschriebenen Anforderungen an eine Ausrichtung zeitgemäßer Führung für Wirtschaft wie auch öffentliche Verwaltung gleichermaßen gerecht wird¹⁾. Die Grundkonzeption²⁾ des Harzburger Modells weist ein sehr differenziertes Raster auf:

- a) Das Führungs- und Organisationsprinzip der Delegation von Verantwortung ist Kernbestandteil. Die Aufgaben werden an die Stelle verlagert, an der die besten sachlichen Voraussetzungen für ihre Wahrnehmung gegeben sind. Aufgaben, Kompetenzen und daraus resultierende Verantwortung müssen übereinstimmen. Der jeweilige Delegationsbereich wird dabei nach rein sachlichen Gesichtspunkten, nicht im Hinblick auf die Persönlichkeit des Stelleninhabers abgegrenzt.
- b) Der Delegationsbereich wird durch die vom Behördenchef zu erlassende Stellenbeschreibung festgelegt. Die Führungsaufgaben, auch soweit sie der Mitarbeiter in seiner Eigenschaft als Zwischenvorgesetzter wahrzunehmen hat, sind in der "allgemeinen Führungsanweisung" geregelt.
- c) Der Vorgesetzte führt nur die ihm unmittelbar unterstellten Mitarbeiter der nächsten Stufe. Er darf nicht auf die übernächste Stufe "durchregieren". Außerdem ist es ihm versagt, seine Aufgaben zu delegieren oder solche seines Mitarbeiters zurückzunehmen bzw. sich von diesem zurückdelegieren zu lassen.
- d) Der Schwerpunkt der Führung liegt in der Kontrolle. Führungsmittel sind dabei vor allem Anerkennung und Kritik. Die Kontrolle stellt keine sogenannte Totalkontrolle dar. Sie wird stichprobenweise als Dienstaufsicht über das fachliche und über das führungsmäßige Verhalten als sogenannte Erfolgskontrolle ausgeübt. Bei dieser überprüft der Vorgesetzte in angemessenen Zeitabständen, ob gesetzte Ziele erreicht worden sind. Die Kontrolle soll anhand von Kon-

1) Schönfelder, a.a.O. DVBl. 1972, 942 ff

2) vgl. insbesondere Höhn, Führungsbrevier der Wirtschaft, 7. Aufl. 1970; ders., Verwaltung heute - autoritäre Führung oder modernes Management, 1970; ders., Moderne Führungsprinzipien in der Kommunalverwaltung, 1972

trollplänen durchgeführt werden; das Ergebnis ist in sogenannten Kontrollakten festzuhalten.

e) Als wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren des Modells wird der Informationsfluß von oben nach unten, von unten nach oben und in der Querverbindung angesehen. Informationskataloge des Mitarbeiters, die vor allem das "Was, Wann und Wie" enthalten, gewissensschärfende Informationspläne des Vorgesetzten zur Information des Mitarbeiters und Querinformationskataloge über das Ausmaß und die Grenzen der Querinformation sollen einen befriedigenden Informationsfluß gewährleisten.

f) Reduziert man das Modell auf seine Zuweisung von Pflichten, so läßt sich folgende Aufstellung geben:

Der Mitarbeiter hat die Pflicht

- im Rahmen seines Delegationsbereiches nach den gegebenen Richtlinien selbständig zu handeln und zu entscheiden,
- außergewöhnliche Fälle seinem Vorgesetzten zur Entscheidung vorzulegen,
- seinen Vorgesetzten verantwortlich zu beraten,
- seinen Delegationsbereich zu intensivieren,
- seinen Vorgesetzten unaufgefordert zu informieren,
- sich weiterzubilden.

Der Vorgesetzte hat die Pflicht,

- dafür zu sorgen, daß er fachlich und führungsmäßig qualifizierte Mitarbeiter hat,
- seine Mitarbeiter selbständig handeln und entscheiden zu lassen,
- jeder Rückdelegation seitens der Mitarbeiter entgegenzuwirken,
- im Rahmen der Zielsetzung der Stelle für seine Mitarbeiter die Einzelziele festzulegen und die Schwerpunkte für deren Tätigkeit zu bestimmen,
- die Tätigkeit seiner Mitarbeiter im Sinne der Gesamtzielsetzung des Bereiches zu koordinieren,
- sich von seinen Mitarbeitern in außergewöhnlichen Fällen beraten zu lassen und erst dann die Entscheidung zu treffen,

- seine Mitarbeiter ordnungsgemäß zu informieren,
- über das fachliche und führungsmäßige Verhalten seiner Mitarbeiter Dienstaufsicht und Erfolgskontrolle vorzunehmen,
- die Konsequenzen aus der Kontrolle zu ziehen, d.h. Kritik zu üben bzw. bei erfolgloser Kritik geeignete Maßnahmen zu treffen, evtl. auch die Versetzung oder Kündigung des Mitarbeiters zu veranlassen oder die Leistung des Mitarbeiters anzuerkennen,
- seine Mitarbeiter zu fördern.

2. Das Modell der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)

Inzwischen haben zahlreiche Gemeinden und Gemeindeverbände (z.B. Dortmund, Flensburg, Nürnberg, Stuttgart, Wuppertal, Kreis Lemgo) Überlegungen angestellt, die Entscheidungsbefugnisse auf der Grundlage des KGSt-Berichts Nr. 3/1971 neu zu regeln. Dieser Bericht empfiehlt ein sogenanntes KGSt-Modell, bei dem eine Delegation von Entscheidungsbefugnissen angestrebt wird, ohne allerdings - wie beim Harzburger Modell - die Stellung des Vorgesetzten gegenüber dem Mitarbeiter eindeutig zu begrenzen. Z.B. läßt dieses Modell Eingriffe in den Delegationsbereich des Mitarbeiters zu.

3. Delegation bei den Bezirksregierungen von Rheinland-Pfalz

Für die Rheinland-Pfälzischen Bezirksregierungen ist am 1. 7. 1971 eine Geschäftsordnung in Kraft getreten, die in mehr als 60 Paragraphen die Organisationen, den Geschäftsablauf, den inneren Dienstbereich sowie den Dienstverkehr nach außen neu regelt¹⁾. Die Geschäftsführung sollte eine Grundlage für eine Neuorientierung der Verwaltungsführung im Mitarbeiterverhältnis bilden. Die - von den betroffenen Behörden heute im wesent-

1) Geschäftsordnung für die Bezirksregierungen des Landes Rheinland-Pfalz (GOB), Ministerialblatt Rheinland-Pfalz 1971, Nr. 13

lichen als Fortschritt begrüßte - Neuregelung führte dazu, daß grundsätzlich die Einzelentscheidung beim Referenten als Träger der Basiseinheit (Referat) liegt. Von den einzelnen Referaten aus wurden Befugnisse abgegrenzt, die den Sachbearbeitern linear übertragen worden sind oder jeweils speziell übertragen werden können. Hierbei stellte sich allerdings heraus, daß die Übernahme von Verantwortung vor allem bei den unteren Rängen einer intensiven schulischen Vorbereitung bedarf.

Die Neuordnung ermöglichte zugleich eine Umgestaltung der Führungsorganisation der Verwaltungsspitze. Die Abteilungsleiter wurden stärker an der Leitung der Bezirksregierung beteiligt. Sie vertreten den Regierungspräsidenten in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich (Anwesenheitsvertretung). Der Arbeits- und Aktenstau beim Regierungspräsidenten wurde beseitigt.

4. Eine der wohl bekanntesten Formen der Delegation von Befugnissen dürfte die Regelung des Hamburger Zeichnungsrechtes darstellen. Nach diesem Modell ist jeder Sachbearbeiter für die Geschäftsvorfälle in seinem Aufgabengebiet zur Schlußzeichnung befugt, soweit nicht in besonders begründeten Fällen ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist¹⁾.

Damit wird das traditionelle Prinzip - was nicht (ausdrücklich) delegiert ist und von der Spitze entschieden und unterschrieben wird - gleichsam umgekehrt. Aufgaben sind schon immer durch die Geschäftsverteilung zum Sachbearbeiterbereich delegiert worden. Die Übertragung von Kompetenzen ist demgegenüber weit fortgeschritten. Dies wird wohl stets bei der Verteilung der Zeichnungsbefugnis besonders auffällig. Bei der Hamburger Regelung werden Ausnahmen vom Zeichnungsrecht des Sachbearbeiters schriftlich festgelegt. Pauschal umschrie-

1) vgl. Mitteilungen für die Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg 1970, S. 269 ff

bene Vorbehalte oder Einschränkungen dieses Rechts durch den Vorgesetzten sind grundsätzlich nicht zulässig. Nach außen erscheint diese Zeichnungsbefugnis dadurch, daß der Sachbearbeiter weder mit dem Zusatz "in Vertretung" noch mit dem Zusatz "im Auftrag" unterschreibt. Durch dieses Zeichnungskonzept allein wird selbstredend keine moderne Führungsorganisation bzw. kein umfassendes Führungsverhalten auf kooperativer Basis herbeigeführt. Andererseits sollte man aber auch nicht die Auswirkungen zu gering schätzen. Die Auswirkungen zeigten sich in Hamburg nicht nur in Motivationsfragen, in Fragen der Schnelligkeit der Aufgabenerledigung und in ähnlich naheliegenden Aspekten; sie bezogen sich auch auf organisatorische Probleme wie die Leistungsspanne und die Zahl der Subinstanzen. So konnte etwa in den Sozialdienststellen der Bezirksämter aufgrund der Zeichnungsrechtsänderung auf die Ebene der Abschnittsleiter verzichtet werden¹⁾.

B. Strukturmodelle im Bereich des Vollzuges

1. Alternativentwurf²⁾

Der sogenannte Alternativentwurf wurde von einem Arbeitskreis deutscher und schweizer Strafrechtslehrer im Jahre 1973 als Gegenentwurf zum Regierungsentwurf des Strafvollzugsgesetzes vorgelegt.

Der Alternativentwurf versucht, die Strukturproblematik in der Form eines Konferenzsystems normativ auszugestalten.

1) Senatsamt für den Verwaltungsdienst, Managementsysteme, Hamburg 1973, S. 52

2) Alternativentwurf eines Strafvollzugsgesetzes, vorgelegt von einem Arbeitskreis deutscher und schweizerischer Strafrechtslehrer 1973. Vgl. Baumann, Die Strafvollzugsreform aus der Sicht des Alternativentwurfes der Strafrechtslehrer in: Die Strafvollzugsreform hrsg. von Arthur Kaufmann 1971, S. 21-23

Das Konferenzsystem des Alternativentwurfs weist im Überblick, schematisch dargestellt, folgende Institutionen auf:

a) Der "Anstaltsrat" (§§ 26, 27), der über die die Anstalt betreffenden Angelegenheiten entscheidet, sofern sie nicht einer anderen Entscheidungsinstanz vorbehalten sind. Er erläßt im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung eine Anstaltsordnung. Er tritt mindestens alle 14 Tage zusammen und entscheidet mit einfacher Mehrheit.

Mitglieder sind:

- a.a. Die Anstaltsleitung,
- b.b. je ein Insasse aus den Abteilungen der Anstalt, die von den Insassen für ein Jahr gewählt werden,
- c.c. vier Angehörige des Personalrats der Anstalt, für 2 Jahre gewählt,
- d.d. drei weitere Angehörige der Anstalt, darunter ein Mitglied der Forschungsabteilung, die durch die anderen Mitglieder des Anstaltsrates für 2 Jahre gewählt werden.

b) Der "Abteilungsrat" (§§ 21, 20), der über alle die Abteilung betreffenden Angelegenheiten entscheidet, sofern nicht andere Entscheidungsinstanzen vorgesehen sind. Treten Meinungsverschiedenheiten zwischen Abteilungsräten verschiedener Abteilungen auf, soll der Anstaltsrat vermitteln, kommt auch mit Hilfe des Anstaltsrates keine Einigung zustande, entscheidet die Anstaltsleitung.

Mitglieder des Abteilungsrates sind:

- a.a. je ein von der Wohngruppe für 6 Monate gewählter Vertreter der Wohngruppen,
- b.b. zwei von den Wohngruppenbeamten für ein Jahr gewählter Vertreter der Gruppenbeamten,
- c.c. der Sozialarbeiter, der Psychologe und der Pädagoge der Abteilung,
- d.d. ein Mitglied des Anstaltsrates und ein weiterer Anstaltsangehöriger, die durch die anderen Mitglieder des Abteilungsrates gewählt werden.

c) Das "Behandlungsteam" (§§ 17, 18), das in allen die Behandlung betreffenden Angelegenheiten entscheidet, sofern nicht eine andere Entscheidungsinstanz gesetzlich festgelegt ist; ein Gruppenbeamter, ein Sozialarbeiter bilden als ständige Betreuer zusammen mit dem zuständigen Abteilungspsychologen oder Dipl.-Pädagogen das Behandlungsteam;

d) Die "Wohngruppen" (§§ 19, 16), die mit vier ständigen Gruppenbeamten mit einer gruppendynamischen Zusatzausbildung und einem Sozialarbeiter die Angelegenheiten regeln, die sich auf ihre Gruppe beschränken, sofern keine andere Entscheidungsinstanz vorgesehen ist. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Wohngruppen einer Abteilung soll der Abteilungsrat vermitteln, gelingt das nicht, entscheidet die Anstaltsleitung.

e) Die "Anstaltsleitung" (§ 22) vertritt die Anstalt nach außen, fördert die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen und innerhalb der jeweiligen Abteilung, bereitet die Arbeit des Anstaltsrates vor und plant Veränderungen in der Anstalt, organisiert Aus- und Fortbildung des Personals und erledigt die juristische Beratung der Insassen. Sie besteht aus einem Juristen und einem Psychologen und einem Diplom-Soziologen.

Der Alternativentwurf hat zum Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes damit eine Anstaltsstruktur entwickelt, die mit einer sehr detaillierten Regelung das hierarchische Prinzip zugunsten einer problemlösenden Gemeinschaft¹⁾ aufgibt. Die Anstalt mit nicht mehr als 200 Plätzen ist in Abteilungen zu höchstens 50 und Gruppen von nicht mehr als 15 Gefangenen unterteilt. Jeder einzelne Gefangene ist einem dreiköpfigen Behandlungsteam zugeordnet, das aus Psychologen, Sozialarbeiter und Aufsichtsbeamten besteht und über alle den Gefangenen betreffenden Fragen entscheidet, soweit nicht ein höheres Gremium zu-

1) Müller-Dietz, Probleme des modernen Justizvollzuges S. 54: Auch die Strafanstalt ist nach dem Alternativentwurf als sozialtherapeutische Anstalt konzipiert und auf eine problemlösende Gemeinschaft hin organisiert.

ständig ist. Die Gruppe regelt wiederum alle sie betreffenden Probleme gemeinsam. Grundsätzliches entscheidet der Abteilungsrat, der sich aus Bediensteten und Gefangenen der einzelnen Gruppen herausbildet; nur Entscheidungen, die notwendigerweise für den ganzen Bereich einheitlich zu erfolgen haben, werden in der wieder aus den Abteilungen beschickten Anstaltskonferenz beraten und von der aus 3 Personen (Jurist, Soziologe und Psychologe) bestehenden Anstaltsleitung durchgeführt.

2. Mindestprogramm

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten und der Bundeszusammenschluß für Straffälligenhilfe setzten im Gegensatz zum Alternativentwurf an den Formulierungen des Gesetzesentwurfes der Bundesregierung an und verwandeln die dort vorgesehene Experimentierklausel (§ 156 Abs. 2 StVollzG) in ein notwendiges Mindestprogramm¹⁾.

Es wird eine Anstaltskonferenz²⁾ vorgeschrieben, bestehend aus dem Anstaltsleiter und je einem von den Kollegen gewählten Bediensteten aus den Bedienstetengruppen des allgemeinen Vollzugsdienstes, Werkdienstes, der Seelsorge, der Pädagogen, Psychologen und Sozialarbeiter. Die Mitglieder der Konferenz entscheiden über Behandlungsmaßnahmen an einzelnen Gefangenen und gleichzeitig über allgemeine Probleme der Vollzugsanstalt.

3. Sozialtherapeutische Anstalten; Wohngemeinschaften

Auch für den speziellen Bereich der sozialtherapeutischen Anstalten sind bereits Organisationsstrukturen entwickelt wor-

1) Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands e.V.: Stellungnahme zum Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes S. 169; Fachausschuß I Strafrecht und Strafvollzug des Bundeszusammenschlusses für Straffälligenhilfe; Vorschläge zum Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes, S. 150 ff

2) vgl. Ruprecht, Die Funktion der Anstaltskonferenz im Behandlungsvollzug, Blätter für Strafvollzugskunde 1976, S. 1 ff

den, die zur optimalen Umsetzung der "besonderen therapeutischen Mittel", von denen sowohl § 65 StGB als auch § 123 StVollzG sprechen, konzipiert sind.

Da § 65 StGB, der die Einweisung in die sozialtherapeutische Anstalt regelt, erst am 1. 1. 1978 in Kraft tritt, liegen derzeit nur wenige Berichte aus einigen in- und ausländischen Modellanstalten vor.

Dennoch fällt schon klar als wichtige Besonderheit für die Struktur einer sozialtherapeutischen Anstalt auf, daß für die im Verhältnis zum Regelvollzug überaus kleine Insassenzahl (33 Probanden) ein hoher Personalbestand zur Verfügung steht. Das Personal besteht meist - hier bezogen auf den Modellfall Düren¹⁾ - aus einem Arzt, zwei Psychologen, drei Sozialarbeitern und ca. 20 Aufsichtsbeamten. Das bedeutet, daß für fast jeden Untergebrachten ein Bediensteter zählt, ein für den Regelvollzug atypisches Verhältnis. Von besonderer Bedeutung für die hier zu untersuchende Strukturproblematik ist aber, daß eine gemeinsame Entscheidungsfindung praktiziert wird. So verdient im Modellfall Düren die Einrichtung einer täglich zusammentretenden Personalkonferenz Erwähnung, die über die jeweils sich ergebenden Organisations- und Behandlungsprobleme diskutiert und verantwortlich entscheidet; Maßnahmen mit Außenwirkung werden vom Anstaltsleiter "im Benehmen mit der Personalkonferenz" vorgenommen²⁾. Insbesondere ist die weitere Untergliederung der Entscheidungsbefugnis in Fachkonferenzen und Teamgruppen von Interesse, zumal gerade durch eine Integration von Aufsichts- und Behandlungspersonal einerseits und von Gefangenen andererseits eine Gruppentherapie ermöglicht wird, die auch im Regelvollzug anzustreben ist.

An dieser Stelle sei noch ein Hinweis auf die Einrichtung der

1) Rasch, Formaler Aufbau und organisatorisches Grundkonzept der Modellanstalt Düren, MSchrKrim 1974, S. 27 ff (41)

2) ders., a.a.O. S. 34

Wohngemeinschaften angebracht; diese beruhen aber auf dem Prinzip freiwilliger Integration und weisen deshalb schon vom Ansatz her, weil sie nicht für die Durchführung einer vollzugsmäßigen Behandlung konzipiert sind, keinerlei organisatorische Strukturen auf, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind.

4. Abschnitt: Darstellung des Rockenberger¹⁾ Modellversuchs - Realisierung der als notwendig erachteten Strukturveränderung -

I. Einrichtung von Wohngruppen

Es wurde versucht, die als notwendig erkannten Voraussetzungen für effektivere Erziehungsarbeit im Vollzug, nämlich die Einrichtung von Wohngruppen²⁾ einerseits und die Schaffung von Betreuerteams andererseits, in der JVA Rockenberg zu realisieren.

Die JVA Rockenberg ist im Durchschnitt mit 180 Gefangenen belegt. Davon entfallen 30 Verurteilte auf die Zugangs- und Abgangsgruppe. Für den allgemeinen Regelvollzug verbleiben mithin noch 150 Verurteilte.

Da für den Regelvollzug 5 Sozialarbeiter zur Verfügung stehen, konnten hier 5 Wohngruppen mit einer Gefangenenzahl von durchschnittlich 30 Verurteilten gebildet werden.

Zuordnungskriterien:

Die Zusammenstellung³⁾ der Wohngruppen als solche erfolgte im Rahmen der bisherigen Umstrukturierungen noch nicht nach übergeordneten Gesichtspunkten. Insoweit gab bisher die Überlegung - in der Überzeichnung gesehen - den Ausschlag⁴⁾, daß es wegen einer entsprechenden negativen Stigmatisierung⁴⁾ ver-

1) s. Anhang S.178f: geschichtlicher Überblick der JVA Rockenberg

2) Callies, a.a.O. S. 117

3) Kopp, Klassifizierung in der Kriminologie, MSchrKrim 1973, 100-111

4) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 95. Besondere Zurückhaltung erscheint bei der Einteilung der Straftäter auf der Grundlage von Behandlungsprognosen ge-

mieden werden muß, in einer Wohngruppe nur Dumme, in der anderen nur Langstrafige, in einer weiteren nur Sittlichkeits-täter oder Betrüger usw. zu haben. Entsprechend der Lebensform in der Freiheit, in der alle Personengruppen auf engem Lebensraum miteinander auskommen müssen, soll auch im Vollzug gearbeitet werden. Das Konzept geht davon aus, daß das Erlernen sozialer Verhaltensweisen und Techniken zur Lebensbewältigung von der "Schaffung geeigneter Lernfelder" abhängig ist, die ein Realitätstraining erlauben¹⁾.

Speziell therapeutisch zu betreuende Gruppen sind selbstverständlich vorhanden, werden aber lediglich als Behandlungsgruppen ausschließlich für die Zeit der Behandlung zusammengefaßt.

Daß man in Zukunft möglicherweise auch Gruppen unter übergeordneten Gesichtspunkten zusammenstellen wird als Wohngruppen, ist wahrscheinlich, bleibt aber der weiteren Erfahrung vorbehalten. Es ist z.B. daran gedacht, eine Gruppe zu bilden, die sich aus Schülern zusammensetzt. Selbstverständlich wird dann nicht unterschieden werden nach Haupt- und Sonderschülern. Vielmehr könnte der gesamte Schulbereich auch gleichzeitig identisch sein mit einer oder zwei Wohngruppen, da die Interessenlagen der Inhaftierten insoweit vergleichbar sind.

Ebenfalls könnten alle diejenigen in eine Gruppe zusammengebracht werden, die eine Berufsausbildung z.B. im Metallbereich erfahren. Diese Zuordnung böte sich deshalb an, weil gerade in der JVA Rockenberg einer der Schwerpunkte auf der Metallaus-

boten, die sich über die Rückfallwahrscheinlichkeit und Chancen (Wieder-)Eingliederung äußern. Zu bedenken ist vor allem, daß von einer negativen Charakterisierung ein Stigmatisierungseffekt ausgeht, der sowohl auf den Betroffenen als auch auf die mit ihm befaßten Beamten lähmend wirken und damit selbst geringe Ansatzmöglichkeiten zerstören kann.

1) Vgl. BT-Drs. 7/1918 S. 41; Müller-Dietz, Vollzugsziel und innerer Aufbau der Vollzugsanstalten, ZfStrVo 1975, 207 f

bildung liegt, so daß zahlenmäßig für diesen Bereich genügend Probanden zur Verfügung stehen; auch die Verurteilten der JVA Wiesbaden, die eine Ausbildung auf diesem Sektor erfahren sollen, werden nach Rockenberg verlegt. Darüber hinaus ist daran gedacht, für solche Gefangene, die schwerpunktmäßig in eine spezielle Drogentherapie kommen sollen, eine Gruppengemeinschaft zu schaffen. Diese Handhabe bietet sich wiederum an, weil sich einer der Sozialarbeiter auf diese Arbeit spezialisiert.

Entscheidend werden aber vor allem die Erfahrungen sein, die in Zukunft experimentell gesammelt werden, da insoweit gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse noch nicht zur Verfügung stehen.

II. Einrichtung von Behandlungsteams

Jeder Wohngruppe wurde ein sogenanntes Betreuerteam¹⁾ gegenübergestellt. Dieses besteht aus einem Sozialarbeiter und fünf weiteren auf derselben Station ständig diensttuenden Mitarbeitern des Aufsichtsdienstes. Dieses sog. Kernteam zieht, wenn es ihm notwendig erscheint, bei der Lösung von Spezialfragen, seien sie psychologischer, pädagogischer oder sonstiger Art, den jeweiligen Fachmann als Sachverständigen hinzu.

III. Arbeitsweise und Aufgaben

Die Entscheidungen in den einzelnen Teams werden nach gründlicher Erörterung mit einfacher Mehrheit getroffen bei absoluter Gleichberechtigung aller Teammitglieder. Die Gleichberechtigung der Teammitglieder erscheint nach der gemachten Erfahrung Grundvoraussetzung, um einen Teamgeist überhaupt auf-

1) vgl. Ruprecht, W., Teamarbeit der Vollzugsbediensteten, ZfStrVo 1973, S. 76-82; Kimpel, Die Stellung des Aufsichtsbeamten im Strafvollzug, ZfStrVo 1970, S. 202 ff; Hohmeier, Thesen zur Tätigkeit des Aufsichtsbeamten im gegenwärtigen Strafvollzug, ZfStrVo 1970, S. 194-202; ders., Bedeutung des Aufsichtspersonals für einen modernen Behandlungsvollzug, Loccumer Protok. 12/1971, S. 131-140

kommen zu lassen¹⁾ Die Entwicklung des Teamgeistes, d.h. die Motivation zur engen Zusammenarbeit, bedarf darüber hinaus noch einiger weiterer Stützen. Eine der wesentlichen scheint zu sein, daß auch die Teams ihren Dienstplan selbst erarbeiten, der soweit wie möglich von dem Dienstplankoordinator bei der Aufsichtsdienstleitung im Rahmen der Aufstellung des Gesamtdienstplanes zu berücksichtigen ist. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß die einem Team zugeordneten ständigen Stationsbeamten auch tatsächlich auf "ihrer" Station zum Dienst eingeteilt werden. Um dies wiederum zu ermöglichen, sind jeweils zwei Teams miteinander verschwistert, damit ausfallende Bedienstete leichter ersetzt werden können.

Zu erwähnen ist noch die Pflicht jeder Gruppe, sich im Zeitraum von 2 Wochen einmal zu treffen, wobei häufigeren Zusammenkünften nichts im Wege steht. Eine Gruppensitzung muß pro Monat abgehalten werden. Die Teilnahme an dem von der Gruppe selbst anberaumten Gruppensitzungen ist Dienst. Anfallende Mehrstunden werden als Überstunden vergütet. Jede Gruppe bestimmt einen Vorsitzenden und einen Protokollführer, die zu jeder Sitzung reihum neu bestellt werden können. Das Protokoll ist dem Anstaltsleiter zur Gegenzeichnung vorzulegen.

Die Teams waren nach ihrer Konstituierung selbstverständlich noch nicht in der Lage, eigenständig zu arbeiten. Vor allen Dingen mußte im damaligen Zeitpunkt noch darüber nachgedacht werden, welche Aufgabenbereiche den Teams zuwachsen sollten. Da man richtigerweise davon ausging, vorab Erfahrungen zu machen, übertrug der Anstaltsleiter mit der Maßgabe späterer Erweiterung zunächst die Entscheidung über Urlaub und Ausgang an die neugeschaffenen Gremien.

Nach § 91 JGG kann der Jugendvollzug weitgehend in gelockerten Formen durchgeführt werden. Als Ausführungsanordnung dieser Gestaltungsklausel erging ein Erlaß des Hessischen Mini-

1) Franke, Führungsstile, ZfStrVo 1972, 177; Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 98

sters der Justiz¹⁾ vom 17. 4. 1970, nach dem die Möglichkeit eingeräumt wurde, jungen Gefangenen, die bereits 1 Jahr ununterbrochen in Haft sind und bei denen der Strafreist 3 Jahre nicht übersteigt, einen Jahresurlaub von 14 Tagen sowie Ausgang mit Erziehungspersonen zu gewähren, sofern die in Betracht kommenden Verurteilten geeignet erscheinen.

Zur Prüfung der Frage, ob der Antragsteller bereits ein Jahr inhaftiert ist und ob die noch zu verbüßende Reststrafe 3 Jahre nicht übersteigt, wäre eine Delegation auf die Teamebene keineswegs erforderlich gewesen.

Diese formalen Voraussetzungen könnten auch vom Anstaltsleiter oder von einem von ihm bestimmten Mitarbeiter rasch aufgrund der Aktenlage abgehakt werden.

Die entscheidende Frage jedoch, ob der betreffende Verurteilte auch geeignet²⁾ erscheint, d.h. ob von ihm erwartet werden kann, daß er während der Dauer des Urlaubs keine weiteren Straftaten begeht und ordnungsgemäß wieder in die Anstalt zurückkehren wird, kann vom Anstaltsleiter, der den Gefangenen möglicherweise am Anfang dessen Strafzeit bei der Zugangskonferenz einmal gesehen hat, vielleicht zwischenzeitlich noch einmal bei einer Hausstrafenkonferenz, mit einer fundierten Begründung nicht beantwortet werden. Von dem den jeweiligen Teams zugeordneten Beamten des Aufsichtsdienstes ist anfangs oft genug in Zweifel gezogen worden, ob hier überhaupt eine Antwort möglich ist, weil doch insoweit "hellseherische Eigenschaften" gefragt seien. Ihnen war deshalb zunächst einmal klarzumachen, daß es ähnlich wie bei den meisten Fragen der Vollzugsarbeit, insbesondere der Erziehungsarbeit, mathematisch exakte Antworten nicht gibt.

1) HMdJ, Erlaß v. 17.4.1970 (JMB1. S. 303) Jugendvollzug in freieren Formen

2) HMdH, Erlaß v. 17.4.1970, vgl. BT-Drs. 7/91, S. 51, betr. Teilnahme am offenen Vollzug

Der Begriff der "Geeignetheit", der den Hintergrund zu nahezu jeder im Erziehungsbereich zu treffenden Maßnahme bildet, ist ein völlig abstrakter und keineswegs bestimmter. Er ist deshalb als solcher kein Instrument, mit dem eine Lösung zu einer schwierigen, therapeutischen Frage gefunden werden kann. In der juristischen Fachsprache werden solche Begriffe unbestimmte Rechtsbegriffe¹⁾ genannt. Die Hauptaufgabe des Teams besteht deshalb darin, diesen unbestimmten Begriff bestimmbar zu machen. Das bedeutet, daß eine Vielzahl von Einzelinformationen zusammengetragen werden muß, um sie anschließend einer eingehenden Würdigung zu unterziehen. Welche Informationen es zu sein haben, hängt davon ab, welches Problem einer Lösung zugeführt werden soll. Das Problem der Geeignetheit, z.B. im Rahmen der Urlaubsgewährung, erfordert Informationen zu der Frage, ob erwartet werden kann, daß keine weiteren Straftaten begangen werden und der Verurteilte pünktlich in die Anstalt zurückkehren wird. Es ist nun wichtig, einen weitgespannten Fächer an Einzelinformationen zusammenzutragen, um daraus möglicherweise eine Antwort zu der schier unlösbaren Frage abzuleiten, zumal auch die erste Nagelprobe auf die bisher im Vollzug geleistete Erziehungsarbeit erfolgt. Es wird insoweit u.a. von Bedeutung sein, wie sich der Verurteilte in das Leben in der Anstalt eingegliedert hat und welche Fortschritte er in der Bewältigung seiner Straftat gemacht hat. Die zu erhebenden Einzeldaten beziehen sich dabei nicht nur auf den beruflichen oder schulischen Entwicklungsprozeß, sondern insbesondere die alltägliche Erfahrung mit dem Gefangenen. Denn oft ergeben sich gerade im allgemeinen erzieherischen Bereich Informationen, die im einzelnen gar nicht aktenkundig gemacht werden, wohl aber als ungeschriebene, nicht verbalisierte Eindrücke von den betreuenden Bediensteten registriert werden und nützliche, oft sogar entscheidende Hinweise auf tiefer-schichtig vorhandene, unbewältigte Probleme liefern.

1) Jesch, AÖR 82, 163 ff; Wolff-Bachof I, § 91 T c, S. 188 ff; Forsthoff, Lehrbuch S. 85 ff; Erichsen-Martins, S. 148 ff

Das System hierarchischer Struktur, zugeschnitten auf die Person des Anstaltsleiters als Entscheidungsorgan, wird dieses tatsächlich bestehende Informationsgefüge in den Querverbindungen der unteren Ebene nicht ausschöpfen können. Im Bereich dieser fundamentalen Erkenntnisquelle sind die Einzelgespräche anzusiedeln, die von den Aufsichtsbeamten als Teammitglieder im Alltag mit den Probanden geführt werden. Oft zunächst belanglos geglaubte Äußerungen können sich zu entscheidenden Erkenntnissen verdichten. Erwähnt seien nur die oft hier erkannten Hinweise auf bestehende Selbstmordgefahr. Auf den Urlaub bezogen sind beispielsweise Äußerungen wichtig, die das Verhältnis zu den Eltern berühren, bei denen "angeblich" der Urlaub verbracht werden soll. Wenn von vornherein deutlich wird, daß echte Bindungen zum Elternhaus erst noch durch andere Maßnahmen aufgebaut werden müssen, wäre es pädagogisch sicherlich nicht vertretbar, den beantragten Urlaub zu gewähren. Das Weglaufen vom Elternhaus würde die Folge sein, und im Rahmen dieses weiteren Mißerfolgserlebnisses würde mit ziemlicher Sicherheit - so lehrt es jedenfalls die Erfahrung - mit weiteren Straftaten zu rechnen sein.

Es tritt in diesen Situationen erfahrungsgemäß eine Verstärkung des Gefühls des Verlassenseins ein, das auf den in der Entwicklung oft weit zurückliegenden Defiziten basiert und erneut im Unterbewußtsein Zuwendung fordert. Diese wird allerdings zumeist mit falschen Mitteln, nämlich durch Begehen weiterer Straftaten, herbeizuführen versucht.

Ebenso wie im Bereich der Urlaubsgewährung können sich zum Ausgang entscheidende Erkenntnisse in Gesprächen auf der unteren Ebene ergeben, insbesondere zu der Frage nach der geeigneten Erziehungsperson. Oft sind es nicht einmal die Eltern, sondern außenstehende Betreuer, vielfach ehrenamtliche Mitarbeiter, Studenten, in denen die Gefahrgenen wichtige Bezugspersonen teils zu Recht haben, teils aber nur zu erkennen glauben. Wie problematisch eine solche Beziehung sein kann, ergibt sich aus der Tatsache, daß die genannten Personen oft

aus egoistischen Motiven Bindungen aufbauen und Bedürfnisse wecken, die sie später nicht befriedigen können. Gespräche sowohl mit dem betreffenden Gefangenen als auch mit den in Betracht kommenden außenstehenden Bezugspersonen können hier Eindrücke vermitteln, von denen die Entscheidung abhängig gemacht werden muß.

Informationen auf breitester Ebene müssen, wie erwähnt, bei den meisten der zu treffenden therapeutischen Maßnahmen zusammengetragen werden. Dies ist der Fall, wenn eine Änderung des Erziehungsplanes herbeigeführt werden soll, z.B. bei einem notwendig werdenden Ausbildungswechsel, wenn über Außenarbeit oder Freigängereinsatz zu entscheiden ist, wenn Entlassungsvorbereitungen erforderlich werden, wenn über einen Antrag auf vorzeitige Entlassung oder über eine Hausstrafmaßnahme zu befinden ist.

IV. Hausinterne Ausbildung der Teammitglieder

Es überrascht nun sicher nicht die Feststellung, daß den, wenn auch entsprechend ausgewählten, Beamten des Aufsichtsdienstes die Mitarbeit in den einzelnen Betreuerteams Schwierigkeiten bereitete. Wenn sie auch zu allen Zeiten auf eine solche Mitarbeit gedrängt haben, so war ihre bisherige Verwendung im wesentlichen dazu bestimmt, die Sicherheit in der Anstalt zu gewährleisten.

Sie gerieten dadurch aber immer weiter von dem gesetzlichen Auftrag der Erziehungsarbeit ab und verloren zu dieser mehr und mehr den Kontakt und damit auch die erforderliche Übersicht.

In einer solchen über Jahrzehnte hingenommenen Entwicklung liegt die Ursache begründet, weshalb Aufsichtsdienst und Erziehungsdienst (Sozialarbeiter, Lehrer, Psychologen, Geistliche ...) sich nicht nur weiter voneinander entfernt haben, sondern geradezu in eine "Gegnerschaft" hineingerieten.

Die aufgezeigte Entwicklung kann nun nicht von einem Tag zum anderen rückgängig gemacht werden. Vielmehr muß zunächst eine ihr entgegengesetzte Meinungsbildung in Gang gebracht werden, d.h. bei den Aufsichtsbediensteten muß die Einsicht und das Interesse an einer für sie "neuen" Vollzugsaufgabe geweckt werden. Insbesondere sind dabei große Lücken im reinen Wissensbereich zu schließen.

Diese Nachholarbeit versucht die Anstalt dadurch zu erreichen, daß sie ganz gezielten Fortbildungsunterricht¹⁾ für den Auf-
sichtsdienst eingerichtet hat, der auch auf eine ausgesprochene positive Aufnahme gestoßen ist. Im Rahmen dieser Fortbildungsveranstaltungen steht die Frage im Mittelpunkt nach einer sinnvollen Betreuung der Gefangenen in Zusammenarbeit mit den übrigen Fachbereichen²⁾. Die Ausbildung wird größtenteils von den Anstaltspsychologen geleistet. Daneben wird den Beamten auch ein notwendiger Fundus an Vorschriftenkenntnis durch den Anstaltsleiter bzw. durch geeignete Verwaltungsbeamte vermittelt, damit sie in die Lage versetzt werden, die von ihnen zu treffenden Maßnahmen an einem sicheren Hintergrundwissen zu orientieren.

V. Richtlinienkonferenz

Mit der Einrichtung der Teams war zwangsläufig eine Umstrukturierung des gesamten Anstaltsgefüges auf ein demokratisches, dem hierarchischen Behördenaufbau abgewandtes System erforderlich. Die "Möglichkeit" dazu ist in der amtlichen Begründung zu § 156 Abs. 2 StVollzG, also für den Bereich des Erwachsenenvollzugsbereich, vorgesehen. Dort heißt es:

"... gibt somit Raum, die bereits in Nr. 58 Abs. 4 der Dienst- und Vollzugsordnung zugrunde gelegte Beteiligung an-

1) Mädger, Die Auswahl, Ausbildung und Fortbildung, S. 112 ff

2) Schwaninger, Förderung der Zusammenarbeit der Vollzugsbediensteten auf der Basis von Fortbildungsveranstaltungen, ZfStrVo 1971/72, S. 251-262; Steller, Voraussetzungen zur Mitwirkung bei der Resozialisierung, ZfStrVo 1975, S. 216 ff

derer Anstaltsbediensteter an der Willensbildung der Anstaltsleitung dahin fortzuentwickeln, daß auch die Verantwortung für die Entscheidung selbst von einer Konferenz getragen wird."

Allein der Umstand, daß 5 Teams innerhalb eines Hauses Entscheidungen herbeiführen, wirft die Frage auf, wie verhindert werden kann, daß die Teams ein zu großes Eigenleben entwickeln, das wiederum zu einer ungleichen Behandlung der Gefangenen und damit zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit führen würde. Das System fordert also geradezu eine den Teams übergeordnete Institution, die allgemeingültige Grundsätze entwickelt, an die sich alle Teams halten müssen. Zum Zwecke der Übernahme der vorgezeichneten Aufgaben wurde die Richtlinienkonferenz, die wöchentlich einmal zusammentritt, ins Leben gerufen.

Es galt und gilt aber darüber hinaus, besondere Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, daß das aufgezeigte System tatsächlich durchgeführt wird und funktioniert. Alle an dem Entscheidungsprozeß zu Beteiligten müssen auch mitwirken, insbesondere alle den Grundteams zugeordneten Beamten müssen auf ihrem Flügel dienstplanmäßig eingesetzt werden. Es ist zu überwachen, sofern Fachfragen anstehen, die den Psychologen, Pädagogen, Sozialarbeiter oder ausschließlich den Arzt oder Theologen bzw. die Verwaltung angehen, daß nicht ohne die Genannten entschieden wird. Der übergeordneten Institution "Richtlinienkonferenz" werden all diese Problemfragen, sofern sie streitig bleiben, vorgebracht. Sie soll darüber hinaus auch auf Vorlage entscheiden, wenn ein Team in einer einzelnen Frage weit von einer bereits ergangenen Entscheidung eines anderen Teams abweichen will.

Schließlich soll sie die übergeordnete Instanz schlechthin bilden, d.h. die Richtlinienkompetenz für den gesamten therapeutischen Bereich des Vollzuges innehaben. Daraus folgt auch bezüglich ihrer Zusammensetzung die zwingende Notwendigkeit

der Beteiligung aller in der Anstalt vertretenen Fachbereiche. Ist dies gewährleistet, kann die Richtlinienkonferenz noch weit mehr als Klammer der in der Vollzugsanstalt vorhandenen Strömungen fungieren, als die Teams dies tun können, gleichgültig, ob fachliche oder gar fachpolitische Probleme zur Entscheidung anstehen. Insoweit kann mit demokratischen Mitteln jedes Problem auf die es tragende Sachbasis gedrängt werden, und leidige, das Betriebsklima vergiftende Emotionen der Fakultäten untereinander können im Laufe der Zeit auf das Mindestmaß gesenkt werden.

So war es nach der Struktur der Vollzugsarbeit, die ihren Schwerpunkt im Wohngruppenvollzug sieht, nur konsequent, wenn in die Richtlinienkonferenz, die für die einheitliche Weiterentwicklung des Gruppenvollzuges und damit der Teamarbeit eintreten soll, je ein Vertreter eines jeden Teams aufgenommen wurde. Wer Vertreter des einzelnen Teams und für welchen Zeitraum er in der Richtlinienkonferenz sein soll, bestimmt das jeweilige Team selbst.

Daneben mußte aus dem Fachbereich der Sozialarbeit ebenfalls ein Abgeordneter in der Richtlinienkonferenz mitwirken, da auf den Bereich der Sozialarbeit die Breitenarbeit des Vollzuges zugeschnitten ist.

Dann erhebt sich aber schon die in der JVA Rockenberg sehr streitig diskutierte Frage, wie die übrigen Fachbereiche einschließlich der Verwaltung zu beteiligen wären. Die Antwort orientierte sich an dem Sachauftrag, der der JVA Rockenberg kraft Gesetzes zugewiesen ist. Sie hat Jungtäter im Alter von 14 - 18 Jahren dahingehend zu erziehen, daß sie im Zeitpunkt ihrer Entlassung einen gesetzmäßigen und geordneten Lebenswandel zu führen in der Lage sind¹⁾. In erster Linie versucht die Anstalt das durch eine geordnete Schul- und Berufsausbildung

1) vgl. § 88 JGG: ... und verantwortet werden kann, zu erproben, ob er außerhalb des Jugendstrafvollzugs einen rechtsschaffenen Lebenswandel führen wird.

zu erreichen. Zu diesem Zweck hat sie ein in sich geschlossenes Gesamtschulsystem¹⁾ aufgebaut. Sie bietet im Jahr durchschnittlich 2 Hauptschulabschlußkurse für je 12 Schüler an. Daneben hat sie eine Berufsschule, in die sowohl diejenigen aufgenommen werden, die einen Beruf erlernen wollen, als auch diejenigen, die lediglich Arbeiter, aber noch berufsschulpflichtig sind. Als dritten Bereich verfügt die Anstalt über einen Sonderschulzweig. Dieser besteht aus der eigentlichen Sonderschule. Daneben gibt es ein großes Angebot an sogenannten Stützkursen oder Nachhilfeunterrichten, die teilweise Eigenständigkeit haben, aber auch der Förderung von Sonderschülern, Hauptschülern und Berufsschülern dienen. Die Stützkurse werden meistens von ehrenamtlichen Mitarbeitern abgehalten. Ehrenamtliche Mitarbeiter gibt es im Durchschnitt 40 - 50 in der Anstalt.

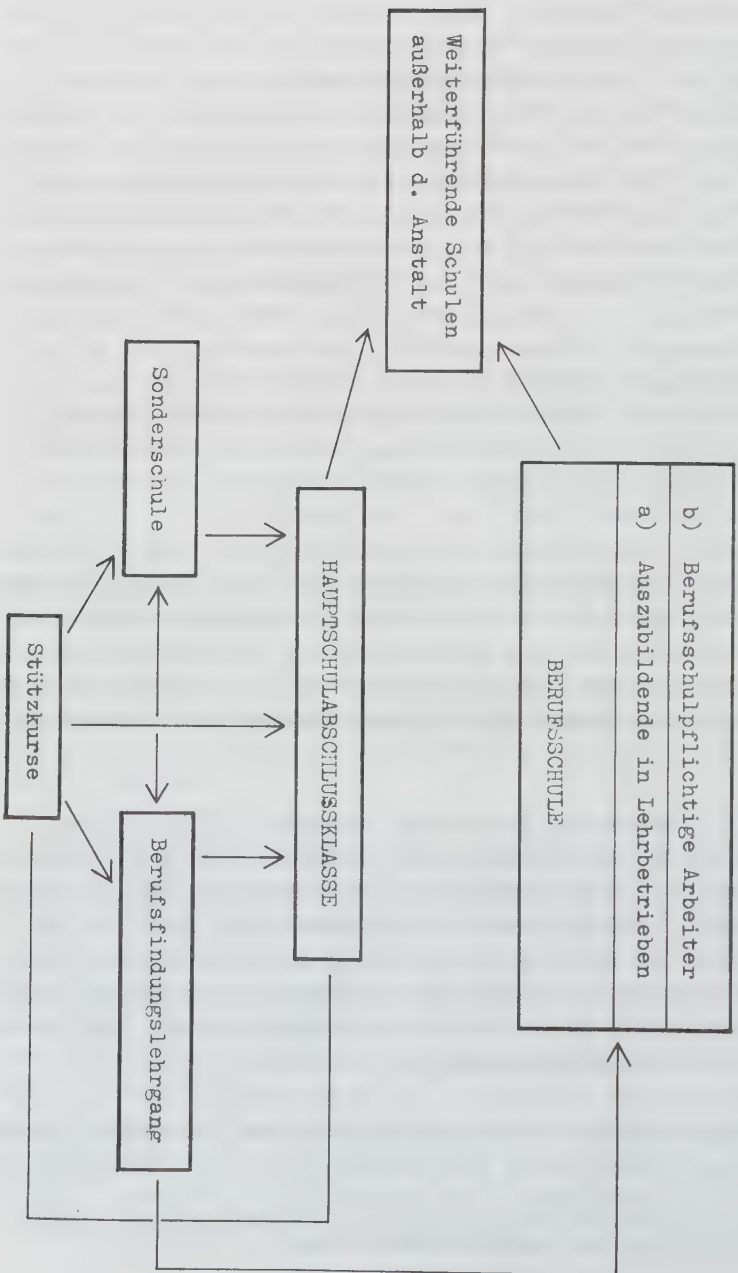
Schließlich ist im Jahre 1974 noch ein Berufsfindungslehrgang eingerichtet worden, der über zwei Sparten, nämlich Holz/Metall sowie Papier/Leder und Kunststoff verfügt. Hier sollen solche Verurteilte, die nicht wissen, in welche Berufsrichtung sie tendieren, über eine Zeitspanne von einem halben Jahr im Umgang mit den jeweiligen Grundstoffen vertraut gemacht werden.

Da für die genannten Schulzweige bereits 4 hauptamtliche Lehrkräfte zur Verfügung stehen, war streitig, wer von diesen den Fachbereich der Pädagogik in der Richtlinienkonferenz vertreten soll. Die Frage wurde noch schwieriger, da die JVA Rockenberg die Möglichkeit hat, fast alle Grundberufe anzubieten. Für die Ausbildung in den einzelnen fachpraktischen Bereichen stehen deshalb weitere 8 Fachlehrer und eine große Anzahl von Handwerksmeistern zur Verfügung.

Daß nicht alle an der Richtlinienkonferenz teilnehmen können, ergibt sich bereits aus dem Umstand, daß diese ein arbeits-

1) siehe Skizze auf nachfolgender Seite

SCHULSYSTEM der JVA Rockenberg



fähiges Organ bleiben muß. Während der Konferenz kann im übrigen der Schul- und Ausbildungsbetrieb nur aufrechterhalten bleiben, wenn nicht alle Lehrer zur Konferenz abgezogen werden. Deshalb wurde eine, wenn auch schwer umkämpfte, Einigung dahingehend herbeigeführt, daß für den gesamten pädagogischen Bereich ein Lehrer als ständiger Vertreter in der Richtlinienkonferenz teilnimmt und, wenn einschlägige Fachfragen auf der Tagesordnung stehen, den Fachkollegen mit der Teilnahme beauftragt.

Für den Bereich der berufspraktischen Ausbildung ist der Arbeitsleiter als Vertreter der Werkbeamten Mitglied der Richtlinienkonferenz.

Dem Arbeitsleiter fällt in einer Jugendstrafanstalt ohnehin eine besondere Schwerpunktarbeit zu. Er hat nicht nur dafür Sorge zu tragen, daß alle Gefangenen einer sinnvollen Arbeit zugeführt werden. In Erwachsenenanstalten ist dies nahezu ausschließlich seine Aufgabe. Er muß vor allem die Durchführung der Lehrausbildung, die im Vordergrund der Arbeit¹⁾ steht, gewährleisten sowie die schulische Ausbildung der Insassen verwaltungstechnisch sicherstellen. Der Tätigkeit des Arbeitsleiters kommt mithin zwar eine verwaltungstechnische, aber entscheidend integrierende Schlüsselposition zu, die ein großes Maß an Einfühlungsvermögen, eine große Sachkenntnis, die über die eigentlichen Fachprobleme weit hinausgeht, voraussetzt. Der Arbeitsleiter bildet mit seinem Aufgabenbereich die Nahtstelle zwischen dem reinen Arbeitsablauf und der schulischen sowie beruflichen Betreuung. Deshalb obliegt ihm ebenfalls ein erheblicher Beitrag in der Verzahnung der Mitarbeiterbeziehungen. Seine Position verlangt zweifelsohne seine Mitarbeit in der Richtlinienkonferenz.

1) vgl. zur Bedeutung der Arbeit im Rahmen der Behandlung: Sohns, Gefangenenarbeit im Jugendstrafvollzug; in: Kriminologische Studien, Bd. 14 S. 12, 18, 20, 187 ff; vgl. Müller-Dietz, Die Arbeit der Gefangenen, in: Wege zur Strafvollzugsreform S. 58 ff

Die weitere Frage, die zu Beginn der Umstrukturierung ebenfalls sehr streitig verhandelt wurde, ging dahin, wie der Aufsichtsdienst in der Richtlinienkonferenz repräsentiert sein sollte. Von der Aufsichtsdienstleitung war immer wieder das Argument zu hören, der Aufsichtsdienst müsse, weil er die überwiegende Anzahl der Bediensteten aufzuweisen habe, mit einem entsprechenden Proporz berücksichtigt werden. Doch die Tatsache, daß aus den einzelnen Teams je ein Aufsichtsbeamter aufgenommen war, ließ die Aufsichtsdienstleitung schließlich dahingehend nachgeben, daß neben den Teammitgliedern der Aufsichtsdienstleiter eine ausreichende Repräsentation des Aufsichtsdienstes darstellt, zuständig vor allem für Sicherheitsfragen.

Neben einem Psychologen und dem ständigen Vertreter des Anstaltsleiters nimmt der Anstaltsleiter als Vorsitzender der Richtlinienkonferenz gleichzeitig die Interessen der im übrigen nicht vertretenen Fachbereiche der Verwaltung wahr.

Das Gremium, das über 13 Mitglieder verfügt, hat sich als arbeitsfähiges Organ erwiesen, zumal seine Entscheidungen entsprechend den der Teams in demokratischer Abstimmung mit einfacher Mehrheit getroffen werden.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang noch die Zugangskonferenz¹⁾, allerdings nicht als selbständiges Organ. Sie ist Teil der Richtlinienkonferenz und beschließt den jeweiligen Erziehungsplan. Diese Arbeit muß von der Richtlinienkonferenz als Zugangskonferenz geleistet werden, da die Zuteilung der Gefangenen zu den einzelnen Teams übergeordnet betrieben werden muß.

In Rockenberg gelangt jeder Gefangene nach seiner Einlieferung in die Zugangsabteilung. Dort verbleibt er ca. 4 Wochen. Die Zugangsarbeit, die überwiegend vom Psychologen ge-

1) Dazu etwa Müller-Dietz, Persönlichkeitsforschung im Strafvollzug, MSchrKrim (1969) S. 194-214

leistet wird, soll ein Bild über den Werdegang des Probanden zeichnen und die Ursachen des kriminellen Verhaltens aufdecken. Dies geschieht in Gesprächen mit den Jugendlichen und der Auswertung der Jugendakten. Aufgrund der darüber hinaus auch von den übrigen Mitarbeitern, dem Lehrer, Sozialarbeiter, Anstaltsleiter und Vollstreckungsleiter während der Zugangszeit geführten Gespräche und der darin gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse beschließt die Richtlinienkonferenz als Zugangskonferenz den Erziehungsplan; beteiligt sind der Anstaltsleiter, der Arbeitsleiter, ein Psychologe, Lehrer und Sozialarbeiter sowie ein Vertreter des aufnehmenden Teams. Die Richtlinienkonferenz übernimmt auch zusätzlich noch die Funktion der Hausstrafenkonferenz, allerdings nicht in verkleinerter Besetzung.

In der JVA Rockenberg werden nur dann noch echte Hausstrafen, insbesondere Arreststrafen ausgesprochen, wenn ein tätlicher Angriff gegen einen Bediensteten erfolgt ist oder eine folgenschwere Mißhandlung eines Mitgefangenen geahndet werden muß. Diese Fälle kommen jedoch so selten vor, daß eine gesonderte Konferenz nicht etabliert zu werden braucht.

In allen übrigen Fällen werden Hausordnungswidrigkeiten von den einzelnen Teams mit Erziehungsmaßnahmen geahndet.

VI. Fachbereiche

Damit nun der jeweilige Vertreter einer Fachgruppe auch die Meinung seiner Kollegen in die Richtlinienkonferenz einbringen kann, muß Gewähr dafür gegeben sein, daß eine entsprechende Meinungsbildung in den Fachbereichen erfolgen kann. Die einzelnen Fachbereiche rufen deshalb Fachgruppenbesprechungen je nach Dringlichkeit, im Regelfalle allerdings nur einmal im Monat, ein. Es gibt z.B. die Erzieherbesprechung, die Besprechung der Werkbeamten, die Besprechung der Aufsichts- und Teambeamten sowie die Verwaltungsdienstbesprechung. Auf all diesen Zusammenkünften werden jedoch keine Beschlüsse für den Vollzugsbereich gefaßt. Echte Beschlußgremien gibt es lediglich zwei, nämlich die Richtlinienkonferenz und die Teamkonferenz.

In den Fachgruppenbesprechungen findet lediglich eine Meinungsbildung fachspezifischer Art statt. Sollte eine fachlich tragende Auffassung eines Vertreters eines Fachbereiches z.B. im Team nicht gebührend berücksichtigt worden sein, obwohl sie nach Lage der Dinge und entsprechend dem gesetzlichen Rahmen unumgänglich das an sich vorhandene Ermessen so verdichtet hat, daß eben nur eine richtige Entscheidung hätte ergehen dürfen, nicht aber die tatsächlich ergangene, so besteht mithin jederzeit die Möglichkeit, dieses Problem über den in der Richtlinienkonferenz repräsentierten Fachbereichsvertreter dort zur Sprache und zur übergeordneten Entscheidung zu bringen. Durch die Fachbereichsvertreter werden ohnehin Grundsatzprobleme, auch wenn sie nicht kontrovers diskutiert werden, der Richtlinienkonferenz zur Entscheidung vorgelegt. Die Richtlinienkonferenz hat insofern eine umfassende Klammerwirkung zu allen Teams und zu allen Fachbereichen.

VII. Stellung des Anstaltsleiters im Außenverhältnis¹⁾

A. Vertretungsbefugnis im verwaltungstechnischen Bereich

Der Anstaltsleiter vertritt die Verwaltung der Justizvollzugsanstalt im Außenverhältnis sowohl auf der hoheitlichen Ebene als auch im fiskalischen Bereich.²⁾

Bezogen beispielsweise auf den Neubau der Justizvollzugsanstalt bedeutet dies im hoheitlichen Bereich die Durchsetzung der Planungsvorstellungen, soweit bei der baulichen Gestaltung Vollzugsüberlegungen entscheidend sind.

Auch die Wahrnehmung der notwendigen Verhandlungen im Genehmigungsverfahren gehört dazu.

Im Fiskalbereich hat der Anstaltsleiter, um beim Beispiel zu bleiben, die Grundstücksverträge als Vertreter des Landes

1) vgl. § 156 Abs. 2 StVollzG: Der Anstaltsleiter vertritt die Anstalt nach außen ...

2) § 9 der Hess.Landeshaushaltsordnung (GVBl. I 1970, S.645) und dazu ergangene Verwaltungsvorschriften (StAnz. 1972, S.197)

Hessen abzuschließen, wenn solche im Zuge des Neubaus erforderlich werden, um Bauland zu erwerben.

Den Abschluß zivilrechtlicher Verträge¹⁾ hat er z.B. auch dann zu tätigen, wenn zum Zwecke der Eröffnung eines neuen Berufszweiges innerhalb der Anstalt, wie z.B. zur Eröffnung einer neuen Kfz-Ausbildung, erforderliche Geräte eingekauft werden müssen. Derartige Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen.

B. Vertretungsbefugnis im therapeutischen Bereich

Im therapeutischen Bereich vertritt der Anstaltsleiter die Anstalt ebenfalls nach außen. Er vertritt sowohl die im Team als auch in der Richtlinienkonferenz rechtsfehlerfrei ergangenen Entscheidungen gegenüber dem Vollstreckungsleiter, den Gerichten, der Staatsanwaltschaft, den Jugendämtern, den Bewährungshelfern oder den sonstigen in Betracht kommenden Behörden und Institutionen, einschließlich gegenüber dem Hessischen Minister der Justiz. Dies ist deshalb notwendig, damit jeder Außenstehende, der die interne Geschäftsverteilung nicht kennt, in jedem Fall den kompetenten Vertreter der Anstalt erreicht. Gemäß § 88 JGG beispielsweise gibt der Anstaltsleiter gegenüber dem Vollstreckungsleiter verbindlich die Stellungnahme der Anstalt zur Frage der vorzeitigen Entlassung eines Verurteilten ab, obwohl im Innenverhältnis die einschlägige Entscheidung insoweit von dem zuständigen Team getroffen worden ist.

VIII. Stellung des Anstaltsleiters im Innenverhältnis

A. Entscheidungskompetenz im verwaltungstechnischen Bereich

Nicht nur im Außenverhältnis, sondern auch im Innenverhältnis bleibt der Anstaltsleiter uneingeschränkt Leiter der Ver-

1) HMDJ, Erlaß v. 24.6.1974 - JMBL. S. 205, StAnz. S. 1254, betr.: Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich des HMDJ

waltung. Er bestimmt im Bereich der Vollzugsanstalt "die Richtlinien der Politik" und setzt diese u.a. durch Hausverfügungen durch. Er achtet auf die ordnungsgemäße Durchführung dieser Verfügungen und auf den ordnungsgemäßen Ablauf des verwaltungstechnischen Apparates.

So war es beispielsweise in der JVA Rockenberg erforderlich, die bisher noch nicht vorhandene Hauptgeschäftsstelle einzurichten. Diese Notwendigkeit ergab sich, um einen ordnungsgemäßen Ablauf des Schriftverkehrs zu gewährleisten sowie die Einhaltung wichtiger Termine zu garantieren. Vor allem hat die Hauptgeschäftsstelle die Pflicht - neben der für die Gefangenen-Personalakten zuständigen Vollzugsgeschäftsstelle -, für eine ordnungsgemäße Aktenführung Sorge zu tragen, die es ermöglicht, einschlägige Vorgänge in die richtigen Sachakten zu bringen, um sie dort auch jederzeit wiederfinden zu können.

Daneben ist der Anstaltsleiter Dienst- und Disziplinarvorgesetzter aller in der Anstalt beschäftigten Bediensteten. In dieser Eigenschaft obliegt es ihm, nicht nur den geeigneten Bediensteten in der richtigen Position einzusetzen, er hat u.a. auch seine Beförderung zu betreiben, die entsprechenden Dienstleistungszeugnisse zu erstellen und, wenn notwendig, Disziplinarstrafen¹⁾ zu verhängen, d.h. die Dienstaufsicht auszuüben.

B. Entscheidungskompetenz im therapeutischen Bereich

Änderungen in der rechtlichen Position des Anstaltsleiters ergeben sich mithin ausschließlich auf der therapeutischen Ebene²⁾, und zwar vorerst lediglich bezogen auf das Innenverhältnis. Diese Einschränkung ist nicht allein nur deshalb ge-

1) § 4 Hessisches Beamten-gesetz v. 21.3.1962 (GVBl. S. 173) in der Fassung v. 16.2.1970 (GVBl. I S. 110), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.6.1974 (GVBl. I S. 321) und vom 4.9.1974 (GVBl. 1 S. 361) und v. 11.9.1974 (GVBl. I S.441)

2) Müller-Dietz, ZfStrVo 1973 S. 360 ff

boten, weil jedes neue System der Zusammenarbeit zunächst einen längeren Zeitraum notwendig hat, in dem sein Funktionieren beobachtet werden muß, bevor es mit allen Konsequenzen uneingeschränkt zum Tragen kommt; in diesem Zeitraum müssen Fehlerquellen tatsächlicher Art abgestellt werden. Es sind aber auch rechtliche Überlegungen, die die Entscheidungsbefugnis der Teams bzw. der Richtlinienkonferenz mit Außenwirkung im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht angezeigt erscheinen lassen.

Vorab ist darauf hinzuweisen, daß ein Vollzugsgesetz für Jugendliche noch nicht in Kraft ist, so daß eine gültige Rechtsgrundlage für die Delegation einer uneingeschränkten Entscheidungskompetenz in der für den Jugendstrafvollzug geeigneten Form noch nicht gegeben ist.

Die Rechtfertigung der Delegation im Innenverhältnis konnte deshalb gewissermaßen nur im Vorgriff auf die zu erwartende Regelung im Einverständnis mit dem Hessischen Minister der Justiz erfolgen. Allerdings konnte dabei auf die gesetzliche Regelung im Erwachsenenvollzug in § 156 Abs. II StVollzG hingewiesen werden.

Die Einschränkung der Entscheidungskompetenz mit der Maßgabe, daß die getroffenen Entscheidungen der Teams eben nicht unmittelbare Rechtswirkungen nach außen zeitigen, hat ihren rechtlichen Grund darin, den Verurteilten derzeit rechtlich nicht schlechter zu stellen, als er vor der Einführung der neuen Struktur stand. Dies würde aber im derzeitigen Entwicklungsstadium bei der Delegation der uneingeschränkten Entscheidungskompetenz auf die Teamebene bzw. auf die Ebene der Richtlinienkonferenz noch der Fall sein.

Erst mit Inkrafttreten des Vollzugsgesetzes ist für den erwachsenen Gefangenen die Möglichkeit eingeräumt, auch bei Kollektoralentscheidungen das Vollstreckungsgericht anzurufen¹⁾.

1) §§ 97 ff StVollzG; § 97: Gegen eine Maßnahme zur Regelung

Solange aber eine entsprechende Regelung für den Jugendvollzug - möglicherweise durch Einschalten des Vollstreckungsleiters - noch nicht realisiert ist, mußte darauf geachtet werden, daß dem Gefangenen die Möglichkeit erhalten blieb, ihn beschwerende Entscheidungen nach §§ 23 ff. EGGVG von unabhängigen Richtern überprüfen zu lassen. Dies wäre nicht möglich, wenn lediglich Entscheidungen der Teams vorlägen. Nach der ständigen Rechtssprechung der Oberlandesgerichte¹⁾ ist die Zulässigkeit des Antrags auf gerichtliche Entscheidung nur dann gegeben, wenn eine Maßnahme des Anstaltsleiters oder seines ständigen Vertreters angefochten werden soll. Maßnahmen anderer Bediensteter oder nachgeordneter Institutionen der Anstalt können nicht mit einem Antrag auf gerichtliche Entscheidung angegangen werden, bevor sie nicht durch den Anstaltsleiter bestätigt und damit als Entscheidung des Anstaltsleiters anzusehen sind. Deshalb ist im gegenwärtigen Zeitpunkt noch jede Entscheidung der Teams oder der Richtlinienkonferenz durch den Anstaltsleiter bzw. seinen Vertreter förmlich abzuzeichnen, um sie als seine eigene auch nach außen erkennbar werden zu lassen. Dies kommt in § 1 der nachfolgend wiedergegebenen neuen Anstaltsverfassung²⁾ deutlich zum Ausdruck:

Hiernach "hat" der Anstaltsleiter die Konferenzentscheidungen gegenzuzeichnen. Diese Passage gewährleistet aber auch gleichzeitig - und darauf soll noch einmal deutlich hingewiesen werden -, daß der Anstaltsleiter an die ohne Rechtsfehler ergangene Kollegialentscheidung gebunden ist.

Demgegenüber steht der uneingeschränkten Delegation die Befürchtung nicht entgegen, daß manche Bedienstete des Auf-

einzelner Angelegenheiten kann gerichtliche Entscheidung beantragt werden. § 98: ... über den Antrag entscheidet die Strafvollstreckungskammer.

1) OLG Frankfurt, Beschluß v. 30.3.1976 (3 VAS 87/75) zu 4400/4 - TV/3-619/76, HMdJ v. 22.4.1975; OLG Zweibrücken, Beschluß v. 4.2.76 (VAS 2/76) zu Erl. HMdH v. 23.2.76 (4400/4 - TV/3 - 216/76)

2) siehe Seite 102 ff.

sichtsdienstes wegen ihrer mangelnden Ausbildung zunächst Schwierigkeiten haben, an der Entscheidungsfindung optimal mitzuwirken. Sie werden - wie dargelegt - auch anstaltsintern in einer begleitenden Ausbildung auf ihre neue Aufgabe eingestimmt. Vielmehr liegt gerade in der gemeinsamen Beteiligung der große Gewinn, daß jedes Teammitglied, also auch der Aufsichtsbeamte, auf seine Weise seine Informationen in das Team einbringen kann und gemeinsam aufgrund der dann reichlich vorhandenen Informationsbasis eine Entscheidung gesucht wird.

Rein rechtlich gesehen sind insoweit erkennbare Nachteile im Vergleich zu irgendeiner anderen Handhabung eben nicht zu verzeichnen. Das Suchen nach der sinnvollen Entscheidung bzw. das Gegeneinander-Abwägen positiver und negativer Informationen entspricht im juristischen Sprachgebrauch der Ermessensausübung¹⁾. Hierbei kommt es im wesentlichen darauf an, daß die an der Entscheidung Beteiligten eine genügend breite, aber einschlägige Informationsbasis schaffen und die notwendige Sorgfalt bei der Prüfung der Detailinformationen walten lassen. Dann halten sie sich im Rahmen ordnungsgemäßer Ermessensbetätigung und gleiten nicht in mißbräuchliche oder den Ermessensbereich überschreitende Maßnahmen ab. Dies gewährleistet im übrigen die Rechtskontrolle des Anstaltsleiters.

Außerdem hat der Gefangene die Möglichkeit, eine Überprüfung der so getroffenen und vom Anstaltsleiter gegengezeichneten Entscheidung sowohl vom Hessischen Minister der Justiz im Wege der Dienstaufsicht als auch durch das Oberlandesgericht herbeizuführen.

Der übrige Bereich ordnungsgemäß ausgeübten Ermessens ist gerichtlich nicht überprüfbar³⁾. Alle auf therapeutischer Ebene

1) Vgl. Zum Ermessen und seiner Ausübung: Wolff-Bachof I, S. 31, II, S. 194 ff; Forsthoff, Lehrbuch S. 84; Erichsen-Martens S. 151 ff.

2) Nr. 195 DVollO, § 23 ff EGGVG

3) DÖV 1962, 527; JUS 1964, 166; Jesch, AöR 82, 163 ff; Bachof, JZ 55, 97 ff; BVerfGE Bd. 155, 153; 8, S. 192,

zu treffenden Ermessensentscheidungen können infolgedessen ohne Gefahr schwerwiegender Exzesse auf die Teamebene übertragen werden, auf der, wie bereits dargelegt, die meisten Informationswerte gespeichert sind und die infolgedessen die breiteste Basis für eine sachgerechte Entscheidung darstellt.

Entsprechendes gilt auch für die Arbeit der Richtlinienkonferenz¹⁾. Die hier zu entscheidenden Fragen entstammen ebenfalls dem therapeutischen Bereich und sind weitgehend dem Ermessensbereich zugeordnet. Sofern es im Einzelfall erforderlich sein sollte, kann der Anstaltsleiter im Rahmen der Anstaltsverfassung den Ermessensbereich darlegen und abgrenzen, innerhalb dessen Peripherie die Entscheidung gefunden werden muß.

Wenn auch das Rockenberger Modell aus den dargelegten Gründen in der gegenwärtigen Phase noch nicht soweit gehen kann, die uneingeschränkte Entscheidungsbefugnis mit Außenwirkung auf die einzelnen Teams zu delegieren, ist doch der erste und entscheidende Schritt insoweit getan, als die Entscheidungskompetenz im Innenverhältnis bereits übertragen worden ist.

C. Rechtskontrolle - Vetorecht²⁾

Dem Anstaltsleiter steht gegenüber Beschlüssen der Richtlinienkonferenz, die gegen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften verstoßen, ein Vetorecht im Rahmen seiner Dienstaufsicht ebenso zu, wie gegen rechtlich nicht haltbare Teambeschlüsse. Dasselbe gilt bei solchen Entscheidungen, von denen er der Auffassung ist, daß sie sich nicht im Rahmen des Ermessensspielraumes bewegen und mithin ein Ermessensmißbrauch oder eine Ermessensüberschreitung darstellen.

272, 11, 139, 165, 125, 20, 27, 29, 34, 359 Bd. 15, 39;
Eyermann-Fröhler § 42 RN 51; § 114 RN 9

1) vgl. Müller-Dietz, Entscheidungsrecht u. Mitverantwortung, ZfStrVo 1971/72, S. 329

2) Müller-Dietz, a.a.O. S. 340, 339

Entscheidungen der Teams, die nach seiner Auffassung rechtsfehlerhaft ergangen sind, verweist er zunächst zur erneuten Prüfung in die Teams zurück. Bleibt das zuständige Team bei seiner Auffassung, macht der Anstaltsleiter von seinem Veto-recht Gebrauch und gibt die Angelegenheit an die Richtlinien-konferenz weiter. Kommt es auch hier zu keiner anderen Ent-schließung und bleibt der Anstaltsleiter bei seinem Veto, legt er die Angelegenheit dem Hessischen Minister der Justiz zur endgültigen Entscheidung vor¹⁾. Alle anderen Maßnahmen werden von ihm akzeptiert und nur im Falle der Beschwerde eines Gefangenen an die Aufsichtsbehörde weitergeleitet.

Eine solche Handhabe war bisher noch nicht erforderlich. Dies gibt den einzelnen Mitgliedern, insbesondere den Mitgliedern des Aufsichtsdienstes, die berechtigte Genugtuung, bei der Mitwirkung im Entscheidungsprozeß erfolgreich zu sein. Das Interesse an der Arbeit wurde auf diese Weise stark geför-dert, und die ursprünglich gerade vom Aufsichtsdienst geäußer-ten Zweifel an dem neuen Projekt konnten weitgehend beseitigt werden.

In diesem Zusammenhang soll noch als Erfahrungstatsache ange-merkt werden, daß in der alltäglichen Arbeit gar nicht so vie-le Probleme vorkommen, die derart kontrovers diskutiert werden, daß sie bei gebotener Ernsthaftigkeit nicht einer sinnvollen und einvernehmlichen Regelung zugeführt werden könnten. För-derndes Element ist hier die integrierende Kraft der Sachzwän-ge. Es wirkt sich sicherlich auch der wichtige Umstand positiv aus, daß die Strukturveränderung die gesamte Anstalt berührt und nicht nur partiell wirksam lediglich einige Bedienstete einbezieht, die Überzahl aber ausklammert.

1) vgl. hierzu Müller-Dietz, a.a.O. S. 340

IX. Problem der Endentscheidung¹⁾

Dem Anstaltsleiter blieb es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt erspart, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen. Er brauchte also bisher noch kein Problem mit unüberbrückbaren Schwierigkeiten zwischen ihm und der Richtlinienkonferenz an die Aufsichtsbehörde abzugeben. Mithin ist auch die in der Literatur bisweilen angesprochene Frage, wer die letzte Entscheidung zu treffen habe bei einem unüberbrückbaren Dissens zwischen Anstaltsleiter und Richtlinienkonferenz, der Minister der Justiz oder das Oberlandesgericht bzw. das neu zu bildende Vollstreckungsgericht, eigentlich nur von theoretischer Bedeutung. Ihre Problematisierung erscheint akademisch. Aus der Perspektive des Gefangenen muß in einem Rechtsstaat für ihn jederzeit die Möglichkeit gegeben sein, gegen eine ihn in seinen Rechten beeinträchtigende Maßnahme ein unabhängiges Gericht anzurufen. Diese Möglichkeit ist ihm in vollem Umfange erhalten geblieben. Legt der Anstaltsleiter nämlich letztlich gegen einen den Gefangenen begünstigenden Beschluß der Richtlinienkonferenz sein Veto ein, so bedeutet dies für den Gefangenen eine Negativentscheidung des Anstaltsleiters. Dagegen aber kann er das Oberlandesgericht gemäß §§ 23 ff. EGGVG anrufen, sowie im Wege der Dienstaufsicht eine Überprüfung des Hessischen Ministers der Justiz herbeiführen oder eine Petition an den Hessischen Landtag einreichen. Sofern eine die Allgemeinheit betreffende Regelung auf therapeutischer Ebene streitig bleibt, entscheidet hierüber die vorge setzte Behörde, also der Hessische Minister der Justiz, dies deshalb, weil derartige Maßnahmen, die keine Einzelentscheidungen darstellen, als Vollzugsmaßnahme Teil der Vollzugsverwaltung sind, die der Dienstaufsicht der Aufsichtsbehörde unterliegen.

Die Frage nach der Endentscheidung taucht mithin als Problem in der Praxis nicht auf.

1) vgl. Müller-Dietz, a.a.O. S. 340

X. Problem der Verantwortungskompetenz

Die in der Literatur ebenfalls aufgeworfenen Bedenken, die Einführung einer Konferenzverfassung bringe eine für einen Rechtsstaat nicht vertretbare Unsicherheit mit sich, da für eine Fehlentscheidung niemand zur Verantwortung gezogen werden könne, klingt aus der Sicht des Praktikers wenig überzeugend.

Kollegialentscheidungen, ob sie im Team oder in der Richtlinienkonferenz getroffen werden, entheben keineswegs den einzelnen Beteiligten von seiner persönlichen Verantwortung, soweit es um die Stimmabgabe geht. Trägt eine Abstimmung eine fehlerhafte oder rechtswidrige Entscheidung, kann sich kein Beteiligter mit "der Bindungswirkung" entlasten, da es für jeden die Möglichkeit gibt, seine gegenteilige Auffassung zu Protokoll zu geben. Dazu ist er aufgrund seiner Dienstpflicht ebenso gehalten, wie Maßnahmen zu ergreifen, die eine ihm bekannte rechtswidrige Entscheidung zu verhindern geeignet sind, beispielsweise durch Anzeige bei der Anstaltsleitung.

Schwierigkeiten hinsichtlich der Ermittlung der persönlichen Verantwortlichkeit werden sowohl bei den Teams als auch in der Richtlinienkonferenz dadurch behoben, daß eine Niederschrift¹⁾ über jede Sitzung eingeführt wird, die die Beteiligten, den Werdegang und den tatsächlichen Verlauf der Sitzung offenbart. Es entstehen mithin weder aus der beamtenrechtlichen noch aus der strafrechtlichen Betrachtungsweise Schwierigkeiten oder gar Unsicherheiten. Es ändert sich insofern auch gegenüber dem früheren Zustand zum Nachteil nichts, da auch der Beamte, der dem Anstaltsleiter früher eine falsche Auskunft gegeben hatte, auf die dieser dann eine rechtswidrige Maßnahme gestützt hatte, in gleicher Weise disziplinarrechtlich und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden konnte²⁾.

1) Müller-Dietz, a.a.O. S. 336

Abgesehen davon unterliegt jede Entscheidung der Rechtskontrolle des Anstaltsleiters, so daß auf jeden Fall seine Verantwortlichkeit für - allerdings kaum vorstellbare - folgenreichere rechtswidrige Entscheidungen auf therapeutischer Ebene gegeben ist.

Notwendige Sofortentscheidungen werden auf der Ebene des Anstaltsleiters von diesem, im übrigen von dem zuständigen Beamten getroffen. Die Kontrolle einer solchen Entscheidung erfolgt über die Richtlinienkonferenz.

Die Verfassung der JVA Rockenberg, die die Abkehr von der hierarchischen Anstaltsstruktur und die Schaffung eines Systems kollegialer Mitverantwortung zum Gegenstand hat, stellt sich nunmehr wie folgt dar:

XI. Anstaltsverfassung

§ 1 Anstaltsleiter

Der Anstaltsleiter vertritt die Anstalt nach außen. Er trägt die Verantwortung für den Vollzug. 1)

Soweit Entscheidungen von der Richtlinien- oder Wohngruppenkonferenz oder von einzelnen Bediensteten getroffen werden, hat der Anstaltsleiter im Rahmen seiner Dienstaufsicht stets dann ein Vetorecht, wenn Rechts- oder Verwaltungsvorschriften verletzt worden sind; im übrigen bestätigt er die getroffenen Entscheidungen.

§ 2 Richtlinienkonferenz

1. Die Richtlinienkonferenz ist zuständig für:

- a) den Erlass allgemeiner Richtlinien über die Gestaltung des Vollzuges;
- b) die Schlichtung von unterschiedlichen Auffassungen zwischen den Teams;

1) Entsprechend der aufgezeigten gegenwärtigen Rechtslage

- c) die Weiterentwicklung der Anstaltsstruktur
 - d) die Beschlußfassung über die Erziehungspläne als Zugangskonferenz,
 - e) die Beschlußfassung über Hausstrafen bei schwerwiegenden Verfehlungen als Disziplinarkonferenz.
2. Der Richtlinienkonferenz gehören - auch als Hausstrafenkonferenz - an:
- der Anstaltsleiter als Vorsitzender,
 - der ständige Vertreter des Anstaltsleiters, zugleich als Verwaltungsdienstleiter,
 - der Arbeitsleiter,
 - der Vollzugsdienstleiter,
 - ein Lehrer,
 - ein Vertreter der Psychologen,
 - ein Vertreter der Sozialarbeiter,
 - je ein Vertreter der Teams.
3. Der Richtlinienkonferenz als Zugangskonferenz gehören mindestens an:
- der Anstaltsleiter oder sein Vertreter als Vorsitzender,
 - der Arbeitsleiter,
 - je ein an der Zugangsuntersuchung beteiligter Psychologe, Lehrer und Sozialarbeiter,
 - ein Vertreter des aufnehmenden Teams.
4. Für die jeweils genannten Mitglieder besteht Anwesenheitspflicht.
5. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Anstaltsleiters den Ausschlag.

§ 3 Wohngruppenkonferenz (Team)

1. Die Wohngruppenkonferenz ist zuständig und verantwortlich für
- a) die Behandlung der ihr zugeordneten Jugendlichen, insbesondere für:
 - aa) die Entscheidung über Erziehungsmaßnahmen allgemeiner Art

- bb) die Entscheidung über Arbeitsplatzwechsel unter Beteiligung des Arbeitsleiters,
 - cc) die Entscheidung über die Teilnahme an Veranstaltungen der Weiterbildung unter Beteiligung der zuständigen Fachdienste,
 - dd) die Entscheidung über den Verkehr mit der Außenwelt (Besuch, Schriftverkehr, Paketempfang, Ferngespräche, Ausführung, Ausgang, Urlaub) sowie über Außenarbeit und Freigängereinsatz,
 - ee) die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Hausgeld, Rücklage und Eigengeld,
 - ff) die Entscheidung über notwendige Entlassungsvorbereitungen,
 - gg) die Stellungnahme in Gnaden- und Vollstreckungsangelegenheiten,
 - hh) die Mitwirkung bei Disziplinarmaßnahmen geringfügiger Art,
 - b) die Ausgestaltung des Gruppenlebens in der Wohngruppe,
 - c) den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Teammitgliedern und die Mitwirkung bei der Dienstplangestaltung.
2. Der Wohngruppenkonferenz gehören der Sozialarbeiter, die ständigen Gruppenbeamten und bei Entscheidung zu Abs. 1 a) auch die jeweils mit der Behandlung und Betreuung des Jugendlichen besonders befaßten Mitarbeiter, vor allem die Werkbeamten und Lehrer, an.
3. Ehrenamtliche Mitarbeiter, die sich intensiv mit einem Jugendlichen befaßt haben, sollen gehört werden.
4. Die Wohngruppenkonferenz ist bei Anwesenheit von mindestens 3 Mitgliedern beschlußfähig.
5. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen. Abweichende Meinungen sind zu protokollieren.
- Ordnung für die Wohngruppen-Konferenz
1. Jede Gruppe soll sich im Zeitraum von 2 Wochen einmal treffen. Häufigeren Zusammenkünften steht nichts im Wege. Eine Gruppensitzung muß jedoch von jeder Gruppe im Monat durch-

geführt werden. Die Sitzungszeitpunkte bestimmen die Gruppen selbst. Es ist darauf zu achten, daß nicht zwei Gruppen zur gleichen Zeit tagen.

2. Die Teilnahme an anberaumten Gruppensitzungen ist Dienst. Anfallende Mehrstunden werden angeordnet und als Überstunden vergütet¹⁾
3. Jede Gruppe hat einen Vorsitzenden und einen Protokollführer, die sie zu jeder Sitzung reihum bestellen kann. Auch der Vertreter des Teams in der Richtlinienkonferenz kann für einen längeren Zeitraum, aber auch zu jeder Sitzung, reihum neu bestellt werden. Alle Gruppenmitglieder sind gleichberechtigt²⁾. Die wichtigen Tagungsordnungspunkte für die nächste Sitzung sollen auf der jeweils vorangehenden Sitzung festgelegt werden.
4. Die getroffenen Einzelentscheidungen sind dem Anstaltsleiter zur Gegenzeichnung vorzulegen. Die Durchschrift der Protokolle ist ihm zur Sammlung zu übergeben.
5. Jedes Gruppenmitglied ist berechtigt, sich die zusätzlichen zur jeweiligen Entscheidung erforderlichen Informationen durch Akteneinsicht zu beschaffen.
6. Jede Gruppe soll sich selbst ihren Dienstplan erarbeiten, der - soweit möglich - von dem Dienstplankoordinator bei der Aufsichtsdienstleitung im Rahmen der Aufstellung des Gesamtdienstplanes zu berücksichtigen ist. Der Zeitraum zwischen den einzelnen Gruppensitzungen muß von den Gruppendienstplanmäßig überdacht werden.

1) Mündliche Genehmigung durch den Staatssekretär im Hessischen Justizministerium v. 1.3.1974

2) Franke, Führungsstile, ZfStrVo 1972, 1-5; vgl. Ruprecht, Teamarbeit der Vollzugsbediensteten, ZfStrVo 1973, 76-82

Die Problematik der Entscheidungs- und Verantwortungskompetenz in der Zielvorstellung läßt sich an einem der Chemie entlehnten Beispiel verdeutlichen.

Die ins Außenverhältnis tretende, rechtswirksam zustandegewordene Entscheidung soll zu diesem Zweck mit einer aus zwei Elementen bestehenden chemischen Verbindung (z.B. Na Cl, Natriumchlorid) verglichen werden.

Die Elemente Na und Cl ergeben in ihrer Verbindung das chemische Produkt. Im Vergleich bedeutet dies, daß die im Rahmen der Delegation von einem Team getroffene Entscheidung im Verbund mit dem formalen Element der Rechtskontrolle durch den Anstaltsleiter entsteht.

Die Synthese ist von entscheidender Bedeutung. Sie bezieht sich nicht nur auf den Entstehungsstatbestand der Entscheidung, sondern auch und gerade auf deren Überprüfung durch übergeordnete Instanzen. Jede Überprüfung z.B. durch die Aufsichtsbehörde oder durch das Oberlandesgericht erlaubt nämlich, um beim Beispiel zu bleiben, wiederum die Analyse, d.h., die Möglichkeit, die Einzelelemente zutage zu fördern.

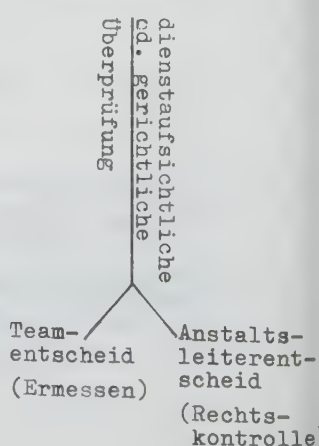
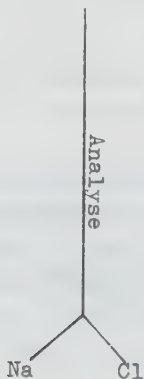
Dadurch wird das Problem der Verantwortungskompetenz insofern entwirrt und gelöst, als nunmehr eine getrennte und eigenständige Wertung sowohl der materiellen, von dem jeweiligen Team getroffenen und von seinen Mitgliedern zu vertretenden Entscheidung als auch der durch den Anstaltsleiter durchgeführten und von ihm zu vertretenden Rechtskontrolle erfolgen kann.

Na + Cl = Na Cl Team- + Rechts- = Maßnahme

entscheid

Rechts-
kontrolle
des Al

= Maßnahme



Außenwelt Vollstreckungs- HMDJ

leiter

Personal-, Verwaltungs-
u. Sicherheitsbereich

Anstaltsleiter

Therapeutischer Bereich

Richtlinienkonferenz
Zugangskonferenz
Disziplinarkonferenz

Vertreter der Fachgruppen

1 Vertreter je Team

Seelsorger

Anstaltsarzt, Sanitätsdienst

Psychologen

Sozialdienst

Lehrer

Werkdienst

Sicherheits- u. Ordnungsdienst

Verwaltung

Fachkonferenzen

Team
(mit

Team
Wohn

Team
rump

Team
nkonz

Team
srenz

Team
en)

gruppen

hng

nen

ber

ber

5. Abschnitt: Empirische Erkenntnisse aus dem Rockenberger Modell

I. Entstehungsgeschichte des Rockenberger Modells

Die Umsetzbarkeit der als Rockenberger Modell dargestellten Konzeption der Behandlung im Jugendvollzug hing im wesentlichen davon ab, daß es gelang, die Bedienstetenschaft zu überzeugen, trotz der überkommenen traditionellen hierarchischen Struktur nunmehr eine neue Form der Zusammenarbeit zu wagen.

Nach ihr mußte das gesamte Anstaltsgefüge ausgerichtet werden¹⁾. Auf gar keinen Fall erschien es sinnvoll, die neuen Konturen vorerst probeweise nur auf einen Teil der Anstalt zu beziehen. Ein solches Unterfangen wäre zum Scheitern verurteilt gewesen; ähnliche Unternehmen in anderen Anstalten beweisen dies. Eine durch eine partielle Änderung der Vollzugsarbeit hervorgerufene Insel ist nach einiger Zeit nicht mehr in der Lage, die Brandung von Neid, Mißgunst und Hänseleien der übrigen Gefangenen wie auch der Bediensteten gegenüber den Mitarbeitern und Gefangenen des neuen²⁾ Vollzuges abzuweisen. Sonderregelungen stören den allgemeinen Dienstbetrieb. Diese Skepsis herrschte auch bei den Bediensteten der Justizvollzugsanstalt Rockenberg vor. Sie verwiesen mit Recht darauf, daß eine bereits früher einmal mit 20 Verurteilten unternommene Gruppenarbeit unter der Leitung eines externen Wissenschaftlers nicht sehr glücklich praktiziert worden sei und sich infolgedessen auch nicht hat durchsetzen können.

Unter diesen Umständen war es notwendig, alle Bediensteten der Anstalt mit der Zielvorstellung der Umstrukturierung ver-

1) Im Ergebnis auch: Müller-Dietz, Entscheidungsrecht und Mitverantwortung im kommenden Strafvollzugsgesetz, ZfStrVo 71/72 S. 327 ff

2) Mein Vorgänger, Prof. Böhm, empfahl, den Wechsel in der Anstaltsleitung als natürliche Zäsur zur Umstrukturierung auszunutzen.

traut zu machen und sie zu einer Diskussion, in der sie ihre Bedenken artikulieren konnten, zusammenzurufen. Besonders sinnvoll erwies es sich dabei, das zähe Ringen um die Konzeption außerhalb der Anstalt zu beginnen, um so rein örtlich eine Abschwächung der psychischen Zwänge des Bestehenden¹⁾ während der ersten Darstellung und Erörterung zu erreichen.

Rund 75 % der Bediensteten nutzten die ihnen angebotene Informations- und Mitsprachemöglichkeit.

Trotz nicht unbedeutender Widerstände beschloß die Mehrheit der Erschienenen ein sogenanntes "Organisationsteam" zu wählen, bestehend aus einem Vertreter des Aufsichtsdienstes, der Aufsichtsdienstleitung, des Werkdienstes, der Pädagogen, der Sozialarbeiter, sowie der Verwaltung. Im übrigen sollte jeder interessierte Bedienstete, soweit es seine Arbeitszeit erlaubte, die Möglichkeit haben, an den Sitzungen des Organisationsteams teilzunehmen und zu Wort zu kommen. Dies wurde dadurch gewährleistet, daß neben jedem ständigen Vertreter noch ein sogenannter "freier Stuhl" zur Verfügung gehalten wurde. Jeder Fachkollege, der glaubte, einen wichtigen Gedanken beibringen zu können, nahm diesen Stuhl in Anspruch. Ihm wurde dann von dem ständigen Mitglied das Wort überlassen. Über das Prinzip des "freien Stuhls" wurde erreicht, daß zu keiner Zeit jemand sagen kann, er habe keine Gelegenheit gehabt, auf den Gang der Entwicklung Einfluß zu nehmen.

Das Organisationsteam oder auch "Urteam", wie es bald von den Bediensteten genannt wurde, arbeitete nach einer klar überschaubaren Geschäftsordnung, die es in der ersten Sitzung selbst ausgearbeitet hatte. Darin war u.a. festgelegt, daß sich die Mitarbeiter einmal wöchentlich für etwa 1 1/2 Stunden in der Anstalt treffen. Die Einzelergebnisse mußten in Protokollen festgehalten und an jeden Bediensteten der Anstalt

1) Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, S. 250: Der Status quo hat immer die Vermutung der Legitimität und des allgemeinen Konsenses für sich.

zum Nachlesen ausgehändigt werden. Das Organisationsteam führte seine Gespräche ohne Diskussionsleiter; das Bestreben, Konsens herbeizuführen, stand im Vordergrund. Nur soweit sich dieser im Einzelfall absolut nicht erreichen ließ, war Abstimmung mit einfacher Mehrheit vorgesehen, wobei Stimmengleichheit als Ablehnung galt. Abweichende Meinungen wurden jedoch protokolliert. Das Organisationsteam verstand sich als Berater des Anstaltsleiters sowie als Zündmechanismus und Vorbild des Teamgedankens schlechthin.

Eines der schwierigsten Probleme, das das Organisationsteam zu lösen hatte, war die Frage der personellen Zusammensetzung der Stationsteams. Hier war größtmögliche Rücksicht auf die Wünsche der Belegschaft zu nehmen. Um dies zu erreichen, wurde eine Vorschlagsliste einer denkbaren Teamzusammensetzung erstellt, wobei die dienstlichen und - soweit bekannt - individuellen Belange bereits berücksichtigt wurden. Insofern stand die Überlegung im Vordergrund, daß ein Team leichter zusammenwächst, wenn solche Bedienstete miteinander kooperieren, die auch sonst gut zusammen auskommen. Wichtig war es, möglichst viele Aufsichtsbedienstete den Teams einzugliedern und nur wenige für reine Funktionsposten, die ohnehin etabliert und keiner Statusverbesserung bedürftig waren (z.B. Küche, Kammer), vorzusehen, um nicht zwei Kategorien von Aufsichtsbediensteten zu schaffen, die sich auseinanderleben mußten. Über diese Vorschlagsliste wurde von den Betroffenen abgestimmt.

Auch der Gefahr, den Aufsichtsbediensteten zum untergeordneten Mitarbeiter des zunächst noch dominierenden Sozialarbeiters werden zu lassen, mußte bei der Zusammenstellung der Teams entgegengewirkt werden. Deshalb wurde u.a. die Beschlussfähigkeit der Teams in dieser frühen Phase erst bei Anwesenheit von mindestens 5 Mitgliedern vereinbart. Diese Handhabe mußte mit dem Sozialdienst in zahllosen Diskussionen insbesondere in bezug auf die Gleichberechtigung aller Teammitglieder ausgehandelt werden.

Aus nachträglicher Sicht war es gelungen, mit der Einrichtung des Organisationsteams und der gleichzeitigen Möglichkeit für jeden Bediensteten, darin seine Vorstellungen einzubringen, eine Institution zu schaffen, die mit ihrer interdisziplinären Zusammensetzung in der Lage war, innerhalb einer vertretbaren Zeitspanne den Weg für die neue Vollzugskonzeption zu ebnen.

II. Funktionalität

Die bisher gemachte Erfahrung mit dem neuen Konzept läßt den Schluß zu, daß die hier geübte Gruppenbetreuung durch eine Gruppe (Team) tatsächlich geeignet ist, den gesetzlichen Erziehungsauftrag effektiver zu erfüllen.

Durch das Übertragen der Entscheidungskompetenzen im Innenverhältnis auf die Teams ist in der Praxis die von der Wissenschaft geforderte Voraussetzung, daß wichtige, den einzelnen Verurteilten betreffende Fragen nur von solchen Bediensteten entschieden werden, die den Betroffenen in ausreichendem Maße kennen und infolgedessen alle erforderlichen Informationen dem Teamentscheid zufließen lassen, sichergestellt werden. Gleichzeitig ist damit erreicht, daß jeder Bedienstete, der mit dem Verurteilten zu tun hat und deshalb auch selbst in seinem Arbeitsbereich durch die Entscheidung berührt wird¹⁾, an deren Zustandekommen beteiligt ist.

Sind nun aber die Bediensteten an der jeweiligen Entscheidungsfindung beteiligt, die den Gefangenen kennen und die von der zu treffenden Entscheidung berührt werden, ist die Wahr-

1) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 98; Franke, Führungsstile in der demokratischen Gesellschaft, ZfStrVo 1972/73 S. 1-5; Rössler, Institutionelle und individuelle Bedingungen sozialpädagogischen Handelns im Erziehungsheim, Theorie und Praxis der sozialen Arbeit - Bd. 24 (1973) S. 373-392; Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 19, 98; Ruprecht, Teamarbeit der Vollzugsbediensteten, ZfStrVo 1973 S. 76-82; Hohmeier, Aufsicht und Resozialisierung S. 91 ff; Schüler-Springorum, a.a.O. S. 238

scheinlichkeit, daß die richtigen Überlegungen angestellt werden, wesentlich größer¹⁾. Das zeigt bereits der Umstand, daß im bisherigen Verlauf nur wenige Entscheidungen eines Teams vom Anstaltsleiter deshalb aufgehoben werden mußten, weil formale Voraussetzungen für die Urlaubsgewährung nicht erfüllt waren. Selbst wenn der Anstaltsleiter die beteiligten Bediensteten vor einer zu treffenden Entscheidung um eine Stellungnahme bäte, so fiel diese Stellungnahme erfahrungsgemäß relativ dürftig aus, obendrein würde ein erheblicher Mehraufwand an Arbeit erforderlich. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Erkenntnis, daß Mitarbeiter, die gemeinsam eine sie in ihren Auswirkungen treffende Entscheidung gefunden haben, zu dem gewonnenen Ergebnis stehen werden, sie freudiger verantworten und vor allem mehr zum Gelingen beitragen, als wenn nur Befehle ausgeführt werden.

Die Teamarbeit wirkt sich aber nicht nur für die Verbesserung der zu treffenden Entscheidungen selbst positiv aus, sondern auch für die Wohngruppe der Gefangenen ergeben sich nennenswerte Vorteile.

Gegenüber der bisherigen Praxis steht dem Jugendlichen im Entwicklungsprozeß von 14 - 18 Jahren nicht ein anonymer, unüberschaubarer Behördenapparat, sondern eine klar übersehbare Zahl von Bezugspersonen gegenüber, zu denen er - wie die Erfahrung zeigt - im Laufe seiner Strafzeit ein stabilisierendes Vertrauensverhältnis²⁾ entwickelt. Wenn diese Bindung auch nicht zu allen Teammitgliedern gleichermaßen hergestellt wird, so ist doch zumindest ein Bediensteter die "richtige Person", an den sich ein Verurteilter mit all seinen Nöten wendet.

Positiv wirkt sich die Teamarbeit auch auf die beteiligten Bediensteten aus, was wiederum dem Probanden zugute kommt.

1) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 11: Seine (traditioneller Strafvollzug) Reglementierungszwänge und Anpassungstendenzen, sowie die hieraus resultierenden Verhaltensrituale mochten der Institution selbst gedient haben - den in ihr Befindlichen und Tätigen indessen nicht..

2) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 55

Das ständige, verantwortliche "Sich-mit-dem-Klienten-befassen-müssen" verändert die persönliche Einstellung des Aufsichtsbediensteten zum Gefangenen; er sieht in ihm nicht mehr nur das zu bewachende Objekt, vielmehr wachsen mit dem Erkennen der Problematik des zu behandelnden straffälligen Menschen Einsichtsfähigkeit, Wille und Bereitschaft zur Hilfe. Unter Beibehaltung seiner Individualität tritt der Aufsichtsbeamte dem Gefangenen nunmehr mit den im Team herausgearbeiteten Erkenntnissen bewußt gegenüber.

Die für jegliche Erziehung nachteilige, gerade bei Schwererziehbaren oft geübte Praxis des Nachgebens, um durch die Befriedigung der Wünsche scheinbare Ruhe und Wohlverhalten zu erwirken, erfährt bei dem einzelnen Bediensteten eine Steuerung durch den im Einzelfall recht handfest in Erscheinung tretenden "Fraktionszwang" durch die Teamgemeinschaft.

Aus den beiderseits positiv erlebten zwischenmenschlichen Wechselbeziehungen heraus ist das Klima entstanden, in dem therapeutische Arbeit erkennbar verbessert werden konnte¹⁾. So nützt es z.B. nichts, wenn lediglich in einem Vollzugsgesetz der Passus aufgenommen ist, daß der Gefangene an seiner Resozialisierung mitzuwirken verpflichtet ist²⁾. Vorher muß der Vollzug die Einrichtung schaffen, die eine Motivation zu eben dieser Mitwirkung begründet.

Es kann festgestellt werden, daß die Gefangenen seit der Einrichtung der Teams insbesondere den Mitgliedern des Aufsichtsdienstes mit einem wesentlich positiveren Gebaren gegenüber treten als dies bisher der Fall war, weil sie wissen, an wen sie sich im Bedarfsfalle wenden können und weil sie wissen, daß Entscheidungen auch von den Mitgliedern des Aufsichtsdienstes mitbestimmt und mitgetragen werden. Alle Anzeichen spre-

1) vgl. Herborcht, Die Subkultur des Gefängnisses S. 82 ff(zum Begriff der Prisonierung); Opp, Verhaltenstheoretische Soziologie 1972, S. 142-161; ders., Zur Erreichbarkeit des Resozialisierungszieles im Strafvollzug, MSchrKrim 1972, 157-169.

2) Strafvollzugsgesetz, § 4 Abs. 1

chen bereits jetzt dafür, daß die Inhaftierten die Aufsichtsbediensteten nicht mehr in erster Linie aus dem Gesichtswinkel des "besonderen Gewaltverhältnisses" heraus sehen (Gefangener - Bewacher) mit allen negativen Auswirkungen im bezug auf den Erziehungsbereich, sondern daß sie beginnen, den Aufsichtsbediensteten aus seiner sozialen Aufgabe heraus zu akzeptieren. Dieses Verhalten ist zwischen Schülern und Ausbildern in der Schule und im Werkdienst in der JVA Rockenberg bereits selbstverständlich.

Durch die Einrichtung der Teams wurde mithin ein Instrumentarium geschaffen, das in der Lage ist, alle für sinnvolle¹⁾ Entscheidungen im therapeutischen Bereich notwendigen Informationen zusammenzutragen, sie auszuwerten und zu einer konstruktiven Entscheidung zu integrieren und zu konsolidieren.

Darüber hinaus ist gewährleistet, daß die getroffenen Entscheidungen durch dasselbe Instrumentarium überwacht, korrigiert und notfalls zur rechten Zeit wiederum geändert werden können. Dieses "permanente Gefüge" ist in der Lage, die eigene Entscheidung ständig zu reflektieren, in Frage zu stellen und damit immer wieder den Kreislauf von These, Antithese und Synthese im therapeutischen Bereich neu zu schließen.

Somit wurde die eingangs dargestellte Notwendigkeit des sozialpraktischen und sozialstrategischen Einwirkens auf die zu betreuenden Probanden vom Ansatz her bereits Realität.

Die Praxis hat insofern den Beweis für die Richtigkeit und vor allem Realisierbarkeit der theoretisch abgesicherten Systematik geliefert²⁾.

-
- 1) vgl. Vorschläge der Arbeiterwohlfahrt zur Reform des Strafvollzuges (Schriften der Arbeiterwohlfahrt 23) 1970 Denkschrift über die Behandlung von kriminellen und stark gefährdeten jungen Tätern in Vollzugsanstalten (Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. 1970)
 - 2) Müller-Dietz, Probleme S. 97 ff; umfassende Darstellungen der tatsächlichen Weiterentwicklung des Vollzuges in der

III. Vergleichende Wertung

Die Darstellung der Strukturproblematik im Alternativentwurf und in den vom Bund der Strafvollzugsbediensteten entwickelten Mindestprogramm läßt gewisse Parallelen zum Rockenberger Modell durchaus bei beiden erkennen.

Rein äußerlich liegt diese Parallele zum Alternativentwurf darin, daß beide Konzeptionen eine generelle Aufgabendelegation vorsehen. Entscheidungen sollen soweit wie möglich an die Basis verlagert werden. Dort werden Behandlungsteams gebildet.

Eine Parallele zum aufgezeigten Mindestprogramm läßt sich - wahrscheinlich, weil es eben ein Mindestprogramm ist - weniger deutlich als zum Alternativentwurf ziehen. Vergleichbar ist lediglich der Umstand, daß auch hier eine Konferenz als Entscheidungsorgan vorgesehen ist. Sie soll allerdings sowohl Behandlungsfragen als auch verwaltungstechnische Grundsatzfragen erledigen. Ob darin lediglich eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnis von einer Person, nämlich von der des Anstaltsleiters, auf mehrere Personen, die Konferenzteilnehmer, vorgenommen wird, soll nicht weiter untersucht werden.

Im Unterschied zum Rockenberger Modell hingegen, in dem es zwei klar umrissene Entscheidungsgremien mit genau abgegrenzten und auf den ersten Blick erkennbaren Kompetenzen gibt, weist der Alternativentwurf eine Vielzahl von Entscheidungsgremien auf, nämlich das Behandlungsteam, die Wohngruppe, den Abteilungsrat, den Anstaltsrat und schließlich die Anstaltsleitung. Die Kompetenzabgrenzung ist so kompliziert, daß sie selbst unter Zuhilfenahme des Gesetzestextes nur schwer vorzunehmen ist.

Bundesrepublik fehlen entweder oder werden zumindest nicht veröffentlicht. Frankfurter Rundschau v. 27.9.1974: Rockenberg, ein Modell für modernen Justizvollzug; Der Hessische Landtag befaßte sich erstmals mit dem Modellversuch am 7.3. 1975 in der Sitzung des Unterausschusses Justizvollzug (Landtagsprotokoll RA/JV 2/8, 7.3.75)

Der Alternativentwurf selbst gebraucht deshalb oft die Formulierung, "sofern nicht einer anderen Entscheidungskompetenz vorbehalten". Allein aus dieser Sicht ist die Durchsetzung der Vorstellungen des Alternativentwurfs in der Praxis sehr problematisch¹⁾, weil eben ein Verwaltungsapparat nur dann funktionsfähig ist, wenn er in der Struktur einfach gestaltet, leicht überschaubar und eine in sich logische und leicht erfaßbare Systematik beinhaltet. Durch die im Alternativentwurf verwirrend²⁾ vorgegebene Kompetenzspaltung wird deshalb trotz der bis ins Kleinste ausformulierten Regelungen bewirkt, daß das zu delegierende Ermessen mit so viel Unsicherheiten beladen wird, daß es für materiell schöpferische Entscheidungen keinen geeigneten Boden mehr bietet. Das System des Alternativentwurfes ist auch insoweit nicht in sich geschlossen, als es den Fachbereichen kein Feld zur eigenen Meinungsbildung einräumt und nicht gewährleistet, daß Sachzwängen zum Durchbruch verholfen werden kann. Es stellt sich als schwierig zu verwaltender Delegationsmechanismus dar, für den darüber hinaus das notwendige Personal in keiner bundesdeutschen Vollzugsanstalt zur Verfügung stehen dürfte.

Nach Müller-Dietz ist der Alternativentwurf ein sehr deutsches Gesetz, in dem in akribischer Detailmalerei jede Einzelheit geregelt werden soll³⁾.

Aber auch die Einführung einer noch dazu repräsentativ gewählten Anstaltskonferenz, wie im Mindestprogramm vorgesehen, erscheint insofern unvorteilhaft, als die Position des Anstaltsleiters hierin zugunsten des ohnehin meist schon großen Einflusses der Behandlungsfachleute, aber auch der Verwaltungsspezialisten herabgemindert wird.

1) Auch der durchaus wohlwollende Bericht von Gerhardt, Freiheit hinter Gefängnismauern, ZRP 1973, 251-254, bezeichnet den Alternativentwurf als unrealistisch.

2) Müller-Dietz, Probleme des modernen Justizvollzuges S. 74-76; ders., Vollzugsziel und innerer Aufbau der Vollzugsanstalten, ZfStrVo 1975, 204 f.

3) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 68

Es steht zu befürchten, daß hier nur wieder Entscheidungen ohne die unmittelbar Betroffenen gefällt werden. Ein unbestreitbarer Vorteil dieser Konferenzverfassung ist lediglich darin zu erblicken, daß sie möglicherweise organisatorisch müheloser einzuführen wäre. Jedoch ist die Entscheidungsqualität mit ihr nicht zu verbessern.

Wie diese Konferenz nämlich sach- und fachgerecht arbeiten kann, in die Mitarbeiter hineingewählt werden, möglicherweise solche, die mit der Basisarbeit überhaupt nichts zu tun haben, ist nicht erkennbar, zumal nicht nur Richtlinienpolitik getätigt, sondern auch sämtliche Detailentscheidungen im Behandlungsbereich von ihr getroffen werden sollen. Nicht viel anders als in einer absolut hierarchischen Anstaltsstruktur, bei der alles auf den Anstaltsleiter zugeschnitten ist, wird es hier sein, wenn auch ca. 7mal so viele Köpfe mitbestimmen, die aber ebenfalls kaum die erforderlichen Detailinformationen haben, die im therapeutischen Bereich vorhanden sein müssen, wenn der vom Jugendgerichtsgesetz vorgegebene Auftrag auch nur annähernd erfüllt werden soll. Hier scheint lediglich Demokratie um der Demokratie willen versucht zu werden, ohne eine größere Effektivität im eigentlichen Aufgabenbereich erkennbar werden zu lassen.

Eine Vergleichsanalyse zur Strukturproblematik sozialtherapeutischer Anstalten erscheint nicht angezeigt, weil diese Anstalten¹⁾ personell wesentlich besser ausgestattet sind, vor

1) Wilfried Rasch, Formaler Aufbau und Organisationskonzept der sozialtherapeutischen Modellanstalt Düren, MSchrKrim 1974 S. 27 ff; ders., Grundzüge des Dürener Behandlungsprogramms, JVBl. 1971 S. 124 ff; Klüver, K., Gedanken zum Aufbau einer sozialtherapeutischen Anstalt in: Neues Beginnen, Heft 21 (1970) S. 94-97; Hohmeier, J., Sicherung oder Sozialisierung, zur Organisationsstruktur der sozialtherapeutischen Anstalt, Krim J Heft 2 (1970) S. 15-33; Mauch, G., Sozialtherapie und sozialtherapeutische Anstalt S. 71; Stürup, Einige wesentliche Elemente der Einrichtung und des Betriebes einer sozialtherapeutischen Anstalt in: Festschrift für Heinitz 1972 S. 533-544; Sozialtherapie und Sozialtherapeutische Anstalt, hrsg. v. Bundeszusammenschluß für Straffälligenhilfe 1973; Schmidt, G., Theorie und Praxis

allem aber nur eine sehr geringe Probandenzahl, die durchweg bei 30 angegeben wird, zu betreuen haben; da diese Versuche mithin ein "aliud" betreffen, können sie weder verifizierend noch falsifizierend registriert werden¹⁾. Allein der Umstand, daß in der Sozialtherapie ebenfalls ähnliche Strukturen erprobt werden²⁾, soll als Indiz für die Richtigkeit des im Rokenberger Modell eingeschlagenen Weges nicht unbeachtet bleiben.

IV. Erreichbarkeit neuer Konturen im Berufsbild des allgemeinen Justizvollzugsdienstes

Durch die neue Arbeitsmethode in den Teams glaubten sich die Aufsichtsbeamten anfangs gegenüber den Psychologen und Sozialarbeitern sowie den Lehrern im Nachteil, weil sie oft sprachlich nicht mithalten konnten, ihre Einwendungen gegen die Ideen der "akademisch gebildeten" Mitarbeiter angemessen zu formulieren. Im Laufe einer sie überfordernden Diskussion verstummten sie oft, um schließlich unüberzeugt mitzustimmen. Sie fühlten sich zunächst bis zu einem gewissen Grade überfahren und betrachteten dann insoweit die ergangene Entscheidung, an der sie zwar mitgewirkt hatten, doch nicht als ihre eigene.

Um diesem Dilemma auszuweichen, wurde schon daran gedacht, zwar jede Frage im Team sorgfältig zu erörtern, aber die zu fällenden Entscheidungen abwechselnd einem anderen Teammitglied allein zu übertragen. Dadurch hätte erreicht werden sollen, daß sich schließlich jedes Mitglied an eigene Entschei-

der Sozialtherapie im Strafvollzug in: Kriminaltherapie heute, hrsg. v. Müller-Dietz 1974, S. 1-18; Geschwind, Die sozialtherapeutische Anstalt in: Kriminologische Gegenwartsfragen 1974; Heinz/Korn, Sozialtherapie als Alibi 1973 S. 85 ff, S. 133 ff

- 1) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 85
- 2) So in Bad-Gandersheim, Berlin-Tegel, Düren, Erlangen, Hamburg, Ludwigshafen und Hohenasperg, vgl. hierzu G.Schmidt, Theorie und Praxis der Sozialtherapie im Strafvollzug, insbesondere der Verhaltenstherapie in: Kriminaltherapie heute, hrsg. von Müller-Dietz, 1974 S. 1-18

dungen gewöhne; vielleicht wäre auch so insgesamt früher ein Gleichgewicht unter den verschieden ausgebildeten Bediensteten hergestellt worden.

Der Gedanke wurde jedoch nicht weiter verfolgt.

Es stellte sich nämlich bald heraus, daß die anfänglichen Schwierigkeiten nach einer gewissen Zeit immer mehr abgebaut werden konnten¹⁾. Dies lag insbesondere darin begründet, daß die Teammitglieder immer mehr an Erfahrung durch den begleitenden Unterricht gewonnen haben. Sie erkannten, daß im therapeutischen Bereich oft auch ein akademisch gebildeter Mitarbeiter nicht immer das weiß, was im Einzelfall tatsächlich zu tun ist. Es kann im gegenwärtigen Zeitpunkt sogar festgestellt werden, daß die ursprünglich negativen Argumente der Aufsichtsbeamten, die in der These gipfelten, es soll wieder etwas Neues auf den Schultern des Aufsichtsdienstes eingeführt werden, verstummt sind. Die Aufsichtsbediensteten haben zwischenzeitlich erkannt, einen erheblichen Fortschritt in ihrer Arbeit errungen zu haben. Als bedeutendste Nebenwirkung der Teamarbeit verdient nämlich die bisher vergeblich angestrebte Integration des Aufsichtsdienstes in die echte Vollzugsarbeit und damit seine zwangsläufig verbundene Aufwertung besondere Erwähnung.

Die Bedeutung dieser Entwicklung wird klar angesichts der Überlegung, daß das Aufgabenfeld des Aufsichtsbeamten und damit seine Schlüsselposition im Vollzug genau auf der Schnittfläche von Sicherheit und Ordnung einerseits und therapeutischer Arbeit andererseits zu liegen kommt. Trotz dieser Schlüsselposition wurde bisher dem Aufsichtsdienst nicht die notwendige Unterstützung entgegengebracht, er mußte vielmehr allein gelassen handeln, und so entwickelte sich im Laufe der

1) vgl. Mädger, a.a.O. S. 112 ff; Hohmeier, Aufsicht und Resozialisierung S. 36 ff; Leky, a.a.O. S. 1 ff; Gries, a.a.O. S. 1 ff; vgl. Müller-Dietz, Vollzugsziel und innerer Aufbau der Vollzugsanstalt, ZfStrVo 1975 S. 205 ff

Jahre ein immer negativeres Image seines Berufsbildes¹⁾, das oft genug in der Ausdrucksweise "Schließer, Wärter, Bulle, Grüner usw." deutlich wird.

Demgegenüber kann nunmehr beobachtet werden, daß durch die Integration des Aufsichtsbeamten in die echte Vollzugsarbeit eine Änderung der negativen Stigmatisierung in Gang gesetzt ist. Unterstützt wird diese Entwicklung rein äußerlich dadurch, daß die Beamten während ihrer Gruppenarbeit Zivilkleidung tragen dürfen²⁾, aber auch durch entsprechende Presseveröffentlichungen wurde bereits auf die neue Entwicklung, insbesondere auf die Neugestaltung des Berufsbildes des Aufsichtsbeamten hingewiesen³⁾.

Das positive Selbstbild der Mitarbeiter im Aufsichtsdienst wurde zeitweise von den Sozialarbeitern als Schlechterstellung ihrer Position erlebt⁴⁾. Davon kann jedoch keine Rede sein. Zwar ist es theoretisch möglich, daß der Sozialarbeiter von den Aufsichtsbediensteten im Team überstimmt wird; er genießt jedoch im neuen System eine echte Doppelstellung. Außerhalb der Teamarbeit gehört der Sozialarbeiter eindeutig dem Fachdienst an, so daß seine Anerkennung und sein Berufsbild gesichert sind⁵⁾.

-
- 1) vgl. Possehl, Zum Image des Aufsichtsbediensteten im Strafvollzug, in: Selbstbild u. Fremdbild des Aufsichtsbeamten im Strafvollzug
 - 2) mündliche Billigung des Staatssekretärs Werner im Hessischen Justizministerium vom 1.3.1974
 - 3) vgl. Butzbacher Zeitung vom 6.3.1975 sowie Fußnote S.114
 - 4) Müller-Dietz, Sozialarbeit als zentrale Aufgabe der Strafrechtspflege, in: Bew.Hi, Heft 20 (1973) S. 104-125
 - 5) vgl. HMdJ, Arbeitspapier Zur Entlastung der Sozialarbeit in den hessischen Justizvollzugsanstalten (Sachakte des HMdJ)

6. Abschnitt: Weitere Entwicklung und bautechnische Konsequenzen

A. Weitere Entwicklung

Die Weiterentwicklung der neuen Konzeption muß wiederum auf zwei Ebenen gesehen werden, nämlich auf der der Gefangenen und der der Bediensteten.

Soweit man Entwicklung überhaupt vorausplanen kann, sollte in der Zukunft die Betreuung des einzelnen Verurteilten noch mehr im Vordergrund stehen als in der einleitenden Phase. Selbstverständlich ist dabei zunächst an die Bewältigung der jeweiligen Eigenproblematik eines Verurteilten gedacht. Die Verurteilten sollen mithin noch mehr als bisher die Möglichkeit haben, ihre eigenen Sorgen und Schwierigkeiten an einen bestimmten Betreuer heranzutragen, zu dem sie im Laufe ihrer Strafzeit Vertrauen gewonnen haben¹⁾. Die Entwicklung sollte dahin führen, daß ein Proband während der Dauer seiner gesamten Strafzeit sich mit seinen Problemen ausschließlich an ein Mitglied des Teams als Bezugsperson halten kann. Diese sollte bei schwierigen Problemen - gewissermaßen in Patenschaft - selbst an die mitarbeitenden Fachleute für den Probanden und mit ihm herantreten, um dessen Weiterentwicklung in Absprache mit dem gesamten Team sinnvoll zu steuern.

Auf eine so gedachte Entwicklung müssen jedoch die einzelnen Bediensteten in den jeweiligen Teams fachlich allmählich zuwachsen. Hierzu bedarf es insbesondere einer noch eingehenderen, anstaltsinternen Schulung. Diese ist zwar, wie dargelegt, im Gange, kann aber innerhalb kurzer Zeit die Realisierung der beschriebenen Zielvorstellung nicht erreichen, die von den Bediensteten selbst insofern gemachte praktische Erfahrung wird den Weg allmählich mit ebnen helfen.

1) vgl. BT-Drs. 7/918 S. 46 f

Dazu scheint eine Entwicklungsphase nach den bisherigen Erkenntnissen von weiteren ca. 2 bis 3 Jahren erforderlich. Besonders ansprechbar für die aufgezeigte Entwicklung zeigen sich nämlich gerade die Nachwuchsbeamten, die besonders ernsthaft darum bemüht sind, ihr Berufsimago aufzubessern und die dafür auch Lernopfer zu erbringen bereit sind. Demgegenüber lassen die älteren Bediensteten weniger intensive Lernbereitschaft erkennen; ihr Handeln ist häufig von bereits festgelegten Vorstellungen und Erfahrungen bestimmt. Deshalb wird auch eine den Zielvorstellungen entsprechende Mitarbeit der Bediensteten erst dann in vollem Umfang durchschlagen, wenn die durch die jetzige Ausbildung geprägten jüngeren Beamten die tragende Mitarbeitercrew in der Anstalt bilden.

Neben der individuellen Gefangenenbetreuung soll auch darauf hingewirkt werden, daß in den einzelnen Gruppen die Mitverantwortung der Verurteilten geübt und gehandhabt wird. Dies kann zunächst nur in den einzelnen Gruppen geschehen, bevor die Mitverantwortung auf die gesamte Anstalt übertragen wird. Die Verurteilten haben Verhalten in der Gemeinschaft, das nur auf demokratischer Grundlage Bestand haben kann, bisher noch nicht kennengelernt. In den meisten Fällen sind sie, wie bereits dargelegt, in einem höchst autoritären Elternhaus aufgewachsen, das ihnen keine Gelegenheit gegeben hat, eine eigene Meinung zu haben. Diese Begegnung mit der Autorität in der Familie hat sich oft in die Schule hinein fortgesetzt und sich bereits dort zu einem Isolationsproblem für die Betroffenen entwickelt und institutionalisiert, weil eben dort ebenso wie bereits in der Großfamilie ständig Selektionsprozesse stattfanden, die auf jeweilige Isolierung hinausliefen. Jede einzelne Benotung z.B. entscheidet mit darüber, ob man in der Gruppe der Aussichtsreichen bleiben darf oder nach unten zu den Gehandicapten gestoßen wird. "Beständig selektiert der Lehrer in 'in' und 'out'", so formuliert es Richter¹⁾ in "Flüchten oder Standhalten", "er muß bereits aus

1) Horst E. Richter, Flüchten oder Standhalten S. 152

objektiven Gründen unablässig indirekt Isolationsschocks ausstellen". Die Schüler erleben im Lehrer die personifizierte Entscheidungsinstanz über ihr soziales Schicksal. Dies setzt sich bei den Gefangenen in ihrer Entwicklung fort über die Erlebnisse mit dem Jugendamt, der Polizei, dem Richter und schließlich mit der totalen Institution¹⁾ Vollzugsanstalt.

Deshalb ist es geradezu unmöglich, unvermittelt Gefangenen-Mitverantwortung für 14- bis 18jährige Insassen bezogen auf die gesamte Anstalt einzuführen. Vielmehr müssen sie zunächst einmal dahingehend motiviert werden, daß sie nicht nur egoistischen Zielen nachgehen und vor allem ganz und gar nicht ihre Interessen mit der Faust durchzusetzen versuchen. Wenn auch viele in ihrem bisherigen Leben gerade darin eine Überlebenschance in ihrer bisherigen Umwelt sahen, so muß den Verurteilten zunächst klar werden, daß sie ihre Probleme in der Gruppe verbal mit dem Gruppenmitglied zu lösen versuchen, zu dem die Schwierigkeiten bestehen. Erst wenn dies gelungen ist, wird es möglich sein, in allen Gruppen einen Gruppenrat zu wählen; der Gruppenrat sollte in der Lage sein, gemeinsame, die Gruppe berührende Fragen der Institution im Hause vorzutragen, die mit entsprechender Sachkompetenz ausgestattet ist, vor allem aber dem Betreuerteam selbst.

Bereits für den Aufbau eines auf demokratischen Spielregeln beruhenden Gruppenlebens wird eine große Zahl von Lernschritten erforderlich sein.

Wenn es jedoch einmal erreicht ist, daß die einzelnen Gruppen ihre Interessen nach demokratischen Grundsätzen zu handhaben gelernt haben, wird das Instrumentarium der eigenen Gruppe ein nicht mehr wegzudenkendes Übungsfeld darstellen, auf dem sozialintegrierende Verhaltensweisen neben der Bewältigung der jeweiligen Eigenproblematik eines Probanden eingeübt werden können. Die Einrichtung einer auf die gesamte Anstalt be-

1) Leky, a.a.O. S. 9; Goffmann, Asyle S. 15

zogenen Gefangenen mit Verantwortung soll dann den Abschluß der in den Gruppen beginnenden Aufbauarbeit im Gefangenenbereich darstellen.

Dem Hessischen Minister der Justiz wurde im Juli 1977 folgender Bericht vorgelegt, in dem neben der bisherigen Erfahrung auch die Entwicklung angesprochen ist:

"Seit 1974 wurde in der Justizvollzugsanstalt Rockenberg begonnen, den Gruppenvollzug einzurichten und damit einhergehend die hierarchische Anstaltsstruktur im therapeutischen Bereich schrittweise zu verlassen, um überzuleiten zum Konferenzsystem mit Verantwortungsdelegation.

Es ist zu beobachten, daß nunmehr, entsprechend der Vorplanung, die dreijährige Einführungsphase allmählich einer Konsolidierungsphase weicht. Meßbar wird dieser Prozeß an der immer deutlicher werdenden Einsicht des Aufsichtspersonals, daß Behandlungs- und Sicherheitsaufgaben - methodisch einander unterstützend - als Einheit gesehen werden müssen und auch als Einheit leistbar sind.

Der Ansatz für diese Einsicht lag in der sehr nüchternen, mit allen Zweifeln besetzten Erwägung der Aufsichtsbediensteten, durch die zusätzliche Beteiligung am Entscheidungsprozeß ein Stück von der institutionsbedingten Stigmatisierung des Schließers abbauen zu können.

Erwartungsgemäß trug auch das Verhalten der jugendlichen Verurteilten erheblich dazu bei, die Motivation der Aufsichtsbediensteten positiv zu verstärken. Den Verurteilten war bald bekannt, daß die Mitglieder ihrer Betreuergruppe bei der Gewährung von Vollzugslockerungen, z.B. bei Ausgang, Urlaub oder gar vorzeitiger Entlassung gleichberechtigt mitbestimmen konnten. Dies führte zunächst zu 'vorsichtiger' Zurückhaltung der Verurteilten gegenüber dem Aufsichtspersonal, dann aber immer stärker zu sachlichen Berührungspunkten. Die auf diese Weise auf beiden Seiten gesteigerte Gesprächsbereitschaft baute einerseits gegenseitige Aggressionen ab und bedingte andererseits eine sich vergrößernde Vertrauensbasis. Rein äußerlich drückt sich diese Entwicklung bereits darin aus, daß keine Zellen mehr zerschlagen wurden, massive Angriffe auf ständige Stationsbeamte nicht mehr zu verzeichnen waren und die Zahl der zeitweise abzusondernden Verurteilten stark zurückging.

Durch die Einrichtung eines anstaltsinternen Begleitunterrichtes konnte das Interesse der Aufsichtsbediensteten an dem geänderten Vollzugssystem maßgeblich gefördert und gefestigt werden. Die Beamten lernen Verhaltensabläufe beobachten, ihnen werden Gesprächsführungstechniken vermittelt und Motivationsmechanismen aufgezeigt.

In der nunmehr beginnenden Konsolidierungsphase, deren zeitliche Ausdehnung auf ca. 5 Jahre zu denken ist, wird die intensive schulische Betreuung des Aufsichtspersonals anstaltsintern immer mehr im Vordergrund stehen. Die sachliche Notwendigkeit dazu wird auch durch die im kommenden Jahre zu beziehenden Unteraktsgebäude geradezu herausgestellt. Der ausschließlich auf den Gruppenvollzug ausgerichtete Neubaubereich verlangt vom Aufsichtsbediensteten selbständige, eigenverantwortliche Entscheidungen sowohl auf der Behandlungsebene als auch im Sicherheitsbereich.

Durch eine anlaufende wissenschaftliche Begleituntersuchung soll gleichzeitig eine statistisch signifikante Aussage bezogen auf Erfolgs- und Mißerfolgsrelevanz der Vollzugsarbeit herbeigeführt werden. Die erforderliche Datenerhebung ist auf die einzelnen Fachbereiche in der Anstalt aufgeteilt worden. Die bisher lediglich partiell gesammelten Daten ermutigen zur Weiterarbeit im aufgezeigten Sinne.

So ist im Bezug auf Urlaub und Ausgang mit Fug und Recht feststellbar, daß die Ausfallquote eine rückläufige Tendenz aufweist, d.h. zumindest nicht schlechter geworden ist als in früheren Jahren, in denen der gesamte Vollzug im hierarchischen System, zugeschnitten auf die Person des Anstaltsleiters, betrieben wurde." 1)

B. Bautechnische Konsequenzen

Die Erfahrungen mit dem Modellversuch haben die Erkenntnis erneut untermauert, daß Jugendvollzug nicht möglich ist als Massenvollzug in einer großen Anstalt. Vielmehr ist die Aufgliederung der Insassen in kleine überschaubare Gruppen "conditio sine qua non" für eine effektivere Einwirkung auf die Probanden. Wenn dies im alten, panoptischen Zellengebäude der Anstalt provisorisch dadurch möglich wurde, daß durch Abgitterung der einzelnen Zellenflügel Kleingruppen entstanden, so wurde andererseits auch ganz deutlich, daß diese Hilfsmaßnahmen kein Dauerzustand bleiben durfte. Die negative Beeinflussung der gesamten Insassen durch ein paar, meist nur 5 bis 6 Verurteilte, konnte durch eine solche Abgitterung der Zellenflügel nicht verhindert werden. Die gleichzeitige Durchführung des Abendsfreizeitprogramms von 17,30 Uhr bis 20,00 Uhr ermöglicht die Beeinflussung in der aufgezeigten Art und Weise. Dies ist auch durch eine Intensivbetreuung in den Gruppen nicht abzufangen, weil sich spontanes Anschlußverhalten der Jugendlichen derart unmotiviert vollzieht, daß es nicht vorhersehbar ist.

1) Z.B. kehrten alle 53 Urlauber Weihnachten 1977 rechtzeitig in die Anstalt zurück, in den beiden Vorjahren blieben nur 2 Urlauber zu Weihnachten aus.

Zwei Beispiele mögen das verdeutlichen:

Am 6.4.1976 hat ein Gefangener in der Freistunde propagiert, er sei geschlagen worden und wolle zusammen mit zwei Freunden nicht zum Nachteinschluß auf die Zelle gehen; dies unternahmen er und zwei andere 'Gleichgesinnte' tatsächlich. Ohne daß die Parallelgruppe davon wußte, verhielten sich einige Verurteilte dieser Gruppe spontan ebenso und gingen nicht auf ihre Zellen. Dieses jugendliche "größtenteils Mitmachen" ist erfahrungsgemäß vorher weder erkennbar noch steuerbar. Erst als allen Beteiligten angedroht wurde, daß sie mit einer Urlaubs- bzw. Ausgangssperre zu rechnen hätten, wenn sie ihren Sitzstreik fortsetzten, begaben sie sich ebenso spontan auf ihre Zellen und ließen sich widerstandslos einschließen.

Die gleiche Spontaneität war zu beobachten, als ein Gefangener einen Gitterstab in seinem Zellenfenster ausgesägt und auf diese Weise entwichen war. Das "vorhandene Loch" wurde von drei anderen Gefangenen während der abendlichen Freizeit entdeckt. Auch sie entwichen auf diesem Wege, obwohl sie kurz vor der Entlassung standen und von Ausgang und Urlaub pünktlich zurückgekehrt waren. Alle Entwichenen stellten sich allerdings bereits am nächsten Tag freiwillig. Die "Nutznießer" der vorhandenen Öffnung erklärten übereinstimmend und unabhängig voneinander, sie seien lediglich deshalb "abgehauen", weil eben ein "Loch" dagewesen sei. Von einer vorherigen Absprache war also keine Rede.

Um all diese negativen Beeinflussungsmöglichkeiten, bedingt durch bauliche Unzulänglichkeiten, zu vermeiden, wäre es sinnvoll, ausschließlich kleine Anstalten mit einer überschaubaren Insassenstruktur anzustreben. Dies ist jedoch aus finanziellen Gründen nicht zu realisieren. Abgesehen von den baulichen Notwendigkeiten müßte für jede einzelne Vollzugseinheit ein enormer Personalzuwachs eingeplant werden. Denn neben den selbständigen Ausbildungs- und Betreuungseinheiten könnte im Unterbau nicht auf das notwendige Verwaltungspersonal verzichtet werden.

Der Neubau der JVA Rockenberg mußte infolgedessen so geplant werden, daß er trotz der finanziellen Engpaßsituation dem in der Anstalt praktizierten Gruppenvollzug so weit wie irgend möglich bautechnisch entsprach¹⁾. Es wurde eine interdisziplinäre Kommission (sog. Bauausschuß) gegründet, die ein adäquates Neubaukonzept zu entwickeln hatte.

Da die Baukosten für den Neubau nicht wesentlich höher liegen durften als die Sanierungskosten für das panoptische Zellengebäude, war zunächst nur daran gedacht, die bauliche Verselbständigung der einzelnen Gruppen dadurch zu bewirken, daß in einem Hochhaus jede Gruppe auf einer Etage untergebracht werden sollte, einschließlich der notwendigen Sozialräume.

Diese Bauweise wurde aber bald verworfen. Sie eignet sich zwar für ein Sicherungsbauwerk, wie sie die Untersuchungshaftanstalt in Frankfurt/Main darstellt, nicht aber für ein Gebäude, in dem sich normales Leben abspielen soll mit relativ großer Bewegungsfreiheit. Mit einem hochhausähnlichen Baukörper konnte insbesondere nicht die Zielvorstellung verwirklicht werden, jeder Gruppe allein schon durch die Wahl ihrer Unterbringung ein "Zuhause-Gefühl" zu vermitteln. Hierzu ist eine differenziert gestaltete Bauweise unumgänglich.

Da die Hochhausbauweise einerseits zweifelsohne ungeeignet war, mußte auf der anderen Seite aber auch darauf geachtet werden, daß zu errichtende Flachbauten nicht die Form eines ebenfalls ungeeigneten Kasernenbaustils annehmen würden. Hier kämen nämlich die einzelnen Wohnzellen an unüberschaubar langen Fluren zu liegen, der flurletzte Mitbewohner wäre sicherlich schon nicht mehr in der Lage zu überblicken, welche Mitgefangenen am anderen Flurende untergebracht sind. Es dürfte außer Zweifel stehen, daß bei einer solchen Bauweise das Aufkommen eines Gruppenlebens ebenfalls nicht möglich wäre.

1) vgl. Würtenberger, Reform des Strafvollzugs im sozialen Rechtsstaat, JZ 1967 S. 241

Man mußte sich infolgedessen überlegen, wie das finanziell Realisierbare in bestmöglicher Weise mit den Vollzugsvorstellungen in Einklang zu bringen war. Dabei kam der Bauausschuß auf eine hervorragende Idee. Er legte ein langgestrecktes Rechteck als Baukörper zugrunde. Um jedoch von dem bereits erwähnten Kasernenbaustil wegzukommen, wurden die beiden Enden in jeweils 10 Meter Länge in entgegengesetzte Richtung zum Mittelteil des Baukörpers versetzt¹⁾.

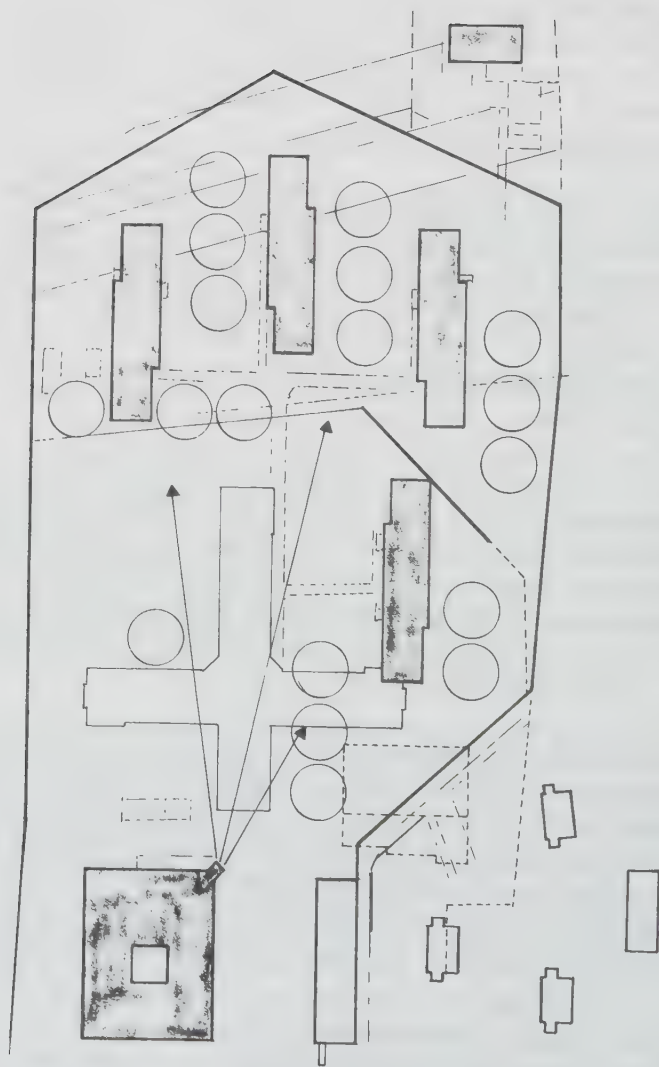
Dadurch konnte einerseits die Gruppenstärke, die mit ca. 20 angesetzt war, noch einmal unterteilt werden. Jeder versetzte Endgebäudeteil nimmt nämlich eine Wohngruppe von 10 Verurteilten auf der gleichen Etage auf. Andererseits wurde der verbleibende Mittelteil des Gebäudes so ausgelegt, daß jeder Kleinwohngruppe alle notwendigen Funktionsräume zugeordnet werden können.

Da alle Häuser über zwei Etagen verfügen, nimmt jedes Haus 4 Kleingruppen auf, so daß die JVA Rockenberg, eingerechnet das bereits vorhandene neue Unterkunftshaus, 10 Wohngruppen im Regelvollzug nach Beendigung des Neubauprojektes²⁾ bilden kann. Die einzelnen Unterakunftsberelche sind farblich voneinander abgesetzt, so daß rein äußerlich bereits differenzierte Wohn- und Behandlungsbereiche entstehen.

Neben den Unterkunftsgeläuden wird noch ein großer Arbeitsbereich neu erstellt. Dieser ist räumlich von den Unterakunftsberelchen entfernt angelegt. Insoweit wurde berücksichtigt, daß für die Verurteilten der tägliche "Weg zur Arbeit" vorhanden ist. Entsprechend den Verhältnissen in der Freiheit konnte so das nicht zu unterschätzende psychologische Moment, die Pfllicht, "zur Arbeit zu gehen", mit "eingebaut" werden.

1) siehe umseitige Abbildung

2) vgl. Graul, Der Strafvollzugsbau einst und heute S. 109 ff, 118 ff; Würtenberger, Reform des Strafvollzugs im sozialen Rechtsstaat, JZ 1967, 241



Zusammenfassend gibt die Grundsteinsurkunde die Zielvorstellung wieder, die durch den Neubau in bezug auf die Vollzugsarbeit realisiert werden soll:

U R K U N D E

An dieser Stelle wurde am 4. Dezember 1975 der Grundstein für den Neubau der Jugendvollzugsanstalt Rockenberg gelegt. Dieser Neubau soll nach den derzeitigen Erkenntnissen optimale Voraussetzungen schaffen, mit differenzierter Gruppenarbeit die Wiedereingliederung straffälliger Jugendlicher in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Dieses Ziel in Menschlichkeit und sozialer Verantwortung zu erreichen, soll Maßstab und Verpflichtung zugleich sein.

Die Grundsteinlegung erfolgte zur Amtszeit des Hessischen Ministerpräsidenten Albert Oswald durch den Hessischen Minister der Justiz Dr. Herbert Günther.

Bauträger ist der Hessische Minister der Finanzen Heribert Reitz. Anstaltsleiter ist Regierungsdirektor Johannes Fleck.

Planung und Ausführung des Neubaus erfolgten durch das Staatsbauamt Friedberg nach den Vorstellungen des Bauausschusses der Justizvollzugsanstalt Rockenberg, angeregt und gefördert von Staatssekretär Horst Werner im Justizministerium.

Rockenberg, den 4. Dezember 1975
der Hessische Minister der Justiz

7. Abschnitt: Vergleichbare Strukturen in anderen bundesdeutschen Jugendstrafanstalten

Die Leiter der bundesdeutschen Jugendstrafanstalten haben sich zur "Arbeitsgemeinschaft" der Leiter der 22 Jugendstrafanstalten in der Bundesrepublik und Westberlin zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft ist Mitglied der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen.

Sinn der Arbeitsgemeinschaft ist es, Erfahrungen der Praxis auszutauschen und den Jugendvollzug weiter zu entwickeln. Alljährlich findet eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft statt, an der im zweijährigen Turnus auch alle Vollstreckungsleiter teilnehmen.

Erstmals wurden 1974 die Zielvorstellungen des Rockenberger Modellversuches auf der damaligen Tagung informatorisch eingebracht. Im Jahre 1975 wurde der Modellversuch auch im Rahmen der Konferenz der Leiter aller niedersächsischen Anstaltsleiter vorgetragen. Ein einschlägiger Gedankenaustausch fand auch statt mit dem Vollzugsleiter der Justizvollzugsanstalt Berlin-Plötzensee.

Im Rahmen der letzten Tagung der Arbeitsgemeinschaft in Ottweiler vom 29.9. - 2.10.1977 wurde von interessanten und bestätigenden Parallelentwicklungen in verschiedenen anderen Jugendstrafanstalten der Bundesrepublik berichtet.

Deutliche Parallelen zum Rockenberger Modell in Wiesbaden, Berlin, Hameln, Vierlande, Adelsheim, Schwäbisch Hall, Bremen-Blockland sowie Ansätze in noch anderen Anstalten bestätigen nicht nur den Trend in der Strukturproblematik der Jugendstrafanstalten zum Gruppenvollzug, verbunden mit gleichzeitiger Verantwortungsdelegation, sondern auch den Modellversuch der JVA Rockenberg selbst.

Eine weitgehende Übernahme der Rockenberger Konzeption durch

die JVA Wiesbaden erfolgte im Benehmen mit dem Hessischen Justizministerium vor etwa 2 Jahren. Damit wurde die Vereinheitlichung der strukturellen Konzeption des Hessischen Jugendvollzuges eingeleitet.

Eine ebenfalls weitgehende Parallele ist in der JVA Berlin-Plötzensee¹⁾ zu verzeichnen, zumindest seit den letzten zwei Jahren²⁾. Dort sind die Insassen in Gruppen aufgeteilt. Die Gruppenstärke ist unterschiedlich, sie reicht von sieben Gruppenmitgliedern bis zu einer Zahl von 22. Jeder Gefangenengruppe ist eine Betreuergruppe zugeordnet. Sie umfaßt 5 ständige Stationsbeamte sowie 1 Sozialarbeiter. Neuerdings werden den Betreuergruppen immer mehr Entscheidungen im therapeutischen Bereich zugewilligt. Über den Betreuergruppen bildet die wöchentlich einmal zusammentretende Konferenz der Gruppenleiter ein der Richtlinien-Konferenz der JVA Rockenberg vergleichbares Gremium.

Als Problem wurde nach der Darstellung des Vollzugsleiters auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft in Ottweiler deutlich die Schwierigkeit erkannt, Schwerpunkte für die Arbeit in den einzelnen Gruppen durchzusetzen, die gleichzeitig Differenzierungsmerkmale darstellen können. Da es solche Schwerpunktprogramme noch nicht gibt, erfolgt die Verteilung der Verurteilten in die Erziehergruppen danach, welcher Gefangene am ehesten zu welchem Gruppenleiter passen könnte. Es erwies sich als sinnvoll, eine Gruppenstärke von ca. 10 Probanden anzustreben.

Diese in der neuen Anstalt in Rockenberg für die einzelnen Gruppen ebenfalls vorgegebene Größenordnung läßt einerseits am ehesten gruppendynamische Prozesse zu und erlaubt andererseits, so auch die in Berlin gemachte Erfahrung, eine von außen herangetragene Einflußnahme durch die Gruppenbetreuer.

1) vgl. Berliner Forum: Was will der Berliner Vollzug
Heft 6/76

2) SenJust VC3, Neue Konzeption für den Jugendvollzug von
Ursula Raddatz/Klaus-D. Grunow

Ähnlich gute Voraussetzungen für die Durchführung optimalen Gruppenvollzuges sollen in dem neuen "Jugenddorf" in Hameln geschaffen werden, das sich in Teilbereichen noch im Bau befindet.

Nach Fertigstellung werden nach der Darstellung des dortigen Anstaltsleiters 570 Haftplätze im Regelvollzug zur Verfügung stehen. Diese sind aufgegliedert in zehn Kleinbereiche, von denen neun jeweils 60 Verurteilte aufnehmen, während eine Einheit 30 Verurteilte zählt. Jede Vollzugseinheit mit 60 Plätzen ist untergliedert in 4 Gruppen mit je sieben und 4 Gruppen mit je acht Mitgliedern. Jeder Gruppe ist ein Erzieher zugeordnet. Dem Vollzugsbereich gehören daneben 2 Sozialarbeiter sowie 5 Fachkräfte des Aufsichtsdienstes an und zwei Werkbeamte.

Den Aufsichtskräften obliegt vordergründig die Wahrnehmung der Hausaufsicht und der Aufsicht in den Werkräumen; das dort durchgeführte handwerkliche Freizeit- und Förderungsprogramm obliegt den Werkmeistern. Vollzugsleiter für einen Großbereich ist entweder ein Jurist, ein Psychologe, ein Psychiater oder Sozialarbeiter.

Alle Entscheidungen im therapeutischen Bereich sollen zukünftig nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der Anstalt von dem Vollzugsleiter nach vorheriger Erörterung zwischen ihm und seinen Mitarbeitern in einer wöchentlich stattfindenden Konferenz getroffen werden. Die gleichberechtigte Mitwirkung aller Konferenzteilnehmer in bezug auf die Abstimmung in streitigen Fällen wird angestrebt.

Die Vollzugsleiterkonferenz wird das übergeordnete Organ bilden.

In Hamburg gibt es zwei Jugendstrafanstalten, Hahnöversand und Vierlande.

In beiden Anstalten sind Bestrebungen zum Wohngruppenvollzug

im Gange. Hahnöversand ist eine halboffene Anstalt, in die ausgewählte, für den halboffenen Vollzug geeignet erscheinende Verurteilte eingewiesen werden. Die Verurteilten sind in einzelnen Unterkunftshäusern in Wohngruppen aufgeteilt. Jeder Wohngruppe ist ein Sozialarbeiter und ein sogenannter Hausvater zugeordnet. Der Hausvater bleibt sieben Tage und sieben Nächte in seiner Gruppe. Ihm obliegt der größte Teil der für die Gruppe zu leistenden Betreuungsarbeit. Verantwortung und Entscheidungsbefugnis sind jedoch weder auf ihn noch auf den Sozialarbeiter bisher delegiert. Beide beraten lediglich gemeinsam darüber, welche Vorschläge sie dem Anstaltsleiter im Einzelfall zum Zwecke der Entscheidung durch ihn unterbreiten. Das Vorschlagsrecht erstreckt sich auf alle Maßnahmen im therapeutischen Bereich.

In Vierlande sind die Insassen ebenfalls in Gruppen aufgeteilt. Eine Gruppe, die als Kleingruppe bezeichnet werden kann, nimmt die besonders Aggressiven auf; in einer anderen Kleingruppe werden die Drogenabhängigen betreut. Einer weiteren Gruppe werden die psychisch Labilen zugewiesen. Die noch verbleibenden Verurteilten leben in der vierten Gruppe; diese ist relativ groß, da die Anstalt insgesamt 120 verurteilte Jugendliche zu betreuen hat.

Daneben gibt es in der Anstalt noch einen U-Haftbereich mit ebenfalls circa 120 Haftplätzen.

Zwar sind für die Betreuung einer Station jeweils ein Sozialpädagoge und ein Beamter des Aufsichtsdienstes "verantwortlich". Für besondere Problemfälle wirkt eine Psychologin mit, für Drogenabhängige ist zusätzlich ein externer Psychotherapeut eingesetzt. Aber trotzdem läßt sich auch hier weder die Delegation echter Entscheidungsbefugnis auf die untere Ebene erkennen, noch gibt es darüber ein demokratisch arbeitendes Entscheidungsgremium. Die an der Basis arbeitenden Erziehungsgruppen unterstehen einem Erziehungsgruppenleiter. Diesem ist lediglich ein Vorschlagsrecht über therapeutische Maßnahmen

an die Überprüfungscommission eingeräumt. Sie besteht aus einem Bediensteten des Vollzugs- und Verwaltungsdienstes als Leiter, einem Psychologen, einem Pfarrer, dem Arbeitsleiter, sowie allen Erziehungsgruppenleitern. Die Entscheidungen der Überprüfungscommission unterliegen der Kontrolle durch den Vollzugsleiter, der bei Meinungsverschiedenheit die Entscheidung des Anstaltsleiters herbeiführt¹⁾.

Die Überwindung des hierarchischen Leitersystems erscheint bei kritischer Betrachtung nicht in vollem Umfang gelungen zu sein. Aber trotzdem kann festgestellt werden, daß erkennbare Ansätze in Richtung Verantwortungsdelegation ausbaufähig angelegt sind.

Die neu erbaute und nunmehr drei Jahre bezogene Justizvollzugsanstalt Adelsheim weist demgegenüber nur in geringem Umfange Ansätze zu demokratischen Strukturen auf. Die eingewiesenen Insassen sind zwar in Untergruppen zu je 25 aufgeteilt. Es gibt auch in den einzelnen Häusern ständige Stationsbeamte, die nur im Bedarfsfalle aushilfsweise andere Dienste zu erledigen haben.

Von den ständigen Stationsbeamten ist aber nur einer in den Gruppen als sogenannter Betreuungsbeamter tätig, der auch in der Hauskonferenz mitwirkt. Die Hauskonferenz besteht aus einem sie leitenden Sozialarbeiter, einem Psychologen, der jedoch für vier Gruppen, also zwei weitere Häuser, zuständig ist. Die Entscheidungen der Hauskonferenz werden dem ständigen Vertreter des Anstaltsleiters über einen Verwaltungsbeamten, der für den gelockerten Vollzug zuständig ist, zur Entscheidung vorgelegt. Eine Delegation von Entscheidungskompetenz ist mithin auf die untere Ebene nicht erfolgt, lediglich eine Art von Vorprüfungsbefugnis. Diese ist hausintern durch eine entsprechende Anstaltsverfassung noch nicht institutionalisiert.

1) Richtlinien für den Strafvollzug an jungen Gefangenen in der Jugendanstalt Vierlande, Hamburgisches Verwaltungsblatt, 49. Jahrgang, S. 91 ff

Abgesehen davon ist die Beteiligung von nur 14 Aufsichtsbeamten als echte Betreuungsbeamte in den Teams von insgesamt circa 80 Aufsichtsbediensteten insofern problematisch, als dadurch zwei Gruppen von Aufsichtsbediensteten geschaffen werden, zumal die Mitglieder der Betreuergruppe nicht am Nachtdienst beteiligt sind und insoweit günstigere Arbeitszeiten in den Augen der übrigen Kollegen haben. Dies kam in den Gesprächen mit den Gruppenbetreuern und auch den übrigen Aufsichtsbeamten eindeutig als innerbetriebliche Mißstimmung zum Ausdruck.

Ein übergeordnetes, in demokratischen Strukturen arbeitendes Gremium gibt es nicht. Lediglich die sogenannte Anstaltskonferenz traditioneller Art, in der die Ressortleiter vertreten sind, entscheidet über Anstaltsprobleme allgemeiner Art. Ihr Wirkungsbereich ist nicht auf übergeordnete therapeutische Probleme abgestimmt.

Entscheidungsorgan letzter Instanz ist auch in therapeutischen Fragen wie bisher ausschließlich der Anstaltsleiter bzw. sein Vertreter.

Trotzdem kann auch für Adelsheim festgestellt werden, daß bereits Wohngruppenvollzug betrieben wird; die Abrundung mit einer im Ansatz zwar erkennbaren, aber noch nicht praktizierten Verantwortungsdelegation ist eine Frage der Zeit¹⁾.

Die zweite in Baden-Württemberg gelegene Jugendanstalt in Schwäbisch Hall hat ebenfalls zwar Wohngruppen eingerichtet, die Frage der Verantwortungsdelegation befindet sich im Stadium der Diskussion.

In der JVA Bremen-Blockland sind demgegenüber beachtliche Bestrebungen im Gange, den sogenannten Wohngruppenvollzug mit Verantwortungsdelegation einzuführen. Während die Bildung

1) vgl. Justizministerium Baden-Württemberg: Der neue Weg, Jugendvollzug in Baden Württemberg

von Wohngruppen weitgehend abgeschlossen ist, erscheint die Realisierung von Verantwortungsdelegation im Anfangsstadium bereits deutlich¹⁾.

In Bremen-Blockland gilt der Grundsatz der Teamarbeit²⁾. Von den ständigen Aufsichtsbeamten sollen sich Wohngruppenleiter herausbilden, die dann in die Betreuungs- und Gruppenarbeit integriert werden³⁾. Damit ist seit dem 1.2.1977, soweit es möglich war, begonnen worden. Die den Gefangenen betreffenden Entscheidungen werden jedoch nicht in den sogenannten Teams, in denen die Aufsichtsbeamten vertreten sind, getroffen, sondern von der sogenannten Abteilungskonferenz. An dieser Konferenz nehmen alle Mitglieder der Abteilung teil. Die Entscheidung muß einstimmig ergehen, ansonsten entscheidet der Anstaltsleiter⁴⁾. Neben der Abteilungskonferenz gibt es die Anstaltskonferenz. Sie wird vom Anstaltsleiter geleitet, es nehmen alle Abteilungsleiter, alle Pädagogen, der Pastor, sowie Vertreter der einzelnen Wohngruppen und des Werkdienstes teil. Vorgesehen ist, daß die Wohngruppen künftig von den Wohngruppenleitern in der Konferenz vertreten werden. Die Anstaltskonferenz ist zuständig für Entscheidungen über die Änderung eines Erziehungsplanes, die Verlegung eines Insassen in eine andere Vollzugsform, z.B. vom gelockerten in den offenen Vollzug, sowie für Änderungen von wichtigen Erziehungsmaßnahmen.

Daneben gibt es die sogenannte Aufnahmekonferenz, die für die Aufstellung des Erziehungsplanes zuständig ist.

Die Struktur der Justizvollzugsanstalt Bremen-Blockland läßt mithin deutliche Ansätze erkennen, Verantwortung auf nachgeordnete Institutionen im Sinne von § 156 Abs. II StVollzG zu delegieren. Die Zielvorstellung der Anstalt lautet: "Nach Mög-

1) Isola, Konzept für die Jugendvollzugsanstalt Bremen Blockland S. 37, 59, 66

2) Isola, a.a.O. S. 59

3) Isola, a.a.O. S. 37

4) Isola, a.a.O. S. 63

lichkeit die Entscheidungskompetenzen der Mitarbeiter zu erweitern"¹⁾.

Wenn auch die bereits in Ansätzen praktizierte Verantwortungsdelegation noch nicht in einer Anstaltsverfassung nachgewiesen wurde, so hat doch in einer weiteren bundesdeutschen Jugendanstalt die in Rockenberg praktizierte Umstrukturierung eine die allgemeine Tendenz bestätigende Parallele erfahren.

In den übrigen bundesdeutschen Jugendanstalten sind darstellenswerte Entwicklungen im Bereich der Verantwortungsdelegation derzeit nicht ersichtlich.

1) Isola, a.a.O. S. 59

Dritter Teil: Normative Konsequenz für ein künftiges Jugendvollzugsgesetz

1. Abschnitt: Grundsatz der optimalen Vollzugsgestaltung und Nr. 103 VVJug

Seit dem 1. 1. 1977 gibt es die bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften für den Jugendstrafvollzug. Die Notwendigkeit zur Schaffung dieser Vorschriften ergab sich aus dem Umstand, daß mit dem Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes für Erwachsene am 1. 1. 1977 die bis dahin auch für den Jugendvollzug subsidiär gültige bundeseinheitliche Dienst- und Vollzugsordnung außer Kraft trat.

Es stellt sich die Frage, ob die Anstaltsstruktur in den bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften eine Regelung gefunden hat, die der in der Praxis gewonnenen Erkenntnis zur Effektivierung des Jugendvollzuges auf der normativen Ebene entspricht. Dabei kann unbeachtlich bleiben, daß es sich um Verwaltungsvorschriften und nicht um gesetzliche Bestimmungen handelt.

Der Eindruck, die Verwaltungsvorschriften regelten in geeigneter Weise die Problematik der Anstaltsstruktur, könnten durch die in Nr. 103 Abs. 4 VVJug gefundene Formulierung entstehen. Absatz vier der genannten Vorschrift lautet:

Der Anstaltsleiter legt schriftlich fest, welche Bediensteten in seinem Auftrage Entscheidungen treffen können.

1) Bundeseinheitliche Verwaltungsvorschriften zum Jugendvollzug (VVJug) RdErl. d. HMdJ v. 15.12.1976 (4412 - IV/1 - 1567/76) - JMB1. 1977 S. 105

Die Annahme, daß die Möglichkeit der Verantwortungsdelegation damit Einzelnen oder Gruppen von Mitarbeitern eingeräumt sei, verstärkt sich durch Nr. 101 Abs. 1 VVJug, in der es heißt:

Alle im Vollzug Tätigen haben die Pflicht, zusammenzuarbeiten und daran mitzuwirken, die Aufgaben des Vollzuges zu erfüllen.

Diese Annahme muß sich jedoch in Anbetracht der in Nr. 103 Abs. 2 getroffenen Regelung als rechtsirrig erweisen. Nr. 103 Abs. 2 VVJug bestimmt nämlich:

Der Anstaltsleiter vertritt die Anstalt nach außen. Er ist Vollzugsleiter und trägt die Verantwortung für den Vollzug.

Danach ist die Veränderung der Anstaltsstruktur durch die Möglichkeit einer Delegation von Verantwortung weder "expressis verbis" noch gemäß ihrem Sinngehalt vorgesehen. Dieses Ergebnis bestätigt einerseits ein Vergleich zu der einschlägigen Regelung in § 156 Abs. 2 StVollzG. Der Vergleich zeigt nämlich die interessante Feststellung, daß der in § 156 Abs. 2 StVollzG aufgenommene weiterführende Nebensatz:

... soweit nicht bestimmte Aufgabenbereiche der Verantwortung anderer Vollzugsbediensteter oder ihrer gemeinsamen Verantwortung übertragen sind

in die Nummer 103 Abs. 2 VVJug keinen Eingang gefunden hat. Demzufolge verweist auch der Randvermerk bei Nr. 103 Abs. 4 VVJug zwar auf die zu § 156 Abs. 2 StVollzG ergangene Verwaltungsvorschrift (VV), aber nicht auf deren Nr. 2 Abs. 4 VV, der lautet:

Die Übertragung bestimmter Aufgabenbereiche im Sinne des

§ 156 Abs. 2 Satz 2 (Verantwortungsdelegation) bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

Der Verweis auf diese Voraussetzung formaler Art zur Verantwortungsdelegation durfte in Nr. 103 VVJug logischerweise deshalb nicht angebracht werden, weil eben Verantwortungsdelegation nicht vorgesehen ist.

Die Tatsache, daß die bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften zum Jugendvollzug Verantwortungsdelegation nicht vorsehen, ergibt sich andererseits auch noch aus Nr. 106 VVJug:

Zur Aufstellung und Überprüfung des Vollstreckungsplanes und zur Vorbereitung wichtiger Entscheidungen führt der Anstaltsleiter Konferenzen mit ...

Nr. 106 VVJug spricht lediglich von der gemeinsamen Vorbereitung tragender Entscheidungen, von gemeinsamer Verantwortung ist nicht die Rede.

Verantwortungsdelegation müßte aber, sollte sie gehandhabt werden, ob ihrer richtungsweisenden Veränderung des Vollzugsgeschehens normativ verankert sein. Die bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften verharren indessen auf dem bereits beschriebenen, aber höchst unzulänglichen Stand der nicht mehr gültigen Dienst- und Vollzugsordnung. Sie bringen auch in den übrigen Vorschriften weitgehend eine Wiedergabe der Regelungen der ehemaligen Dienst- und Vollzugsordnung. Eine dynamische Weiterentwicklung des Jugendvollzuges ist nicht zu verspüren. Gegenüber dem Strafvollzugsgesetz, das immerhin die "Möglichkeit" der Verantwortungsdelegation vorsieht, kann eher von einer rückschrittlichen Entwicklung gesprochen werden, obwohl eigentlich nach der Präambel der VVJug eine Anlehnung an das Strafvollzugsgesetz ausdrücklich festgeschrieben ist:

"Der Vollzug der Jugendstrafe ist nur durch wenige gesetzliche Vorschriften, insbesondere des Jugendgerichtsgesetzes, des Strafvollzugsgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz geregelt.

Um die Jugendstrafe in den Bundesländern nach einheitlichen Grundsätzen vollziehen zu können, haben die Landesjustizverwaltungen Verwaltungsvorschriften vereinbart. Diese lehnen sich, soweit wegen der Besonderheiten des Jugendstrafvollzuges keine Abweichungen geboten sind, an die Vorschriften des Strafvollzugsgesetzes und die hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften an. Ihre Geltungsdauer ist zeitlich begrenzt; sie sollen lediglich die Übergangszeit bis zum Erlaß umfassender gesetzlicher Regelungen überbrücken."

Bei der aufgezeigten Sachlage stellt sich die Frage, ob die Nichtaufnahme der Möglichkeit, Verantwortung zu delegieren, also die vom Vollzugsgesetz für Erwachsene abweichende Regelung, durch eine im Jugendvollzug gültige Besonderheit bedingt sein könnte. Diese Frage ist jedoch eindeutig zu verneinen. Eine Erklärung für die Beibehaltung der lediglich in anderem Gewand erscheinenden Regelung der nicht mehr gültigen Dienst- und Vollzugsordnung muß darin gesucht werden, daß zentrale, richtungsweisende Neuerungen im Jugendvollzug, wie beispielsweise die der Verantwortungsdelegation, von den Schöpfern der Verwaltungsvorschriften einer gesetzlichen Regelung vorbehalten wurden. Im Zeitpunkt der Schaffung der Verwaltungsvorschriften war die Einrichtung der Jugendvollzugskommission durch den Bundesjustizminister mit dem Auftrage der Ausarbeitung einer gesetzlichen Regelung für den Jugendvollzug bekannt.

Die Überlegung, daß eine bereits vorhandene umfassende Neuerung des Jugendvollzuges im Wege der Verwaltungsvorschriften ein Hinderungsgrund für die Erarbeitung einer

gesetzlichen Regelung bedeuten könnte, ist sicherlich nicht abwegig. Sie war, nach den vorliegenden Informationen, bei der Beratung der Vollzugsvorschriften ein entscheidender Gesichtspunkt; der Jugendvollzug soll als eigenständige Institution gegenüber dem Erwachsenenvollzug keine wesentliche Verankerung durch unterhalb einem Gesetz liegende Vorschriften erfahren. Für diese Auffassung spricht auch die Passage in der Präambel der Verwaltungsvorschriften:

Ihre Geltungsdauer ist zeitlich begrenzt; sie soll lediglich die Übergangszeit bis zum Erlaß umfassender gesetzlicher Regelungen überbrücken.

Es kann mithin festgestellt werden, daß die Problematik der Anstaltsstruktur auf der Basis der Verantwortungsdelegation durch die bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften zum Jugendstrafvollzug nicht nur nicht zufriedenstellend, sondern überhaupt nicht gelöst ist.

2. Abschnitt: Grundsatz der optimalen Vollzugsgestaltung und § 156 Abs. II StVollzG

I. § 156 Abs. 2 StVollzG im Vergleich mit § 2 StVollzG als Maßstab

Strukturelle Veränderungen im dargelegten Sinne müssen als "conditio sine qua non" angesehen werden für die Durchführung eines effektiven Behandlungsvollzuges.

Hat nun die Strukturproblematik einen ihrer richtungsweisen-
den Bedeutung entsprechenden Niederschlag im Vollzugsgesetz
für Erwachsene gefunden? Nur unter dieser Voraussetzung
könnte die Regelung auch für den Jugendvollzug übernommen
werden.

Die Verpflichtung des Gesetzgebers zu optimaler Vollzugsge-
staltung, die getragen von der ungeschriebenen Verfassungs-
norm der Sozialstaatlichkeit in § 2 StVollzG ihre den Voll-
zug betreffende Konkretisierung erfahren hat¹⁾, bildet in
ihrer verfassungsrangigen Wertigkeit²⁾ den Maßstab, an dem
die gesetzliche Regelung der Strukturproblematik zu messen
ist. Die in § 2 begründete Verpflichtung muß als Selbstbin-
dung des Gesetzgebers angesehen werden, hinter der jedes un-
angemessene Zurückbleiben gleichsam als nicht vertretbares
"venire contra factum proprium"³⁾ zu werten ist. Die Fassung
des die Anstaltsstruktur betreffenden § 156 Abs. 2 StVollzG
begegnet in Anbetracht der unter der aufgezeigten Prämisse
an sie zu stellenden Erwartung erheblichen Bedenken.

1) BVerfGE, NJW 1973, 1226 ff [1231]; Würtenberger, Krimi-
nalpolitik im sozialen Rechtsstaat S. 22; Schüler-Sprin-
gorum, a.a.O. S. 260 ff

2) vgl. BVerfGE 3, 377 (381); KG JZ 55, 545 (546)

3) Lohmann, Allg. Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches Bd. 1,
1, S. 98

Diese Bedenken wurden schon in der Entstehungsphase der Vorschrift erkennbar.

Die vom Gesetz letztlich gewählte Formulierung läßt zwar andere, neue Strukturen zu, ohne allerdings eine dahingehende, wie auch immer geartete Verbindlichkeit für die Vollzugsverwaltung einzubauen:

"Der Anstaltsleiter vertritt die Anstalt nach außen. Er trägt die Verantwortung für den gesamten Vollzug, soweit nicht bestimmte Aufgabenbereiche der Verantwortung anderer Vollzugsbediensteter oder ihrer gemeinsamen Verantwortung übertragen sind."

Es heißt dazu in der amtlichen Begründung¹⁾ zum Regierungsentwurf lediglich, man wolle neuen Formen gemeinsamer Verantwortung und auch Experimenten auf diesem Gebiet möglichst weiten Raum lassen.

Trotzdem ist insoweit im Gesetz sowie im entsprechend lautenden Regierungsentwurf bereits gegenüber dem Kommissionsentwurf²⁾ eine beachtliche Weiterentwicklung erfolgt.

§ 147 Abs. 2 des Kommissionsentwurfes besagt nämlich:

"Der Anstaltsleiter leitet den gesamten Vollzug."

Somit trägt er auch dafür die Verantwortung. Der Gedanke des Teamworks wird in § 155 Abs. 1 Kommissionsentwurf allenfalls mit der Feststellung eingebracht: "Alle im Vollzug Tätigen arbeiten zusammen, um das Behandlungsziel zu erreichen." Darüber hinaus wird in § 156 des Kommissionsentwurfs zum Ausdruck gebracht, daß der Anstaltsleiter verpflichtet ist, regelmäßige Konferenzen mit den an der Behandlung Be-

1) BT-Drs. 7/91, S. 97

2) Ruprecht, Blätter für Strafvollzug 1973, 5 ff; Chudoba, G., Trauriges Schicksal des Strafvollzugsgesetzes? in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, hrsg. v. Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. Bonn 1975

teiligten und Dienstbesprechungen auch mit den anderen Vollzugsbediensteten der Anstalt durchzuführen. Derartige Konferenzen haben jedoch nur beratende Funktionen. Das reicht aber, wie dargelegt, nicht aus. Deshalb geriet auch schon die Regelung des Kommissionsentwurfes in der öffentlichen Diskussion auf heftigen, berechtigten Widerstand. Zum Beispiel hat sich der Bund der Strafvollzugsbediensteten in seiner Stellungnahme vom 23. Juni 1971 zum Kommissionsentwurf¹⁾ mit Nachdruck gegen die Alleinentscheidungsbefugnis des Anstaltsleiters in Behandlungsfragen gewandt. In ähnlicher Weise haben sich verschiedene andere Organisationen und Gremien ausgesprochen. Das hat schließlich zu der entscheidenden Änderung im Regierungsentwurf und im Gesetz selbst geführt.

Aber dennoch ist es in der endgültigen gesetzlichen Regelung lediglich bei einer Ermächtigung, nicht aber einer Verpflichtung zur Einführung einer Kollegialverfassung geblieben²⁾.

Mit der gegenwärtigen Regelung in § 156 Abs. 2 StVollzG ist der Gedanke der Teamarbeit verbunden mit der notwendigen strukturellen Umgestaltung damit nicht zur beherrschen-den Grundlage für die gesamte Vollzugsgestaltung geworden, wenn auch eine klare Tendenz in diese Richtung abgesteckt ist³⁾.

Der Trend wird noch in zahlreichen anderen Bestimmungen erkennbar, wenn sie in der Verbindung mit § 156 Abs. 2 StVollzG gesehen werden.

-
- 1) Dem Kommissionsentwurf folgte am 15.3.1971 der weitgehend mit diesem übereinstimmende vorläufige Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz, der in der Folgezeit eingehend mit den Landesjustizverwaltungen erörtert wurde (wichtige Finanzfrage).
 - 2) Müller-Dietz, Entscheidungsrecht und Mitverantwortung im kommenden Strafvollzugsgesetz, ZfStrVo 1971/72 S. 331
 - 3) Ruprecht, a.a.O.; Müller-Dietz, Entscheidungsrecht und Mitverantwortung S. 327 ff; ders., Probleme des modernen Strafvollzuges S. 88, 89

§ 159 StVollzG bestimmt:

Zur Aufstellung und Überprüfung des Vollzugsplanes und zur Vorbereitung wichtiger Entscheidungen im Vollzuge führt der Anstaltsleiter Konferenzen mit den an der Behandlung maßgeblich Beteiligten durch.

Hinsichtlich des Hausstrafverfahrens wird in § 106 Abs. 2 Satz 1 StVollzG gesagt:

Bei schweren Verstößen soll der Anstaltsleiter sich vor der Entscheidung in einer Konferenz mit Personen besprechen, die bei der Behandlung des Gefangenen mitwirken.

§ 154 Abs. 1 StVollzG stellt außerdem den wichtigen allgemeinen Grundsatz auf:

Alle im Vollzug arbeiten zusammen und wirken daran mit, das Vollzugsziel zu erreichen.

Deshalb kann zwar festgestellt werden, daß sich die Entwicklung zu einer Teamarbeit verbunden mit Verantwortungsdelegation und verbunden mit der die Teamarbeit bedingenden Strukturveränderung nicht aufhalten lassen wird¹⁾. Es wäre auch kaum verständlich, wenn das Gesetz zwar die Mitverantwortung der Gefangenen als Institution verankert²⁾, nicht aber seinen eigenen Zielvorstellungen entsprechend den Bediensteten das Tragen von Verantwortung für solche Entscheidungen, die die Behandlung der Probanden betreffen, ermöglichen wollte. Sind es doch gerade die Bediensteten, die tatsächlich die Aufgabe der Behandlung durchführen, während der Anstaltsleiter damit im Alltag in den seltensten Fällen nur befaßt sein kann.

1) Ruprecht, Teamarbeit der Vollzugsbediensteten, ZfStrVo S. 81

2) Müller-Dietz, Entscheidungsrecht und Mitverantwortung, ZfStrVo 1970/71 S. 333

Deshalb kann auch nicht etwa die gegenüber dem Regierungsentwurf geänderte Formulierung des § 156 Abs. 3 StVollzG als Kursänderung des Gesetzgebers gegenüber der aufgezeigten Entwicklung interpretiert werden. Nach § 143 Abs. 3 des Regierungsentwurfes war vorgesehen, daß die Befugnis, eine Durchsuchung nach § 74 Abs. 2, die besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 76 und Disziplinarmaßnahmen nach § 91 anzuordnen, nur auf Konferenzen von an der Behandlung beteiligten Bediensteten übertragen werden durfte; demgegenüber knüpft § 156 Abs. 3 StVollzG die Delegation dieser Befugnis an die Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Diese gesetzliche Regelung findet ihren Sinn in der Überlegung, daß bei der Delegation der Befugnis zur Anordnung der einen Verurteilten am einschneidendsten treffenden Maßnahmen besonders sorgfältig zu verfahren ist, um jeder Willkür vorzubeugen. Denn mit dem Strafvollzugsgesetz soll ja - wie bereits dargelegt - gerade im Bereich der Eingriffsermächtigung Rechtsklarheit und Sicherheit garantiert sein.

In der Tendenz also sollte die Möglichkeit der Delegation als solche durch die Formulierung in § 156 Abs. 3 StVollzG nicht beeinträchtigt werden.

Aber trotz allem muß festgestellt werden, daß die gesetzliche Regelung auf halbem Wege stehengeblieben ist. Sie hat gemessen an § 2 StVollzG eigene, verfassungsrechtlich getragene Zielvorstellungen im Behandlungsvollzug nicht gesetzestechnisch ausformuliert¹⁾. Im günstigsten Falle fördert sie die Experimentierfreudigkeit der Praxis, deren Erfahrungen dann zwar in eine konkrete gesetzliche Regelung eingehen können, aber sehr wahrscheinlich nicht eingehen werden. Der organisatorische, personelle und bauliche Rahmen des Gesetzes gleicht insoweit einem Schemen, der in Gefahr ist, durch den heutigen Vollzugsalltag wieder verdrängt zu werden. Wenn nämlich eine so zentrale und das gesamte

1) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 9,
89

progressive Behandlungsgefüge bedingende Behandlungsstrukturproblematik landeseigenen Regelungen vorbehalten bleibt, wie in der amtlichen Begründung im Regierungsentwurf¹⁾ bereits ausgeführt, dann ist nicht nur die angestrebte bundeseinheitliche Vollzugsregelung in Frage gestellt. Jedes Land kann - möglicherweise von Anstalt zu Anstalt unterschiedlich - abweichende Anstaltsstrukturen entwickeln. Abgesehen davon, wird es weitgehend von der Auffassung des einzelnen Anstaltsleiters abhängen, ob er gewillt und damit geeignet ist, eine den aufgezeigten Zielvorstellungen entsprechende Anstaltsstruktur einzuführen. Da dies mit Abgabe von Kompetenzen verbunden ist, werden autoritär geprägte Anstaltsleiter dieser Entwicklung sicher nur unter entsprechendem Druck durch die Aufsichtsbehörde nachgeben und, wenn dieser nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist, der gesamten Entwicklung unüberwindbar im Wege stehen. Sich der Hoffnung hinzugeben, daß Fehlentscheidungen autoritärer Anstaltsleiter vorgebeugt werden könne, indem man bereits bei der Auswahl der Bewerber auf entsprechende Charaktereigenschaften und Eignung zur Teamarbeit achtet²⁾, bedeutet, der entscheidenden Sache einen schlechten Dienst zu erweisen.

Die derzeitige gesetzliche Regelung im § 156 Abs. 2 StVollzG kann deshalb nach den in § 2 StVollzG vorgegebenen und verbindlichen Wertmaßstäben nicht genügen.

Wenn auch der Gefangene keinen generell durchsetzbaren Anspruch³⁾ auf optimale Behandlung, gestützt auf das Sozialstaatsprinzip als Verfassungsnorm⁴⁾, hat und das Bundesver-

1) BT-Drs. 7/918 S. 97

2) vgl. Ruprecht, Teamarbeit der Vollzugsbediensteten, ZfStrVo 1973 S. 76-82; vgl. Stellungnahme des Bundes der Strafvollzugsbediensteten zum Entwurf S. 169: Das Konferenzsystem muß eindeutig gesetzlich verankert werden. Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 89, 97

3) vgl. §§ 82, 76 AE, die uneingeschränkte Gewährung solcher Ansprüche verkörpern

4) BVerfGE, NJW 1973, 1226 ff (1231)

fassungsgericht insofern nur vom Interesse des Täters an seiner Resozialisierung aus Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 GG spricht, müssen aber trotzdem entscheidende Bereiche der Vollzugsgestaltung durch den Gesetzgeber präzise und deutlich, nicht lediglich in einer unverbindlichen Experimentierklausel herausgestellt werden. Dies gilt vordergründig für die Anstaltsstruktur als entscheidende Voraussetzung eines modernen Behandlungsvollzuges mit der Maßgabe, daß der Rahmen des nach § 156 Abs. 2 StVollzG vorgesehenen Experimentierfeldes wesentlich enger, nämlich nicht als Kann-, sondern zumindest als Sollvorschrift hätte abgesteckt werden müssen.

Die potentielle Gefahr einer denkbaren Rüge durch das Bundesverfassungsgericht wird dem Gesetzgeber solange erhalten bleiben, als er die "Conditio sine qua non" optimaler Behandlung, d.h. die Delegation der Verantwortung auf therapeutischer Ebene und die damit zwangsläufig verbundenen strukturellen Veränderungen lediglich als Kannvorschrift beläßt und damit weitgehend im Endergebnis dem Belieben des jeweilig amtierenden Anstaltsleiters anheimstellt.

Insoweit dürfte der Gesetzgeber in § 156 Abs. 2 StVollzG nämlich nicht entsprechend der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes seiner besonderen Pflichtigkeit zur Ausgestaltung des Sozialstaatsgrundsatzes nachgekommen sein und seinen spezifischen Fürsorgeauftrag für den Randgruppenbereich Strafvollzug nicht in erschöpfendem Maße erfüllt haben, obwohl er sich hier gerade seines eingeeengten Ermessensspielraumes deshalb hätte bewußt sein müssen, weil er sich in einem Bereich bewegt, in dem es nicht nur um die Einschränkung, sondern auch und gerade um die Möglichkeit der Verwirklichung von Grundrechten geht, zu deren Garantie er sich in verfassungskonformer Selbstbindung in § 2 StVollzG bekannt hat.

II. Landesrechtliche Ausgestaltung der Experimentierklausel des § 156 Abs. 2 StVollzG

Die in § 156 Abs. 2 StVollzG nicht zufriedenstellend gelöste Strukturproblematik überläßt nun die nähere Ausgestaltung landesrechtlicher Regelung. Ihr sind infolgedessen Möglichkeit und Chance geblieben, die Teilstrecke des Weges zu besetzen, die das Gesetz selbst hinter seiner eigenen Zielvorgabe zurückgeblieben ist. Landesrechtlich müßte insoweit gleichsam auf legalen, allerdings bahnbrechenden Umwegen, festgelegt werden, daß jeder Anstaltsleiter gehalten ist, im therapeutischen Bereich, soweit dies unter Berücksichtigung der jeweiligen Anstaltsverhältnisse möglich ist, Verantwortung auf Betreuerteams zu delegieren und die Gefangenen in überschaubare Gruppen¹⁾ zu gliedern. Die fundamentale Bedeutung einer solchen Umstrukturierung der Anstalten würde sich dann im Laufe der nächsten Jahre mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit in der Praxis weiter erhärten lassen. Allerdings ist nun nach Verabschiedung des Strafvollzugsgesetzes zwangsläufig eine stets mit Schwierigkeiten verbundene Gesetzesänderung erforderlich. Ohne sie wird nämlich letztlich eine bahnbrechende Entwicklung entsprechend der aufgezeigten Zielvorstellung kaum wirksam werden können²⁾.

Die Erkenntnis, daß entsprechende strukturelle Maßnahmen einen entscheidenden Schritt nach vorne in der Vollzugsgestaltung bedeuten, hat selbst die durch den Vollzug Betroffenen bewogen, mit dem damit verbundenen Nachdruck die Problematik öffentlich anzusprechen. Nach der tragischen Ermordung des Anstaltsleiters der JVA Buchbach schreibt die Gefangenenmitverantwortung in der Butzbacher Zeitung vom 14. 6. 1976³⁾:

-
- 1) Vgl. Paetow, Die Klassifizierung im Erwachsenenstrafvollzug, S. 135 ff.
 - 2) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 88, 30
 - 3) Butzbacher Zeitung, Ausgabe v. 14.6.1976 "Butzbachs Gefangene möchten Wohngruppen"

"Warum, so muß gefragt werden, macht man nicht den Versuch, Verurteilte in Wohngruppen zusammenzufassen, besonders in einem Hause, wie diesem. Wären Gefangene nicht ständig alleine, hätten sie kaum Gelegenheit, sich in Gedanken und in der Praxis mit Plänen zu befassen, wie sie unlängst von G. H. durchgeführt wurden.

Die Möglichkeit einer Wiederholung eines solchen Vorfalles wird für alle Zukunft nur dann auszuschließen sein, wenn es in einer sachlichen und emotionslosen Diskussion gelingt, Initiativen einzuleiten, die sich der wirklichen Problematik innerhalb des Vollzuges annehmen.

... Abschließend bittet die GMV der JVA Butzbach im Namen der hier Inhaftierten diejenigen Kräfte weiterhin zu unterstützen, die sich engagiert für einen modernen Vollzug einsetzen."

Aus der Sicht des Praktikers kann die Auffassung der Gefangenenmitverantwortung nur bekräftigt werden, da die Gliederung auch der Erwachsenenanstalten in überschaubare Vollzugseinheiten mit jeweils zugeordneten Stationsbeamten entscheidend zum Ausbau der Sicherheit beitragen würde. Die Sicherheitsrisiken in den Anstalten vergrößern sich insbesondere dadurch, daß immer mehr Angehörige der Anarchoszene und deren Sympathisanten inhaftiert werden müssen. Der Guerilla-Taktik dieser Gefangenen auch und gerade in den Anstalten läßt sich alleine mit mechanischen Mitteln (d.h. Zellen, Mauern, Waffen) deshalb nicht begegnen, weil weder der direkte Gegner noch sein Vorgehen erkennbar sind. Aktionen, die gegen ausgewählte Opfer gerichtet und von Tätern in fanatischem Wahn bis hin zur Selbstaufopferung ausgeführt werden, stellen den Vollzug vor eine neue, in der Entwicklung nicht zu übersehende Problemsituation. Eine entscheidende Chance, derartigen Aktionen zu begegnen, liegt im rechtzeitigen Verdacht, dem gezielte Maßnahmen folgen. Diese Chance ist insofern relativ groß, als der-

artige Aktionen¹⁾ - von Ausnahmen einmal abgesehen - stets Vorbereitungen von langer Hand erfordern. Diese Zeit der Planung und Vorbereitung läßt sich im engmaschigen Vollzugsalltag nicht so gestalten, daß nicht zumindest andere Gefangene davon "Wind bekommen". Die Hoffnung, daß ein Gefangener, der Gelegenheit hat, im Laufe seiner Strafzeit möglicherweise zu einem ständigen Stationsbeamten seiner Betreuergruppe ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, viel eher bereit sein dürfte, diesem eine vertrauliche Information zu geben, die dann die Institution in die Lage versetzt, die Gefahr rechtzeitig zu bannen, erscheint berechtigt. Bei einem ständigen Wechsel der Beamten hingegen, wie es in strukturell, custodial-hierarchisch konzipierten Anstalten üblich ist, gelangt die Institution zwangsläufig selten an wichtige Informationen über den Gefangenenbereich, weil eben das Instrumentarium, das sowohl den Fluß als auch die Auswertung wichtiger Informationen gewährleistet, nicht vorhanden ist.

Es sollte in diesem Zusammenhang auch auf einen Artikel der Arbeiterwohlfahrt in der Frankfurter Rundschau vom 17. 7. 1976 hingewiesen werden, in dem es unter anderem heißt²⁾:

"Jede Vollzugsanstalt müßte ein eigenes Behandlungskonzept entwickeln, das Auskunft über Methoden und Behandlungsziele geben kann. Kern eines jeden Behandlungskonzeptes sollte es sein, Gefangene in Wohngruppen von 10 - 15 Personen, die gleichzeitig Behandlungseinheiten darstellen, zusammenzufassen. Damit wären Voraussetzungen für Kontakttherapie und Bildung einer therapeutischen Gemeinschaft gegeben."

-
- 1) Rahmenprogramm der Help-Union E.V. der Gefangenen. Insbesondere dazu: Arbeitspapier zur Umsetzung der Ziele des Vereins 1977
 - 2) Frankfurter Rundschau vom 17.7.1976. Beitrag der Arbeiterwohlfahrt zum Thema: Der Entlassene hat ohne fremde Hilfe keine Chance

Damit nun die Anbahnung eines entscheidenden Strukturwandels über landeseigene Ausführungsbestimmungen in Gang käme, wäre als einschlägige Ausführungsbestimmung zu § 156 Abs. 2 StVollzG eine solche folgenden Inhalts denkbar:

Der Anstaltsleiter soll im Rahmen des § 156 Abs. 2 StVollzG, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der jeweiligen Anstalt, Verantwortung im therapeutischen Bereich auf Betreuerteams übertragen.

Eine Regelung vergleichbaren Inhalts ist aber weder in den länderübergreifenden Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 156 Abs. 2 StVollzG noch in den Hessischen Ausführungsbestimmungen zum Strafvollzugsgesetz (HABStVollzG)¹⁾ enthalten. In Nr. 2 der VV zu § 156 heißt es lediglich im ersten einschlägigen Absatz:

"Der Anstaltsleiter legt schriftlich fest, welche Bediensteten in seinem Auftrag Entscheidungen treffen können."

In Nr. 4 der VV zu § 156 heißt es einschränkend:

"Die Übertragung bestimmter Aufgabenbereiche im Sinne des § 156 Abs. 2 Satz 2 StVollzG bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde."

Die Hessischen Ausführungsbestimmungen lassen zwar an anderer Stelle, nämlich als Ausführungsbestimmung zu § 3 StVollzG partiell einen Ansatz in die angestrebte Richtung insoweit erkennen, als sie die Aufgliederung im Gefangenenumbereich wie folgt reglementieren:

"Für jede Vollzugsanstalt ist ein Programm über die Gestaltung des Vollzuges aufzustellen, das die Zweckbe-

1) HABStVollzG (HMDJ, Erl. v. 13.5.77 - 4430 IV/1-1064/77)

stimmung der Strafvollzugsanstalt sowie ihre räumlichen, personellen und sachlichen Gegebenheiten berücksichtigt. Wesentliche Merkmale des Programms sind:

- die Aufgliederung der Vollzugsanstalt in überschaubare Lebensbereiche (Vollzugsgruppen),
- unterschiedliche, den Vollzugsgruppen und Bedürfnissen der Gefangenen entsprechende Arbeits-, Bildungs-, Betreuungs- und Behandlungsangebote.

Ein Abdruck des Programms ist der Aufsichtsbehörde zur Einwilligung vorzulegen; dies gilt auch für Änderungen."

Es fehlt aber demzufolge zu § 156 Abs. 2 StVollzG gerade die Regelung auf der Länderebene, die eine Verantwortungsdelegation und damit die entscheidende Voraussetzung zur Regelung der Strukturproblematik in engerem Rahmen vorschreibt, als das Gesetz dies tut.

Die Notwendigkeit zur Einengung des gesetzlichen Rahmens zeigt bereits die Entwicklung in der Praxis.

Zur Problematik der Delegation von Aufgabenbereichen des Anstaltsleiters und deren Rückwirkung auf die hierarchische Behördenstruktur hat der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen¹⁾ eine Länderumfrage gestartet. Darin werden die Länderjustizministerien ersucht, Informationen darüber zu geben, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang und in welcher Rechtsform sie in ihren Geschäftsbereichen die Übertragung von Aufgaben des Anstaltsleiters erwägen oder bereits durchgeführt haben.

Baden-Württemberg²⁾ lehnt in der Beantwortung die Möglichkeit der Verantwortungsdelegation rundweg ab, solange nicht entsprechende Konsequenzen aus dieser Rechtslage auch für andere Rechtsgebiete (z.B. Beamten-, Disziplinar- und Haftungsrecht) gezogen würden.

1) Erl. MdJ Nordrhein-Westfalen v. 20.7.1977 (4402-IV A.87)

2) Erl. MdJ Baden-Württemberg v. 4.8.1977 (4402 - VI 126)

Ähnlich verhält sich Schleswig-Holstein¹⁾, das lediglich eine Delegation auf nachgeordnete Einzelpersonen in begrenztem Umfang zuläßt.

Niedersachsen²⁾ überträgt der gemeinsamen Verantwortung mehrerer Vollzugsbediensteter lediglich den Bereich der Einweisungsabteilung bei der JVA Hannover (Kommission, bestehend aus dem Leiter der Einweisungsabteilung, aus zwei Angehörigen der besonderen Fachdienste und je einem Angehörigen des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes sowie des allgemeinen Vollzugsdienstes; Entscheidung mit Stimmenmehrheit).

Berlin³⁾ verfährt ähnlich, indem es die Teilanstalt Haus IV der JVA Berlin-Tegel kollegial leiten läßt (Dreiergremium).

Hessen⁴⁾ verweist auf den Rockenberger Modellversuch und stellt in Aussicht, nach Abschluß dieses Versuches auch in anderen Vollzugsbereichen von der Möglichkeit der Verantwortungsdelegation Gebrauch zu machen.

Die Antworten auf die Länderanfrage zeigen, daß trotz der allenthalben erkennbaren Einsicht über die Notwendigkeit der Delegation von Entscheidungsbefugnissen diese nur vereinzelt und in sehr begrenztem Umfang realisiert wird. Verantwortungsdelegation erfolgt auch nahezu ausschließlich in der Form der Delegation auf nachgeordnete Einzelpersonen. Eine Delegation von Entscheidungsbefugnissen zur gemeinsamen Verantwortung mehrerer Bediensteter wird kaum praktiziert.

So wird deutlich, daß vor dem Hintergrund der geschichtlich

-
- 1) Erl. MdJ Schleswig-Holstein v. 5.8.1977 (V/410 a/4402-59)
 - 2) Erl. MdJ Niedersachsen v. 29.7.1977 (4402 - 401. 13)
 - 3) Erl. Senator für Justiz Berlin v. 18.8.1977 (4402-V/8)
 - 4) Erl. MdJ Hessen v. 7.11.1977 (4402-IV/1-965/77)

gewachsenen, hierarchischen Anstaltsstrukturen durch die jetzige Fassung des § 156 Abs. 2 StVollzG keine entscheidende Wende eingeleitet worden ist. Die vereinzelt erkennbare Übertragung von Verantwortung auf Einzelpersonen stellt im Grunde nur eine Variante der hierarchischen Behördenstruktur dar.

Die aufgezeigte Entwicklung im Bereich des Erwachsenenvollzuges bestätigt damit, daß die gegenwärtige gesetzestechnische Ausformulierung des § 156 Abs. 2 StVollzG als Kann-Vorschrift nicht ausreicht, um eine Wende in der Strukturproblematik herbeizuführen.

Für den Bereich des Jugendvollzuges ergibt sich insoweit bereits die Erkenntnis, daß die Strukturproblematik in einem Jugendvollzugsgesetz hinsichtlich ihrer Zielvorgabe wesentlich enger und konkreter ausformuliert werden muß.

3. Abschnitt: Vorschlag zur Regelung der Anstaltsstruktur im künftigen Jugendvollzugsgesetz

I. § 115 JGG und gesetzliche Neuregelung des Jugendvollzugs

Gemäß § 115 JGG ist die Bundesregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates den Vollzug der Jugendstrafe umfassend durch eine Rechtsverordnung zu regeln. Demgegenüber muß jedoch davon ausgegangen werden, daß aus verfassungsrechtlichen Gründen die Durchführung des Jugendvollzugs einer gesetzlichen Grundlage bedarf¹⁾, die durch eine auf § 115 JGG gestützte Rechtsverordnung nicht gegeben ist.

Eine Verankerung durch förmliches Gesetz ist deshalb erforderlich, weil gerade die Bestimmungen über den Eingriff in die Grundrechte der Gefangenen durch die Exekutive Gegenstand der herbeizuführenden Regelung sein müssen. Eingriffsermächtigungen können der Exekutive aber nur aufgrund gesetzlicher Bestimmungen gewährt werden, da gem. Art. 19 Abs. 1 GG Grundrechte nur durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden dürfen.

Die fehlende gesetzliche Grundlage für den Strafvollzug an Erwachsenen und eine traditionelle Ausgestaltung als "besonderes Gewaltverhältnis" hat dann auch das Bundesverfassungsgericht beanstandet²⁾, weil hierdurch die "Grundrechte des Strafgefangenen in unerträglicher Unbestimmtheit" relativiert würden.

Für den Jugendvollzug erscheint auch ein Zurückgreifen auf § 91 JGG problematisch, weil diese Vorschrift lediglich den Rahmen für die beim Vollzug der Jugendstrafe zu leistende Arbeit durch einige allgemeine Richtlinien absteckt³⁾. In-

1) Im Ergebnis auch Böhm, A., Einführung in das Jugendstrafrecht S. 162, 163

2) BVerfGE, NJW 71, 811 (812)

3) Dallinger-Lackner, § 91 RN 2

folgedessen ist diese Vorschrift nicht in der verfassungsrechtlich erforderlichen Weise als Eingriffsermächtigung konkretisiert¹⁾.

§ 115 JGG selbst kann auch deshalb nicht als Eingriffsermächtigung angesehen werden, weil hier nur die zu regelnde äußere Gestaltung des Vollzugs beschrieben wird. Entscheidend ist zudem, daß es beiden Vorschriften an der nach Art. 19 Abs. I S. 2 GG für eine Grundrechtseinschränkung erforderlichen Gültigkeitsvoraussetzung fehlt, nämlich der Artikelangabe²⁾.

Zusammenfassend können mithin erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken dahingehend festgestellt werden, ob aufgrund der Verordnungsermächtigung des § 115 JGG oder aufgrund der Rahmenvorschrift des § 91 JGG in die Grundrechte der Gefangenen einerseits bzw. in die Elternrechte andererseits eingegriffen werden darf. Das Bundesverfassungsgericht ist gegenwärtig mit der Klärung dieser Fragen befaßt³⁾.

II. § 91 JGG und § 2 StVollzG als Ansatz für eine gesetzliche Neuregelung der Anstaltsstrukturen im künftigen Jugendvollzugsgesetz

§ 91 verkörpert ebenso wie auch § 2 StVollzG die Pflicht des Staates, den Jugendvollzug optimal zu gestalten. Ebenso wie in § 2 StVollzG im Erwachsenenvollzug hat auch in § 91 JGG das Sozialstaatsprinzip als Träger der genannten Verpflichtung konkrete Gestalt für den Jugendvollzug angenommen.

Gegenüber § 2 StVollzG hat § 91 JGG vom theoretischen Ansatz her zwangsläufig eine noch intensivere Prägung durch

1) BVerfGE 8, 326 fordert die hinreichende Bestimmtheit von Eingriffsermächtigungen

2) Mockel-Müller, Grundgesetz S. 150 (Erl. I 2 zu Art. 19)

3) Verfassungsbeschwerde des Herrn Karl Hans M., JVA Wittlich - BVerfG Az.: 2 BvR 89/77

das Sozialstaatsprinzip erfahren, weil der Gesichtspunkt der Erziehung insoweit nicht nur die Basis staatlichen Helfens im Sozialisationsprozeß stark gefährdeter Jugendlicher wesentlich erweitert, sondern auch insbesondere die Intensität der Betreuung auf eine andere Ebene als im Erwachsenenvollzug transformiert. Dallinger-Lackner¹⁾ führt in diesem Zusammenhang aus: "Im Vollzug der Jugendstrafe geht es darum, die am meisten gefährdeten Teile unserer Jugend für die Gemeinschaft zurückzugewinnen. Diese Aufgabe ist für jedes Gemeinwesen eine der wichtigsten".

§ 91 JGG sowie § 2 StVollzG enthalten in der Verpflichtung zur optimalen Vollzugsgestaltung eine Selbstbindung von Verfassungsrang, hinter der auch die übrigen gesetzlichen Bestimmungen, die die Ausgestaltung des Vollzuges betreffen, nicht unangemessen zurückbleiben dürfen.

Es fragt sich deshalb, mit welcher graduellen Pflichtigkeit der Gesetzgeber den Staat anzuhalten hat, eine Veränderung der überkommenen hierarchischen zugunsten einer demokratischen Anstaltsstruktur mit Verantwortungsdelegation im Jugendvollzug zu verankern.

Schon im Erwachsenenvollzug ist die in § 156 Abs. 2 StVollzG geschaffene Regelung, wie dargelegt, als Kann-Vorschrift graduell nicht ihrer Bedeutung entsprechend ausgebracht; sie hätte bereits im Erwachsenenvollzug, gemessen an § 2 StVollzG, als Soll-Vorschrift Gesetz werden müssen. Daraus folgt, daß die entsprechende Bestimmung im Jugendvollzug in Anbetracht der hier gegenüber dem Erwachsenenvollzug noch weit gesteigerten Behandlungsintensität als Muß-Vorschrift einzubringen ist. Auf keinen Fall aber darf der Gesetzgeber hinter einer Soll-Regelung zurückbleiben. An dieser Stelle sei Müller-Dietz zitiert²⁾, der allgemein zur gesetzlichen Regelung der Strukturproblematik ausführt:

1) Dallinger-Lackner, a.a.O. § 91 JGG RN 7

2) Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 66

"So scheint es durchaus möglich, die organisatorischen und personellen Voraussetzungen eines Behandlungsvollzuges normativ stärker zu verdeutlichen und zu konkretisieren. Denn wenn man überhaupt einen solchen Vollzug für sinnvoll hält und ihn nicht von vornherein als ineffizient ablehnt, müßte man der gesetzlichen Regelung doch wohl jene Strukturprinzipien¹⁾ zugrunde legen, die weitgehender Zustimmung sicher sein können."

Ein Teilbereich der Strukturprinzipien war bereits schon in § 11 der Jugendstrafvollzugsordnung von 1944 "normativ" ausgerichtet, nach dem die Gesamtbelegschaft des Gefängnisses aufzuteilen war. Hierin ist jedoch lediglich wie auch in den Hessischen Ausführungsbestimmungen zu § 3 StVollzG ein Ansatz, nicht aber der Kern der Strukturprobleme zu sehen.

III. Bedeutung des Rockenberger Modells für die Realisierbarkeit neuer Anstaltsstrukturen in der Praxis des Regelvollzugs

Strukturprinzipien, die in der Praxis realisierbar sind und, wie Müller-Dietz ausführt, weitgehender Zustimmung sicher sein können, wurden im Rockenberger Modellversuch dargestellt.

Die wesentlichen Voraussetzungen, die sowohl nach Auffassung von Vollzugstheoretikern wie auch von Vollzugspraktikern für die Durchführung eines effektiveren Behandlungsvollzuges erfüllt werden müssen, wurden hier nachweislich in die Praxis umgesetzt.

Es konnten einerseits kleine, überschaubare Gruppen von Gefangenen im Regelvollzug gebildet und andererseits alle²⁾

1) Jugendstrafvollzugsordnung AV d. Reichsjustizministers vom 1.9.1944 (4210 - III Ja 3 203.44 - Sonderveröffentlichung der Deutschen Justiz Nr. 32)

2) Dallinger-Lackner, a.a.O. § 91 JGG RN 29, 12, 18; Wür-

in der Anstalt tätigen Fachbereiche, insbesondere der Aufsichtsdienst, an der Behandlung beteiligt werden¹⁾.

Dabei besteht für alle Fachbereiche nicht nur die Möglichkeit, sondern die Pflicht, das bei ihnen jeweils vorhandene spezifische Informationsmaterial zu der erforderlichen breiten Informationsbasis einzubringen, damit auf ihr eine möglichst abgewogene Entscheidung in wichtigen, das Schicksal eines Probanden bestimmenden Fragen getroffen werden kann.

Gleichsam als Nebeneffekt wurde erreicht, daß das Berufsbild des Aufsichtsbeamten, der als Mitglied eines Behandlungsteams tätig wird, zumindest auf längere Sicht, einem entscheidenden Wandlungsprozeß²⁾ unterworfen ist. Die den Beamten abqualifizierende Schließrolle ist sowohl aus der Sicht der Gefangenen als auch der Sicht der Öffentlichkeit einem behandlungsorientierten Berufsbild gewichen, ohne die Aspekte der Sicherheit zu beeinträchtigen.

Schließlich hat sich die Auffassung bestätigt, daß eine Strukturveränderung nur dann Wirksamkeitsvoraussetzung ist

tenberger, Reform des Strafvollzuges im sozialen Rechtsstaat, JZ 1967 S. 239; Schaffstein, a.a.O. S. 149; Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 93 ff; - Schüler-Springorum, Strafvollzug im Übergang 214, 223 ff; Brink, Von der kriminellen zur sozialen Gruppe, MSchrKrim 1964, S. 121; Ruprecht, Teamarbeit der Vollzugsbediensteten, ZfStrVo 1973 S. 76-82; Hohmeier, Die Bedeutung des Aufsichtspersonals für einen modernen Behandlungsvollzug in: Blätter für Strafvollzugskunde 1973, 7; Callies, a.a.O. S. 117

1) Müller-Dietz, MSchrKrim 1975 S. 294; ders. in: ZfStrVo 1971/72 S. 327 ff; Hohmeier, Aufsicht und Resozialisierung S. 72 ff; Dolleisch, W., Gedanken zur Kommunikation im Strafvollzug, in: Kriminalistik in Österreich 1973, 39 ff.

2) Ruprecht, Teamarbeit der Vollzugsbediensteten, ZfStrVo 1973 S. 76-82; Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges S. 98; ders., ZfStrVo 1971/72 S. 327 ff; Hohmeier, Die Strafanstalt und das Aufsichtspersonal, MSchrKrim 1969 S. 218, 224; Hohmeier, Thesen zur Tätig-

für effektiveren Behandlungsvollzug, wenn sie den gesamten Regelvollzug einer Anstalt erfaßt. Insoweit wurden nicht nur die Schwierigkeiten, die die Durchführung der Umstrukturierung mit sich bringen und keinesfalls gering einzuschätzen sind, erkannt, sondern Möglichkeiten gefunden, diese zu überwinden. Damit aber konnte der Beweis für die Realisierbarkeit¹⁾ strukturverändernder Maßnahmen erbracht werden.

keit des Aufsichtsbeamten im gegenwärtigen Strafvollzug, ZfStrVo 1970, 194-202; Grützner, Der Aufsichtsdienst im Spannungsfeld, ZfStrVo 19/1971, 8-14

- 1) Hohmeier, Blätter für Strafvollzugskunde 1973, 7; Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzugs S. 10: Das Problem liegt nicht alleine darin, wie man eine derart zu strukturierende Vollzugsarbeit (Vollzugsanstalt) normativ in den Griff bekommen kann, es liegt gewiß auch in der Schwierigkeit, ein solches Konzept in die Praxis umzusetzen; ders., a.a.O. S. 28

4. Abschnitt: Gesamtergebnis

Formulierungsvorschlag einer § 156 Abs. 2 StVollzG entsprechenden Bestimmung im zukünftigen Jugendvollzugsgesetz

Aus der rein rechtlichen Perspektive gibt die Verpflichtung des Staates zu optimaler Vollzugsgestaltung aus § 91 JGG einen verfassungsrangigen Maßstab ab, an dem gemessen die Regelung der Strukturproblematik nicht nur als Kann-, sondern als Muß-Vorschrift, äußerstenfalls als Soll-Vorschrift im künftigen Jugendvollzugsgesetz zu verankern ist.

Im empirischen Bereich wird der so wesentlich enger als im Strafvollzugsgesetz abgesteckte Rahmen durch den Rockenberger Modellversuch untermauert, mit dem es gelang, die in der einschlägigen Literatur anerkannten Strukturprinzipien nun mit dem Nachweis der Umsetzbarkeit und des Funktionierens in der Praxis im Sinne einer effektiveren Vollzugsgestaltung zu versehen.

Die Fassung der Parallelvorschrift zu § 156 Abs. 2 StVollzG für den Jugendvollzug könnte demzufolge vorschlagsweise folgenden Wortlaut tragen:

§ 156 Abs. 2 StVollzGJug:

Der Anstaltsleiter vertritt die Anstalt nach außen. Er trägt die Verantwortung für den gesamten Vollzug, soweit er nicht bestimmte Aufgabenbereiche der Verantwortung anderer Vollzugsbediensteter übertragen hat. Die Verantwortung im therapeutischen Bereich überträgt er auf Betreuerteams¹⁾.

Im Rahmen der Delegation übt der Anstaltsleiter die Rechtskontrolle aus; ihm steht insoweit ein Vetorecht zu.

1) Ernst, H. und Strack, F., Psychologie heute, 1978, 21-26. Die Psychologie der sozialen Beeinflussung. Einsame Entscheidungen sind nicht mehr gefragt.

Hilfsweise wird folgende Formulierung vorgeschlagen:

Der Anstaltsleiter vertritt die Anstalt nach außen.
Er trägt die Verantwortung für den gesamten Vollzug, soweit er nicht bestimmte Aufgabenbereiche der Verantwortung anderer Vollzugsbediensteter übertragen hat.

Die Verantwortung im therapeutischen Bereich soll er auf Betreuerteams übertragen.

Im Rahmen der Delegation übt der Anstaltsleiter die Rechtskontrolle aus, ihm steht insoweit ein Vetorecht zu.

A N H A N G

=====

Einzelfallanalyse

Der Gefangene B¹⁾, dessen Sozialisierung bzw. Resozialisierung anhand der Möglichkeiten der Anstalt dargestellt werden soll, wurde im Alter von 16 Jahren wegen gemeinsamen schweren Raubes pp. zu einer unbestimmten Jugendstrafe von 2-4 Jahren verurteilt.

Es handelt sich bei ihm um einen Jugendlichen, der in einer Notunterkunft (Getto-Situation) als jüngstes von drei Kindern bis zu seinem 4. Lebensjahr bei der Mutter und dem Stiefvater aufgewachsen ist. Der Stiefvater - selbst mehrfach vorbestraft - ist selbständiger Schrotthändler, wird als sehr jähzornig, roh und hart beschrieben. Er bot das Vorbild eines Mannes, der seine Ansprüche gegen jeden primär mit harter körperlicher Gewalt durchsetzt. Die Mutter dagegen versuchte weich, nachgiebig und verständnisvoll immer wieder die häusliche Spannungssituation zu harmonisieren und ein relativ herzliches Verhältnis zu B zu entwickeln. Härte und Inkonsequenz prägten infolgedessen auch das erzieherische Verhalten.

Schon im 3. Lebensjahr wird B. von den Eltern als brutal und unberechenbar beschrieben.

Im Alter von 4 Jahren beantragen sie deshalb die freiwillige Erziehungshilfe und die Heimunterbringung. Aber alle Heime, insgesamt 8, brachen wegen der massiven Gewalttätigkeiten und Bedrohungen der Mituntergebrachten die Erziehung ab. Mit 11 Jahren wurde Fürsorgeerziehung angeordnet.

Die Schule beantragte mehrfach aus o.a. Gründen die Ausschulung, die schließlich gemäß § 20 des Hessischen Schulpflichtgesetzes erfolgte, weil B. wegen seiner Gewalttätigkeiten gegenüber Mitschülern als gefährlich und für die Schule untragbar erschien.

Ein jugendpsychiatrisches Gutachten erklärt B. im Alter von 14 Jahren wegen seiner seelischen Regelwidrigkeiten für teilweise unzurechenbar. Er wurde daraufhin zu Beobachtungs-

1) Material: Gefangenenpersonalakte B

zwecken für 13 Monate in der geschlossenen Abteilung der psychiatrischen Anstalt für Erwachsene in Gießen untergebracht.

Das verurteilende Gericht bescheinigt B. eine schwere psychopathische Fehlentwicklung, die zu einer verminderten Einsichts- und Steuerungsfähigkeit im Sinne des damaligen § 51 Abs. 2 StGB geführt hat und sieht Hoffnung auf Besserung und Nachreifung nur durch eine längere Gesamterziehung im Völlzug.

B. selbst erlebt sich ständig als jemand, der wegen des Aufenthaltes in der psychiatrischen Klinik von den Bediensteten und den Mitgefangenen für blöd gehalten und abgelehnt wird. Seine offensichtlich mangelhaften verbalen Fähigkeiten verstärken für ihn das Gefühl von Minderwertigkeit. Die Abwehr dieses Gefühls und sein schnelles Temperament unterstützen ihn in seinem Bedürfnis nach Selbstwert und befähigen ihn in seinem von frühester Kindheit anerlernten Verhaltensmuster eines Gewalttätigen.

Die Erfahrung anderer Durchsetzungs- und Ausweisungstechniken war aufgrund seiner Sozialisationsbedingungen nicht geübt und gelernt worden. Die fehlende Sicherheit im verbalen Bereich erschwerte zudem erheblich die Übernahme neuer Sicherheit und Anerkennung entsprechender Verhaltensweisen. So sah er ausschließlich in den von ihm herbeigeführten Kampf- und Drohsituationen die Chance einer Bedürfnisbefriedigung nach Sicherheit und Selbstbestätigung und wurde damit gleichzeitig in seinem starren Verhaltensmuster verfestigt.

Auf der anderen Seite sind seine gemüthafte Ansprechbarkeit, insbesondere über Tierliebe, Tierpflege und Musik (Mundharmonika) erkennbar. Auch Anzeichen von Humor und Taktgefühl sind vorhanden und mitbestimmend für eine depressive Grundhaltung bis hin zur Suizidgefährdung. B. erlebt sich infolgedessen in diffusem Gefühl als jemand, mit dem etwas nicht stimmt, fühlt sich von Erwachsenen unverstanden, von Mitgefangenen abgelehnt und insgesamt minderwertig.

Dies führte dazu, daß er Bedienstete und Mitgefangene ständig bedrohte und wegen tätlicher Angriffe z.B. mittels eines

Messers als echte Gefahr erlebt wurde. Sowohl die Mitgefangenen als auch die Bediensteten drängten deshalb darauf, den Gefangenen B. nach kurzer Zeit aus dem Jugendvollzug auszunehmen¹⁾, da er weder schulisch im Sonderschulbereich noch beruflich in der von ihm gewünschten Weißbinderlehre förderbar erschien.

Trotzdem regte ein Mitglied des behandelnden Teams an, B. eine letzte Chance dahingehend zu geben, daß er einer anderen Erziehungsgruppe zugeordnet werde, und zwar einer solchen, in der ausschließlich lernbehinderte Schüler betreut werden, um noch einmal völlig neu beginnen zu können. Dieser Vorschlag wurde damit begründet, daß dieser Gruppe eine Frau als Sozialarbeiterin angehört, zu der der Gefangene B. möglicherweise positive Beziehungen aufbauen werde; abgesehen davon erschien die Umgebung von einer zahlenmäßig kleineren Gruppe für B. vorteilhaft zu sein. Allerdings war zu befürchten, daß der Versuch nur auf Kosten geringerer Erziehungsfolge in bezug auf die übrigen Jugendlichen in dieser Gruppe möglich sei. Dennoch wurde dem Vorschlag nähergetreten und in einer gemeinsamen Besprechung beider Teams²⁾, des behandelnden und des in Aussicht genommenen, an der auch der Anstaltsleiter teilnahm, der Problemfall B. mit allen Bediensteten erörtert. Diese Fallbesprechung mußte deshalb erfolgen, weil eine Zuweisung des schwierigen Gefangenen B. in eine andere Gruppe diesen sogleich auf solche emotionale Ablehnung hätte stoßen lassen, daß auch der letzte Versuch in Kürze gescheitert wäre. Eine sinnvolle Betreuung eines schwierigen Gefangenen ist nämlich nach der gemachten Erfahrung nur dann möglich, wenn sowohl Betreuer als auch die Mitgefangenen in der Gruppe bereit sind, auf den aufzunehmenden

1) Vgl. JGG § 92 Abs. 2: An einem Verurteilten, der das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat und sich nicht für den Jugendvollzug eignet, braucht die Strafe nicht in der Jugendstrafanstalt vollzogen zu werden. Jugendstrafe, die nicht in der Jugendstrafanstalt vollzogen wird, wird nach den Vorschriften des Strafvollzuges für Erwachsene vollzogen.

2) Ruprecht, Teamarbeit der Vollzugsbediensteten, ZfStrVo 1973, 76-82; Müller-Dietz, Probleme des modernen Strafvollzuges; Franke, Führungsstile, ZfStrVo 1972/73, 1-5

positiv einzuwirken mit der Maßgabe, daß dieser sich aufgenommen fühlt und sich infolgedessen dem Gruppenleben einfügt.

Zunächst waren die Bediensteten des vorgesehenen Teams gegen eine Übernahme des schwierigen aggressiven Gefangenen, weil er das positive Gruppengeschehen zu sehr störe. Dennoch konnten im Endergebnis die Beamten überzeugt werden, im Interesse des Probanden noch einen letzten Versuch zu machen. Allerdings mußte der Anstaltsleiter zusichern, daß er bei erneutem Ausbrechen des Gefangenen in die aufgezeigte Verhaltensweise dessen Herausnahme aus dem Jugendvollzug betreiben werde.

Mit dieser Zusicherung bemühten sie sich nun, allerdings auch intensiv, um den Gefangenen B. Sie machten den Mitgefangenen der Gruppe die Schwierigkeiten des zu lösenden Problems klar. In wiederholten Gruppensitzungen, an denen sowohl die Bediensteten als auch alle Gefangenen der Gruppe teilnahmen, einschließlich des Gefangenen B., wurde dann zunächst ein auf gegenseitigen Burgfrieden ausgerichtetes Verhalten aller Beteiligten vereinbart.

Die Überlegungen gingen dahin, den Problemfall B. unter verschiedenen Schwerpunkten anzugehen.

Zusammen mit der Sozialarbeiterin als Gruppenbetreuerin diskutierten die Gruppenmitglieder die typischen negativen Verhaltensweisen des B. Demgegenüber erörterten sie auch die positiven Seiten des Gefangenen, d.h. seine Stärken und Fähigkeiten, um ihn so möglicherweise besser zu verstehen und über den vereinbarten Burgfrieden hinwegzubringen und irgendeinem konstruktiven Verhalten zuzuführen.

Ebenso waren die Mitglieder des Teams bemüht, die Persönlichkeitsstruktur des B. zu ergründen, dabei gingen sie in ihren Überlegungen dahin, zunächst der abwehrenden Autoritätserwartung des Gefangenen B. atypische Begegnungen anzubieten. Sie waren bemüht, ihm neue Erfahrungen mit Autoritätspersonen zu ermöglichen, indem sie ihn z.B. nicht nur auf der Bestrafungsebene alleine und mit Versagungen angingen. Dies übernahm die Sozialarbeiterin, die einen erheblichen Vertrauens-

vorschub bei B. besaß und der infolgedessen eine höhere Frustrationstoleranz von B. entgegengebracht wurde. Gemeinsam wurde auf diese Art und Weise versucht, weitestgehend ohne Druck zu arbeiten und mit B. in Gesprächen durch ständigen Informationsaustausch nach Lösungen¹⁾ zu suchen. Drohungen, die der Gefangene gegenüber Mitgefangenen geäußert hatte, wurden durch Gespräche mit den Bedrohten aufgearbeitet. Nicht einfach war dabei, daß eine klare einheitliche Linie im Verhalten gegenüber dem schwierigen B. verfolgt wurde; das war nur möglich, indem sich die Stationsbeamten ständig besprachen und die gegenseitig gemachten Informationen in Teambesprechungen austauschten. Weiterhin mußte die gesamte Gruppe der Mitgefangenen in die Behandlungssituation einbezogen werden. Dies geschah über die Gruppenversammlungen, über vermehrte Kleingruppen- und Dreiergespräche. Es konnte ein hohes Maß an Bereitschaft und Gruppenengagement sowie sozialem Verhalten der übrigen Gruppenmitglieder erreicht werden.

Auch dieses mußte wiederum durch vermehrte Einzelgespräche geleistet werden.

In Einzelfällen wurde der Psychologe und in wieder anderen der Seelsorger zu Teamsitzungen eingeladen, wenn es um besonders schwerwiegende Situationen ging.

Sowohl der Psychologe als auch der Sonderschullehrer haben sich gemeinsam mit den Gruppenbediensteten und der zuständigen Sozialarbeiterin in einzelnen Teamsitzungen gegenseitig unterstützend bemüht, die jeweiligen Schritte zu gegebener Zeit auszuhandeln.

B. erlebte infolgedessen in verbaler Auseinandersetzung mit Autoritätspersonen Verständnis, Einfühlung, Vertrauen anstatt Repression, positive Zuwendung statt Ablehnung, Gespräche statt Strafe. Neben dieser neuen Erfahrung lernte er gleichzeitig, sich selbst verbal auseinanderzusetzen und sich zu behaupten und gewann so im sprachlichen Bereich mehr Sicherheit und Selbstvertrauen.

1) vgl. Kunze, R., Fallstudie Volker H. S. 9 ff

Die Überkompensation auf der Ebene von Gewalttätigkeiten, womit er bisher seine Unsicherheit und sein negatives Selbstbild auszugleichen versuchte, wurde zunehmend abgebaut. Er selbst wünschte z.B. verbale Auseinandersetzungen mit seinen "Feinden" (Mitgefangenen und Bediensteten). Spannungen konnten so verringert werden und der ursprünglich vereinbarte Burgfrieden aufgelockert und allmählich zu einem partnerschaftlichen Miteinander gebracht werden. Seine Erfahrung, von den Bediensteten partnerschaftlich ernst genommen zu werden, machte B. insgesamt zugänglicher und lernbereiter und erweiterte seine Frustrationstoleranz ständig. Absolute Verbote (deren Sinn ihm nicht einsichtig war) versuchte er in der üblichen Weise zu umgehen. Absprachen allerdings, die auf Vertrauen basierten, konnte er in zunehmendem Maße korrekt einhalten, und bei Nichteinhaltung nachfolgend notwendige und für ihn unangenehme Konsequenzen immer mehr und besser akzeptieren.

Die Mitglieder des Teams waren bemüht, zusammen mit der Schule das Selbstwertempfinden des B. durch Erfolgserlebnisse zu steigern und zu stabilisieren. Aber sie forderten von B. auch in zunehmendem Maße die Belastung sozialer Eigenverantwortlichkeit.

Tagebuchaufzeichnungen von ihm, die nach seiner Entlassung vorgefunden wurden, bestätigen seine positive Auseinandersetzung mit neuen Erfahrungswerten im verbalen Bereich und die ständige Erhöhung seiner Frustrationsschwelle.

Seine Beziehungen zu den Mitgefangenen wurden dadurch positiv gesteuert, daß er in Gruppenverpflichtungen genommen wurde, besonders im sportlichen Bereich. Dort konnte er seine überschüssigen Antriebs- und Aggressionsimpulse realisieren und gleichzeitig soziale Normen und Ordnungen respektieren lernen.

Während der Behandlungsdauer in der Schulgruppe gab es immer weniger massive Ausfälle und Schlägereien. Drohungen gegen Bedienstete und Mitgefangene sowie ständige Verstöße gegen die Hausordnung waren längst nicht mehr so massiv wie früher. Die Erziehung des B. brachte zwar vor wie nach erhebliche

Schwierigkeiten mit sich, konnte aber so gesteuert werden, daß er nicht aus dem Jugendvollzug ausgenommen werden mußte. Der Gefangene konnte vielmehr seine Strafzeit mit einem Verhalten beenden, das sowohl aus Gründen von Sicherheit und Ordnung als auch in bezug auf seine eigenen Problemlösungstechniken eine positive Entwicklung nahm.

Insofern war sogar der nach dem Gesetz mögliche Versuch gerechtfertigt, mit einer vorzeitigen Entlassung zu erproben, ob er zukünftig ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben in Freiheit führen werde.

B. ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt, d.h. ungefähr ein Jahr nach seiner Entlassung, noch nicht wieder rückfällig geworden.

L i s t e der Mitglieder der Jugendstrafvollzugskommission

Vorsitzender:

- 1) Prof. Dr. Alexander Böhm
Raiffeisenstraße 15a
6309 Rockenberg 2

stellv. Vorsitzender:

- 2) RiHOLG Dr. Jan Braden
Beerenwinkel 11
2000 Hamburg 67

./.

- 3) Bewährungshelfer
Walter Ayass
c/o Verein für Jugendhilfe
Wildbacherstraße 13
7500 Karlsruhe-Grünwettersbach

- 4) Abgeordneter
Hugo Brandt (MdB)
Deutscher Bundestag
5300 Bonn

- 5) Regierungsdirektor
Dr. Gerhard Bulczak
Am Münsterwald 2
3250 Hameln

- 6) Prof. Dr. Max Busch
Hollerbornstraße 20
6200 Wiesbaden

- 7) Abgeordneter
Dr. Heinz Eyrich (MdB)
Deutscher Bundestag
5300 Bonn

- 8) Regierungsdirektor
Johannes Fleck
Marienschloß 1
Postfach 20
Justizvollzugsanstalt Rockenberg
6309 Rockenberg 1

- 9) Ministerialrat
Dr. Gerd Großkelwing
c/o Niedersächsisches Ministerium
der Justiz
Am Waterlooplatz 1
3000 Hannover
- 10) Oberstudienrat
Herbert Hilkenbach
c/o Jugendstrafanstalt
4900 Herford
- 11) Sozialinspektorin
Gisela Herkert
Frankenstraße 25
6960 Osterburken
- 12) Regierungsdirektor
Johann Kreutzer
Bahnhofstraße 17
8229 Lauffen/Obb.
- 13) Regierungsdirektor
Dipl.-Psych.Dr. Hans-Georg Mey
c/o Jugendstrafanstalt
4900 Herford
- 14) Dipl.-Volkswirt
Dr. Axel Neu
c/o Institut für Weltwirtschaft
2300 Kiel
- 15) Sozialamtmann
Hans Schmidt
4701 Hamm-Uentrop
- 16) Abgeordneter
Andreas von Schoeler (MdB)
Deutscher Bundestag
5300 Bonn
- 17) Prof. Dr. Berthold Simonsohn
Grüneborgweg 12
6000 Frankfurt/Main 1

Belegung der hessischen Justizvollzugsanstalten
(Durchschnittszahlen)

Zeitraum	Gesamt- zahl	Männer	Frauen	d a v o n in Untersu- chungshaft	Verurteilte
1971	3458	3347	111	1226	2232
1972	3836	3698	138	1367	2469
1973	4049	3870	179	1429	2734
1974	4184	4021	163	1450	2734
1975	4214	4033	181	1416	2798
1975					
Januar ^{*)}	4368	4202	166	1457	2911
Februar	4286	4123	163	1409	2877
März	4123	3957	166	1475	2648
April	4314	4125	189	1405	2909
Mai	4221	4043	178	1399	2822
Juni	4151	3978	173	1386	2765
Juli	4108	3929	179	1377	2731
August	4194	4014	180	1473	2721
September	4155	3977	178	1405	2750

*) jeweils die Belegungszahl am letzten Tag des Monats

MARIENSCHLOSS ROCKENBERG - claustrum Marianum

- | | |
|---|---|
| | Ursprünglich Klausen ohne kirchliche Bindung für aussätzige Heimkehrer aus den Kreuzzügen |
| 1. Dieses Gutleutehaus | wurde später durch Gottfried v. Bellersheim in ein |
| 2. Zisterzienserkloster | umgewandelt |
| | und |
| 3. 1338 als claustrum Marianum vom Erzbischof von Mainz ge- | weiht. |
| 4. 1804 | zufolge des Reichsdeputations- |
| | hauptschlusses säkularisiert |
| | und an das Großherzogtum Hessen- |
| | Darmstadt gegeben und als |
| 5. Spinnhaus für Landesarme | umgewandelt. |
| | Nach den Plänen des Kriegsrates |
| | Scriba wurde es |
| 6. 1811 zur Zucht- und | |
| Besserungsanstalt | für straffällige Männer und |
| | Frauen aus Hessen-Darmstadt |
| | hergerichtet |
| 7. 1835 | |
| 1852 |] Erweiterungsbauten |
| 8. 1850 | |
| | 1. Reform des Strafvollzuges: |
| | Hängematten werden durch Prit- |
| | schen und Strohsäcke ersetzt, |
| | Diätkost eingeführt. Die weib- |
| | lichen Gefangenen erhielten |
| | statt Bier Kaffee, die regel- |
| | mäßige Zuteilung von Bier |
| | (1 Schoppen täglich) wurde auf |
| | Schwerarbeiter begrenzt. Die |
| | Verabreichung von Branntwein |
| | wurde eingeschränkt. Die Bewil- |
| | ligung von Schnupftabak, seit- |
| | her die übliche Fleißbelohnung |

- für Lebenslängliche, machte man von ärztlicher Befürwortung abhängig. Die Körperreinigung wurde auf jährlich vier Bäder erweitert. Die mit einer Eisenkugel versehene Fußkette der Außenarbeiter fiel weg.
9. 1855 erhielt die Anstalt die Bezeichnung "Großherzoglich-Hessisches Landeszuchthaus".
305 Gefangene; 45 weibliche Züchtlinge,
Personal: 4 Oberbeamte
 5 Verwaltungsbeamte
 18 männliche Auf-
 sichtsbeamte
 2 weibliche Auf-
 sichtsbeamte
 1 Organist
 1 Briefbote
 1 Barbier
 65 Militärpersonen
 als Wache
10. 1865 wurde Unterricht für Gefangene eingeführt mit obligatorischer Teilnahme bis zum 30. Lebensjahr. 1 Lehrer für 300 Gefangene.
11. 1907 Errichtung eines modernen Zellengebäudes.
12. 1939 Jugendgefängnis für männliche Jugendliche.

HESSISCHER LANDTAG - 8. Wahlperiode, Drucksache 8/3994

Antwort der Landesregierung

auf die Große Anfrage der Abg. Meister, Bohl, Firmhaber, Stanitzek (CDU) und Fraktion

betreffend Personal- und Sachbedarf im hessischen Justizvollzug im Hinblick auf das neue Strafvollzugsgesetz

- Drucks. 8/3283

Die Große Anfrage beantwortet der Minister der Justiz im Namen der Landesregierung wie folgt:

1. Wie gedenkt die Landesregierung die konkret anfallenden zusätzlichen Aufgaben im Justizvollzug und die Umstellung aller Vollzugseinrichtungen auf das neue Gesetz personell abzusichern?
2. Ist die Landesregierung bereit, für die durch den Re-sozialisierungsversuch generell anfallenden Mehraufgaben eine eingehende Analyse über den personellen und sächlichen Mehrbedarf zu erstellen und durch Bildung von Planungsstäben zur Vermittlung von Orientierungsdaten für den Justizvollzug tätig zu werden, oder welche diesbezüglichen Auffassungen vertritt die Landesregierung!

Die Fragen 1 und 2 stehen in sachlichem Zusammenhang und werden gemeinsam wie folgt beantwortet:

Der hessische Justizvollzug wird den Auftrag des am 1. Januar 1977 in Kraft getretenen - bundeseinheitlichen - Strafvollzugsgesetzes gewissenhaft und engagiert erfüllen. Die Zurückführung des straffällig Gewordenen in die Gesellschaft - ein Gebot des Sozialstaatsprinzips - ist dabei zentrales Vollzugsziel, ohne daß darüber der Schutz der Allgemeinheit während der Haftzeit in den Hintergrund tritt. Durch umfangreiche organisatorische Maßnahmen und verstärkte Anwendung technischer Hilfsmittel wird der optimale Einsatz des vorhandenen Vollzugspersonals ermöglicht. Mehranforderungen im Personal- und Sachbereich werden sich gleichwohl nicht vermeiden lassen. Dieser Bedarf ist (einschl. der kurz-, mittel- und langfristig erforderlichen Baumaßnahmen) bereits konkret ermittelt worden. Daher besteht gegenwärtig keine Notwendig-

keit zu einer erneuten eingehenden Analyse des personellen und sachlichen Mehrbedarfs oder zur Bildung besonderer Planungsstäbe.

In welchem Umfange eine den finanziellen Möglichkeiten des Landes angepaßte und am Bedarf orientierte Vermehrung des Personals vorrangig durchgeführt werden kann, wird der allgemeinen Finanz- und Haushaltsentwicklung überlassen bleiben müssen. Die Landesregierung wird sich jedoch auch in künftigen Beratungen darum bemühen, die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung der hessischen Justizvollzugsanstalten zu erreichen.

3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung zur Durchführung von Formen kooperativer Zusammenarbeit und zur Entwicklung von Konferenz- und Teamstrukturen unter voller Einbeziehung sämtlicher Justizvollzugsbediensteter, besonders des Aufsichts- und Werkdienstes, in die Behandlung der Gefangenen?

Das Strafvollzugsgesetz geht in § 156 Abs. 2 Satz 2 zwar grundsätzlich von der ausschließlichen Verantwortung des Anstaltsleiters für den Vollzug aus. Es läßt jedoch im zweiten Halbsatz der zitierten Bestimmung auch eine Aufgabenübertragung auf andere Bedienstete, seien es Einzelpersonen oder Gremien in Teamarbeit, zu. Dem Anstaltspersonal wird damit weit mehr als bisher die Möglichkeit eröffnet, an dem Kommunikations- und Entscheidungsprozeß innerhalb der Vollzugsanstalt aktiv und mit erweiterter Selbständigkeit teilzunehmen.

Die Landesregierung begrüßt diese Regelung. Sie ist zum einen geeignet, den Anstaltsleiter erheblich zu entlasten. Des weiteren wird eine differenziertere Entscheidungsbildung ermöglicht, die nicht nur ihre Praxisnähe zugute kommt, sondern sich auch auf die Verantwortungsfreude und Mitwirkungsbereitschaft der Vollzugsbediensteten positiv auswirken wird.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß bereits seit drei Jahren mit Erfolg in der Justizvollzugsanstalt Rokenberg modellhaft neue Organisationsformen eingeführt worden sind, die zu einer vollen Einbeziehung insbesondere auch des

Aufsichtsdienstes in die Behandlung der Gefangenen geführt haben. Zur Zeit wird die Einführung eines ähnlichen Entscheidungs- und Kooperationssystems in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III, der zentralen hessischen Frauenvollzugsanstalt, u.a. durch intensive Schulung der leitenden Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter, vorbereitet.

4. Wie beurteilt die Landesregierung die ehrenamtliche Mitarbeit im Justizvollzug und welche Möglichkeiten sind gegeben, um die Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern des Justizvollzugs besser zu koordinieren und auf eine vertrauensvollere Basis zu stellen?

Die Beteiligung ehrenamtlicher Mitarbeiter ist im modernen Vollzug von erheblicher Bedeutung, da sie nicht nur der Isolierung der Gefangenen von der Umwelt entgegenwirkt, sondern durch geistige Aktivierung und den Aufbau menschlicher Bezüge in einem nicht kriminogenen Bereich ihre Rückführung in die Gesellschaft fördert.

In den hessischen Richtlinien für die Beschäftigung von ehrenamtlichen Mitarbeitern in Justiz- und Arrestvollzug (Runderl. des Hessischen Ministers der Justiz vom 14.6.1967 - JMBL. S.241) wird dazu einleitend ausgeführt:

"Es ist wünschenswert, geeignete Persönlichkeiten dafür zu gewinnen, sich freiwillig und ehrenamtlich für die Mitarbeit an den Gefangenen, insbesondere während der Freizeit zur Verfügung zu stellen. Diese ehrenamtlichen Mitarbeiter beweisen durch ihre Tätigkeit in den Vollzugsanstalten den Willen der Gesellschaft, auf diesem Arbeitsgebiet zusammen mit dem vom Staat Beauftragten zu wirken. Ihre Tätigkeit ist derjenigen der Erziehungsbeamten vergleichbar."

Bereits seit über 15 Jahren arbeitet in Hessen demgemäß eine große Zahl von freiwilligen Helfern in diesem Sinne mit großem Erfolg bei der Betreuung und Behandlung der Gefangenen mit.

Die erwähnten Richtlinien für die Beschäftigung von ehrenamtlichen Mitarbeitern werden z.Z. auch im Hinblick auf das Strafvollzugsgesetz überarbeitet und in Kürze neu veröffentlicht.

licht. Um die Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern des Justizvollzugs noch wirkungsvoller zu koordinieren, ist in den künftigen Richtlinien vorgesehen, daß der Anstaltsleiter einen oder mehrere hauptamtliche Bedienstete als Kontaktpersonen zu den ehrenamtlichen Mitarbeitern bestellt.

5. Beabsichtigt die Landesregierung im Hinblick auf das neue Strafvollzugsgesetz eine Änderung des Vollstreckungsplans für das Land Hessen oder welche diesbezüglichen Auffassungen und Absichten vertritt die Landesregierung?

Die Landesregierung beabsichtigt, den Einweisungs- und Vollstreckungsplan für das Land Hessen unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen neu zu fassen. Dabei werden, soweit erforderlich, die Arbeitsergebnisse der vom Justizminister eingesetzten Differenzierungskommission berücksichtigt werden, die gegenwärtig Möglichkeit und Zweckmäßigkeit organisatorischer Änderungen im hessischen Justizvollzug untersucht (z.B. möglichst strikte Trennung zwischen Untersuchungshäftlingen und Strafgefangenen, Festlegung von Anstalten bestimmter Sicherheitsgrade sowie des offenen und geschlossenen Vollzugs).

6. Sind der Landesregierung die Empfehlungen des Sonderausschusses Strafrecht des Deutschen Bundestages hinsichtlich der Besoldung der Vollzugsbediensteten bekannt, und wie werden diese Empfehlungen durch die Landesregierung beurteilt?

Die Empfehlungen des Sonderausschusses Strafrecht des Deutschen Bundestages hinsichtlich der Besoldung der Vollzugsbediensteten sind der Landesregierung bekannt. Nach Artikel 74a des Grundgesetzes ist jedoch die Gesetzgebungszuständigkeit für die Besoldung der Beamten und Richter in den Ländern dem Bund zugewiesen. Es kann erwartet werden, daß im Rahmen der nach § 20 Abs. 2 Satz 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern zu erlassenden Funktionszuweisungsverordnungen hierzu Bewertungskorrekturen ergehen werden.

7. Welche Auffassungen vertritt die Landesregierung hinsichtlich der Forderung des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands e.V. die Anerkennung des gesamten Strafvollzugsdienstes als Sonderlaufbahn vorzunehmen?

Auf die Ausführungen zu Frage 6 wird Bezug genommen. Bei den Beratungen des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern im Bundesrat wurde vom Land Hessen die Einrichtung einer in Besoldungsgruppe A 6 beginnenden Sonderlaufbahn für den Justizvollzugsdienst beantragt. Der Antrag fand jedoch nicht die erforderliche Mehrheit.

8. Wie beurteilt die Landesregierung generell den durch das neue Strafvollzugsgesetz im Paragraphen 2 beschriebenen Strafzweck, den Gefangenen zu einer straffreien Lebensführung zu befähigen, im Hinblick auf die tatsächlichen und konkreten Realisierungsmöglichkeiten?

Nach den Zielvorstellungen des Gesetzes ist im Vollzug ein künftiges straffreies Leben des Gefangenen in sozialer Verantwortung anzustreben. Er erhält Hilfe, sich wieder in das Leben in Freiheit einzugliedern; gleichzeitig soll die Gesellschaft wirkungsvoll geschützt werden.

Bereits in der Vergangenheit hat sich die Landesregierung von diesen nunmehr gesetzlich normierten Zielvorstellungen leiten lassen und, unbeirrt von einzelnen Kritikern, dem reinen Verwahrvollzug damit eine Absage erteilt. Daß dabei die finanziellen Möglichkeiten des Landes keinen unbegrenzten sachlichen und personellen Spielraum zur Verfügung stellen konnten, gilt für den Justizvollzug ebenso wie für die anderen Bereiche der Landespolitik.

Über den Einfluß des Vollzugs auf die Rückfallquote der Straffälligen gibt es bislang noch keine allgemein gesicherten Forschungsergebnisse. Dies hat zum Teil methodologische Gründe, da sich beispielsweise die Lebensumstände der Gefangenen nach der Strafverbüßung und die Bedeutung neuer kriminogener Faktoren sowohl der Beobachtung und Gewichtung als auch der Beeinflussung aus vielerlei Gründen weitgehend entziehen. Zudem sind auch die Behandlungs- und Therapietechniken

niken im Justizvollzug selbst (Gruppentherapie und Kontakttraining seien als Beispiele genannt) in ihrer Entwicklung noch keineswegs abgeschlossen und hinsichtlich ihrer Effizienz auf einer signifikanten Basis von Modellversuchen nicht hinlänglich vergleichbar.

Der Versuch der Rückgliederung der Gefangenen als Gebot mit Verfassungsrang (vergl. BVerfGE 35, S. 263) kann indessen nicht durch das Verlangen nach meßbaren Erfolgsquoten relativiert werden. Diese sind nicht Voraussetzung sondern Ziel eines modernen Justizvollzuges.

Wiesbaden, den 11. März 1977

Dr. Günther

Literaturverzeichnis

- Alternativ-Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes, vorgelegt von einem Arbeitskreis deutscher und schweizerischer Strafrechtslehrer, 1973
- Bachof, O. Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates, VVDStRL 12 (1954), S. 37 ff
- Badura, P. Das Verwaltungsrecht des liberalen Rechtsstaats, 1967
- "- Verwaltungsrecht im liberalen und im sozialen Rechtsstaat, 1966
- "- Die Daseinsvorsorge als Verwaltungszweck der Leistungsverwaltung und der soziale Rechtsstaat, DÖV 1966, 624 ff
- Baumann, Jürgen Die Strafvollzugsreform aus der Sicht des Alternativentwurfs der Strafrechtslehrer, in: Die Strafvollzugsreform, hrsg. v. A. Kaufmann, 1971, S. 21 ff
- Bepperding, E. Gruppenpädagogik, ZfStrVo 1967, S. 210 ff
- Berliner Forum Was will der Berliner Vollzug? Heft 6/76
- Bleck Innovationsprozesse in sozialpädagogischen Institutionen, Sozialpädagogik 15 (1973), S. 157 ff
- Böhm, A. Die Anstaltsleitung, in: Schwind/Blau, Berlin, New York 1976, S. 109 ff
- "- Rückfall und Bewährung nach verbüßter Jugendstrafe, in: Schriften des Fließner-Vereins Rockenberg, Nr. 41
- "- Einführung in das Jugendstrafrecht, München 1977, S. 160-172

- Dienst- und Vollzugsordnung vom 1. Dez. 1961 in der Fassung vom 21. Juni 1972, JMB1. S. 214
- Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Denkschrift über die Behandlung von kriminellen und stark gefährdeten jungen Tätern in Vollzugsanstalten, 1970
- Dührsen, A. Heimkinder und Pflegekinder in ihrer Entwicklung, 1958
- Erichsen-Markus (Hrsg.) Allgemeines Verwaltungsrecht, 1975
- European Committee on Crime Problems, New Trends in the treatment of young offenders, 1974
- Feige, Werner Gruppentherapie im Strafvollzug, MSchrKrim 1963, S. 177 ff
- Fleiner, Fritz Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts, 8.Aufl. 1928
- Forsthoff, E. Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1.Bd., 10.Aufl. 1973
- "- Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates, VVDStRL 12 (1954) S. 8 ff
- "- Verfassungsprobleme des Sozialstaats, 1954
- "- Die Verwaltung als Leistungsträger, 1938
- Franke, Joachim Führungsstile in der demokratischen Gesellschaft, ZfStrVo 1972/73, S. 1 ff
- Friedrichs/Rehm/Giegler/Wurm, Resozialisierungsziele und Organisationsstruktur: Teilnehmende Beobachtung in einer Strafanstalt, Krim J 3 (1971), S. 204 ff
- Geiger, W. Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Kommentar, 1952
- Gerber, H. Die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes, ABR Bd. 81 (1956) S.1 ff, sowie in: Rechtsstaatlichkeit und

- Sozialstaatlichkeit, hrsg. v.
E. Forsthoff, 1968
- Gerhardt, R. Freiheit hinter Gefängnismauern,
JRP 1973, S. 251 ff
- Giese/Schunck Grundgesetz für die Bundesrepublik
Deutschland, Kommentar, 9.Aufl.
1976
- Glienicke, G. Ein neuer Führungsstil für die
öffentliche Verwaltung, Baden-
Württembergisches Verwaltungs-
blatt 1971, S. 1 ff
- Goffmann Asyl. Über die soziale Situation
psychiatrischer Patienten und an-
derer Insassen, S. 15 ff
- Graul, H.-J. Der Strafvollzugsbau einst und
heute, 1965
- Grewe, W. Das bundesstaatliche System des
Grundgesetzes, DRiZ 1949, S.349ff
- Gries, H.J. Anforderungsnormen für die Aus-
wahluntersuchung der Aufsichts-
beamten im Justizvollzug, Diss.
Bonn 1973
- Grigun, P. Zum Berufsbild des Aufsichtsbeam-
ten, ZfStrVo 1967, S. 311 ff
- Grohmann, G. Strafverfolgung und Strafvollzug,
1973
- Gross, E. Kooperation zum Vorteil der Ge-
fangenen, ZfStrVo 1972/73,
S. 17 ff
- Grützner, W. Der Aufsichtsdienst im Soannungs-
feld zwischen Resozialisierungs-
auftrag und Vollzugswirklichkeit,
ZfStrVo 1971/72, S. 8 ff
- Gschwind Die sozialtherapeutische Anstalt,
in: Kriminologische Gegenwarts-
fragen, 1974
- Häberle Grundrechte im Leistungsstaat,
VVDStRL 30 (1972), S. 43 ff
- Hamann, A. Das Grundgesetz, Kommentar,
3.Aufl. 1970

- Hamann, A. Öffentliche Kredite und Bürgschaften, BB 1953, S. 865
- Harbordt Die Subkultur des Gefängnisses, Stuttgart 1967
- Hartwich, H.-H. Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, 1970
- Heinz, W., Korn, S. Sozialtherapie als Alibi? Materialien zur Strafvollzugsreform, 1973
- Hilbers und Lange Abkehr von der Behandlungsideologie, Krim J 5 (1973), S. 52 ff
- Hofmann, Th. Jugend im Gefängnis, München 1967
- Hofstätter, P.R., Tack, W.H., Das Bild des Beamten in der Öffentlichkeit, 1963
- Höhn, R. Die Führung mit Zielsetzung bei Delegation von Verantwortung, Harzburger Hefte 1969, S. 133
- "- Führungsbrevier der Wirtschaft, 7.Aufl. 1970
- "- Verwaltung heute - autoritäre Führung oder modernes Management, 1970
- "- Moderne Führungsprinzipien in der Kommunalverwaltung, 1972
- Hohmeier, J. Die Strafvollzugsanstalt als Organisation, in: Die Strafvollzugsreform, hrsg. v. A.Kaufmann, 1971, S. 125 ff
- "- Aufsicht und Resozialisierung, 1973
- "- Die Strafanstalt und das Aufsichtspersonal, Dilemma einer Berufsrolle, MSchrKrim 1969, 218 ff
- "- Thesen zur Tätigkeit des Aufsichtsbediensteten im gegenwärtigen Strafvollzug, ZfStrVo 1970, S. 194 ff

- Hohmeier, J. Die Bedeutung des Aufsichtspersonals für einen modernen Behandlungsvollzug, in: Loccumer Protokolle 12/1971, S. 131 ff, sowie in: Blätter für Strafvollzugskunde 1973, S. 7 ff
- "- Der Aufsichtsbeamte in der sozialtherapeutischen Anstalt, ZfStrVo 1971/72, S. 14 ff
- "- Sicherung oder Sozialisierung, zur Organisationsstruktur der sozialtherapeutischen Anstalt, Krim J 1970, S. 15 ff
- Huber, E.R. Rechtsstaat und Sozialstaat in der modernen Industriegesellschaft, in: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, hrsg.v. E.Forsthoff, 1968
- "- Wirtschaftsverwaltungsrecht, 1.Bd. 2.Aufl. 1953
- Isola Humaner Behandlungsvollzug hinter schwedischen Gardinen, ZfStrVo 22 (1973), S. 153 ff
- "- Konzept für die Jugendvollzugsanstalt Bremen Blockland
- v.Jacobi, Ingo Management by Objectives - Neue Wege der Unternehmensführung, Wirtschaftsdienst 1971, S. 233
- Jacobi, Ludwig Die Rechtsstellung der Strafgefangenen, ZStW 50 (1930), S. 376 ff
- Jaeger, Henry Die bestrafte Zeit, 1964
- Jones Social Psychiatry in Practice the Idea of the Therapeutic Community, 1968
- Kaiser, G. Kriminologie. Forschung in Deutschland und die empirischen Untersuchungen am Max-Planck-Institut, ZStW 83 (1971), S. 1093 ff
- "- Kriminologie. Klassifizierung in der Kriminologie, MSchrKrim 1973, S. 60 ff
- "- Kriminologie, 2.Aufl. 1973

- Kempf, E. Grundrechte im besonderen Gewaltverhältnis - BVerfG NJW 1972, 811, in: JuS 1972, S.701ff
- Kern, E. / Roxin, Claus Strafverfahrensrecht, 13.Aufl. 1975
- Klapdor, Manfred Die Rückfälligkeit junger Strafgefangener, 1967
- Klüwer, K. Gedanken zum Aufbau einer sozialtherapeutischen Anstalt, in: Neues Beginnen, Heft 21 (1970), S. 94 ff
- Kube, E. Führungsmodelle, moderne Führungsgrundsätze und Managementtechniken in der Verwaltungspraxis, DVBl. 1973, S. 869 ff
- Kunze, R. Fallstudie Volker H., Schriften des Fließnervvereins Rockenberg Nr. 46, 1976
- Laband, Paul Staatsrecht des Deutschen Reiches, 5.Aufl. 1911-1914, Nachdruck 1964
- Laux, E. Managementmodelle für die öffentliche Verwaltung, DVBl. 1971, S. 170 ff
- Leky, L.G. Persönlichkeitszüge der Aufsichtsbeamten im Justizvollzug, Diss. Bonn 1974
- Luhmann, N. Funktionen und Folgen formaler Organisation, 2.Aufl. 1972
- Mädger Die Auswahl, Ausbildung und Fortbildung der Aufsichtsbeamten im deutschen Strafvollzug, Hamburg 1969
- v.Mangoldt-Klein Das Bonner Grundgesetz, 2.Aufl. 1966
- Mauch, G.u.R. Sozialtherapie und sozialtherapeutische Anstalt, 1971
- Maunz, Theodor Deutsches Staatsrecht, 19.Aufl. 1973
- Menander Monostichoi 422

- Menger, C.F. Der Begriff des sozialen Rechtsstaats im Bonner Grundgesetz, in: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, hrsg. v. E. Forsthoff, 1968
- Moser, T. Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur, 1970
- Müller-Dietz, Heinz Probleme des modernen Strafvollzuges - Möglichkeiten und Schranken eines behandlungsorientierten Vollzuges, 1974
- "- Strafvollzugsrecht und Strafvollzugsreform, MSchrKrim 1972, S. 19 ff
- "- Verfassung und Strafordnungs-gesetz, NJW 1972, S. 1161 ff
- "- Wege zur Strafvollzugsreform, 1972
- "- Strafzumessung und Behandlungsziel, MDR 1974, 1 ff
- "- Hauptprobleme der künftigen Strafvollzugsgesetzgebung, Denkschrift des Fachausschusses für Strafrecht und Strafverfolgung des Bundeszusammenschlusses für Straffälligenhilfe, hrsg.v. H.Müller-Dietz und Th.Würtenberger, 1969
- "- Entscheidungsrecht und Mitverantwortung im kommenden Strafvollzugsgesetz, ZfStrVo 1971/72, S. 327 ff
- "- Organisation des Vollzuges und Struktur der Vollzugsanstalt, MSchrKrim 1974, S. 294 ff, sowie in: Kriminologische Gegenwartsfragen, Heft 11/1974, S. 45 ff
- "- Strafvollzugsreform - Ideal und Wirklichkeit, in: Caritas, Jahrbuch des Deutschen Caritasverbandes, 1973, S. 30 ff
- "- Persönlichkeitsforschung im Strafvollzug, MSchrKrim 1969, S. 194 ff
- "- Strafzwecke und Vollzugsziel, 1973

- Müller-Dietz, Heinz Strafvollzugsgesetzgebung und Strafvollzugsreform, 1970
- "- Sozialarbeit als zentrale Aufgabe der Strafrechtspflege, Bewährungshilfe 1973, S. 104 ff
- "- Vollzugsziel und innerer Aufbau der Vollzugsanstalten, ZfStrVo 1975, S. 205
- v.Münch, Ingo Die freie Meinungsäußerung im besonderen Gewaltverhältnis, Diss. Frankfurt 1957
- Neu, Axel Ökonomische Probleme des Strafvollzuges in der Bundesrepublik Deutschland, 1971
- "- Strafvollzug - ökonomisch betrachtet, ZfStrVo 1971/72, S. 342 ff
- Ohler, W. Die Strafvollzugsanstalt als soziales System - Entwurf einer Organisationstheorie zum Strafvollzug - Heidelberg, Karlsruhe 1977
- Öpp, K.-D. Verhaltenstheoretische Soziologie, 1971
- "- Zur Erreichbarkeit des Resozialisierungszieles im Strafvollzug, MSchrKrim 1972, S. 157 ff
- Paetow, Stefan Die Klassifizierung im Erwachsenenstrafvollzug, 1972
- Peters, Karl Freiheit und Gebundenheit des Strafgefangenen, JR 1972, S. 489 ff
- Plaeger Die therapeutische Gemeinschaft, in: Psychiatrie und Sozialpsychiatrie, 1972
- Possehl, K. Zum Image des Aufsichtsbediensteten im Strafvollzug, in: Selbstbild und Fremdbild der Aufsichtsbeamten im Strafvollzug, 1970
- Preissler Zur Praxis des schwedischen Maßnahmesystems, Der Nervenarzt 41 (1970), S. 371 ff

- Raddatz/Klaus-D.Grunow Neue Konzeption für den Jugend-
vollzug, Sen Just 63
- Rasch, W. Formaler Aufbau und Organisations-
konzept der sozialtherapeutischen
Modellanstalt Düren, MSchrKrim
1974, S. 27 ff
- "- Grundzüge des Dürener Behand-
lungsprogramms, DVBl. 1971,
S. 124 ff
- Rehbein Formen der Erziehung im Jugend-
strafvollzug, Diss. Münster 1959
- Richter, Horst E. Die Gruppe, 1972
- "- Flüchten oder Standhalten, 1976
- Röhl, Hellmut Der Rechtsschutz des Gefangenen,
JZ 1954, S. 65 ff
- Rössler Institutionelle und individuelle
Bedingungen sozialpädagogischen
Handelns im Erziehungsheim,
in: Theorie und Praxis der sozia-
len Arbeit, Bd. 24 (1973),
S. 373 ff
- Roxin, Claus Kriminalpolitik und Strafrechts-
system, 2.Aufl. 1973
- Rühmkorf Forschung und Praxis im Straf-
vollzug, Krim J 1973, S. 213 ff
- Rupprecht, R. Grundrechtseingriffe im Straf-
vollzug, NJW 1972, 1345 ff
- Ruprecht, W. Teamarbeit der Vollzugsbedienste-
ten, ZfStrVo 1973, S. 76 ff,
Blätter für Strafvollzugskunde
1973, S. 1 ff
- Schaffstein, F. Jugendstrafrecht, 2.Aufl. 1966
- Scheuner, U. Grundfragen des modernen Staates,
in: Recht - Staat - Wirtschaft,
3.Bd. 1951
- Schmidt, G. Theorie und Praxis der Sozial-
therapie im Strafvollzug, in:
Kriminaltherapie heute, hrsg.v.
Müller-Dietz 1974, S. 1 ff

- Schneider, Hans-Joachim Die gegenwärtige Lage der deutschsprachigen Kriminologie, JZ 1973, S. 582 f
- "- Kriminologie. Standpunkte und Probleme, 1974
- Schönfelder, H. Führung zwischen Tradition und Innovation, DVBl. 1972, S. 937ff
- Schreiber, Werner Das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes in der Praxis der Rechtsprechung, 1972
- Schüler-Springorum, H. Was stimmt nicht mit dem Strafvollzug, 1970
- "- Strafvollzug im Übergang, 1969
- Schwaniger/Wagner Förderung der Zusammenarbeit der Vollzugsbediensteten auf der Basis von Fortbildungsveranstaltungen, ZfStrVo 1971/72, S. 251ff
- Schwind/Blau Strafvollzug in der Praxis, Berlin 1976
- Seger Die Ausbildung von Klinipersonal für eine therapeutische Gemeinschaft, in: Handbuch der Ehe-, Familien- und Gruppentherapie, hersg. v. Seger und Kaplan, 1973, S. 995 ff
- Simson, Gerhard Behandlung statt Strafe? ZRP 1972, S. 262 ff
- Sohns, E.-O. Die Gefangenenarbeit im Jugendstrafvollzug, in: Kriminologische Studien, hersg. v. Schaffstein und Schüler-Springorum, Bd. 14, 1973
- Spanner, Hans Anmerkung zur Entscheidung des OVG Münster, DÖV 63, 29
- Starck, Christian Anmerkung zur Entscheidung des BVerfG JZ 1972, S. 360 ff
- Stiller Voraussetzung zur Mitwirkung bei der Resozialisierung, ZfStrVo 1975, S. 216 f

- Stingl, J. Modernes Management im öffentlichen Dienst - Notwendigkeit oder Schlagwort? in: Modernes Management im öffentlichen Dienst am Beispiel technischer Sonderverwaltungen, Schriften zur Staats- und Gesellschaftspolitik, 1971, S. 30 ff
- Strotzka, H.M.D. Simon und P. Siwy, Umweltbedingungen psychosozialer Fehlentwicklungen. Eine sozialökologische Feldstudie in einer niederösterreichischen Kleinstadt, 1970
- Stümp, Georg K. Einige wesentliche Elemente für Einwirkung und Betrieb einer sozialtherapeutischen Anstalt, in: Festschrift für Heinitz, 1972, S. 533 ff
- Tiedemann, Klaus Die Rechtsstellung des Straftagefangenen nach französischem und deutschem Verfassungsrecht, 1963
- Ule, C.H. Das besondere Gewaltverhältnis: Probleme des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes im besonderen Gewaltverhältnis, VVDStRL 15, 133 ff
- Waldmann, P. Zielkonflikte in einer Strafanstalt, 1970
- Watzlawick, P. / Weakland, J.H. / Fisch, R., Lösungen zur Theorie und Praxis menschlichen Wandels, 1974
- Wild, Jürgen Die Führungsstruktur wandelt sich, Wirtschaftswoche v. 11.6.1971, S. 52
- Wolff, H.J. - Bachof, O. Verwaltungsrecht, Bd. I, 9.Aufl. 1974
- Würtenberger, Thomas Kriminalpolitik im sozialen Rechtsstaat, 1970
- "- Reform des Strafvollzuges im sozialen Rechtsstaat, JZ 1967, S. 234 ff
- "- Akzente des künftigen Strafvollzugsgesetzes, JZ 1970, S. 452 ff

Würtenberger, Thomas

Strafvollzug im sozialen Rechtsstaat, in: Die Strafvollzugsreform, herg.v. A.Kaufmann, 1971

Wurzbacher, G. (Hersg.)

Die Familie als Sozialisationsfaktor. Bd. III Der Mensch als soziales und personales Wesen, Beiträge zu Begriff und Theorie der Sozialisation, 1963, 353 ff

Lebenslauf

Am 21. 1. 1937 wurde ich in Niederweimar, Krs. Marburg, als Sohn der Eheleute Konrad und Katharina Fleck geboren. Von 1943 bis 1947 besuchte ich die Grundschule, anschließend das altsprachliche Gymnasium Philippinum in Marburg bis 1957.

Nach der Reifeprüfung begann ich in Marburg das Jura-studium.

Das Referendarexamen bestand ich 1962.

Vor der Referendarzeit war ich 1 1/2 Jahre in einer Anwaltskanzlei tätig.

Nach dem Assessorexamen im Jahre 1967 und einer vorübergehenden Tätigkeit in der Rechtsabteilung eines großen Versicherungsunternehmens trat ich in den Strafvollzugsdienst des Landes Hessen ein.

Seit 1974 bin ich Leiter der Justizvollzugsanstalt Rockenberg.

